ACSP, PT19820604-7

Niederschrift
über die
Plenarversammlung des Parteitags 1982
der Christlich-Sozialen Union
am 4.Juni 1982, 12 Uhr in München, Bayernhalle

Tagesordnung	Seite
Eröffnung des Parteitags	
Landesvorsitzender Ministerpräsident Dr.h.c.Franz Josef Strauß MdL	1 - 3
Wahl des Parteitagspräsidiums	3 - 4
Begrüßung	
Parteitagsvorsitzende Staatssekretärin Frau Dr.Mathilde Berghofer-Weichner, MdL	4 - 11
Grußworte	
Oberbürgermeister Erich Kiesl	11 - 13
Dr. Alois Mock, Bundesparteiobmann der ÖVP	13 - 16
Dr.Helmut Kohl, Bundesvorsitzender der CDU	30 - 42
Antrag betr. Ergänzung der Tagesordnung durch einen Bericht des Parteivorsitzenden (4b)	
Thomas Steer	43
Beschluß	43
Berichte an den Parteitag	
Generalsekretär Dr.Edmund Stoiber	44 - 53
Dr.Fritz Zimmermann, Vorsitzender der Landesgruppe der CSU im Deutschen Bundestag	53 - 61
Gustl Lang, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag	62 - 72

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Tagesordnung	Seite
Akzente bayerischer Landespolitik: Antrag betr. Verzicht auf mündlichen Vortrag der Berichte	
Alfred Sauter MdB	73
Beschluß	74
Behrens	120, 121
Staatsminister Anton Jaumann	121 - 122
Vorstellung des Wahlprogramms	
Peter Schmidhuber, Staatsminister für Bundesangelegenheiten MdL	73 - 79 97e
Aussprache und Beschlußfassung über das Wahlprogramm 1982	
Aussprache:	
Friedrich	81 - 83
Dr.Franz-Christoph Zeitler	83 - 85
Staatsminister Max Streibl	86 - 87
Carl-Dieter Spranger	87 - 88
Staatsminister Gerold Tandler	89 - 91
Hermann	92
Werner Schnappauf	94, 98-99
Ignaz Kiechle	95 - 97
Staatsminister Dr.Hans Eisenmann	97 - 98
Alfred Sauter	99-100,114-115
Dietmar Dräger	101
Karl Schön	101 - 102
Staatsminister Anton Jaumann	102 - 103
Kaiser	103 - 104
Scheidinger	104 - 105
Generalsekretär Dr.Edmund Stoiber	105 - 106

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Tagesordnung	Seite
Aussprache:	
Alfred Zenger	106 - 107
Dr. Waßner	107-108,113-114
Staatsminister Dr.Hans Maier	109
Ernst Hinsken	109 - 110
Staatsminister Dr.Fritz Pirkl	110 - 113
Abstimmung	115 - 120
Berichterstattung über die Anträge des Parteitags 1981	
Alfred Sauter	123
Generalsekretär	123
Aussprache und Beschlußfassung über Anträge zu Satzungsänderungen an die Parteitage 1981 und 1982	124 - 133
Verschiedenes	
Ein Delegierter	134
Rede des CSU-Vorsitzenden Dr.h.c.Franz Josef Strauß, MdL, Bayerischer Ministerpräsident	135 - 185

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Eröffnung: 12.20 Uhr

Landesvorsitzender Ministerpräsident Dr.h.c.Franz Josef Strauß:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich darf hiermit den Parteitag der Christlich-Sozialen Union eröffnen.

Nach den bei uns gültigen Regeln und Gewohnheiten wird die Begrüßung der Ehrengäste der oder, richtiger gesagt, die Vorsitzende des Parteitages vornehmen. Ich darf mir aber trotzdem erlauben, Sie alle, meine Damen und Herren Delegierte, Ehrengäste, Teilnehmer, Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen, herzlich zu begrüßen.

Wir haben uns gewünscht, daß dieser Parteitag durch ein gutes Wetter gesegnet sein möge. Der Segen ist jetzt so reichhaltig eingetroffen, daß wir einerseits uns freuen, andererseits aber wissen, was wir unseren Delegierten und unseren Gästen zumuten.

Ich darf zum Ablauf des Parteitags ein Wort der Erklärung oder der Rechtfertigung sagen. Unser Parteitag war ursprünglich natürlich anders geplant, als er schon gegen Ende des letzten Jahres in Umrissen programmiert wurde. Wir wollten unser Freitagsprogramm und unser Samstagsprogramm durchführen; im Mittelpunkt des Samstagsprogramms und gleichzeitig am Abschluß sollte meine Rede stehen. Die politischen Abläufe und Ereignisse haben es mit sich gebracht, daß wir die Choreographie - ich hoffe nicht, die Dramaturgie - unseres Parteitags erheblich ändern mußten, nämlich den eigentlichen Parteitag hier in der Bayernhalle auf den Freitag zusammenfassen. Das bedeutet, daß wir die Rechenschaftsberichte, die Grußworte und meine Rede am Ende des heutigen Tages zügig abwickeln müssen. Dabei sollen sie nicht so strapaziös sein, daß die bayerische Lebensfreude nicht mehr abends im Salvatorkeller sich entsprechend betätigen oder austoben kann. (Beifall)

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Wir meinten natürlich, daß ein geselliges Beisammensein der Delegierten und der Gäste an einer historischen bayerischen Stätte, im Salvatorkeller, auch das Zusammengehörigkeitsgefühl erheblich verstärkt.

Anstelle unseres bisherigen Samstagsprogramms, das auf den Freitag vorverlegt werden mußte, haben wir für morgen die große Friedensmanifestation in München vorgesehen, eine Manifestation unter dem Zeichen "Freiheit, Friede, Freunde". Wir wollen damit dem politischen Willen und den politischen Gefühlen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung Bayerns Ausdruck geben, die dahin gehen, daß wir uns mit unseren Bündnispartnern und besonders mit der Hauptmacht dieser Bündnispartner, ohne dessen Sicherheitsgarantie für uns weder Friede noch Freiheit gesichert werden können, solidarisch erklären. (Beifall)

Ich verstehe es nicht, warum der Bundeskanzler unsere Einladung, daß die SPD in Bonn und in München an dieser Manifestation teilnimmt, mehr oder minder höhnisch zurückgewiesen hat; er sei gegen alle Demonstrationen dieser Art. Meine Damen und Herren, wir würden auch unsere Manifestationen nicht durchführen, wir würden sie nicht geplant haben, wenn wir nicht gesicherten Grund zu der Annahme gehabt hätten, daß sich vielfältige Gruppen - die ich im einzelnen nicht qualifizieren, identifizieren und definieren will - zu einer Kundgebung in Bonn in den nächsten Tagen zusammenfinden werden, deren Zielsetzung auf eine einseitige Abrüstung hinausläuft und damit auf das Gegenteil dessen, was man unter der Sicherung des Friedens normalerweise und leider eben unvermeidlicherweise zu verstehen hat. Es ist Heuchelei, wenn die SPD vor Demonstrationen warnt. Wenn sie nicht in der Lage ist, ihre eigene Jugend von der Teilnahme an der Negativdemonstration abzuhalten, (Beifall) dann soll sie wenigstens ihre hämische Kritik an unserer Positivdemonstration unterlassen.

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Wir sind hier in dem großen Saal zusammengekommen. Aber die Lücken hier beweisen nicht, daß in der CSU das politische Engagement geringer ist, sondern sie beweisen, daß wir noch eine echte Arbeiterpartei sind. (Beifall) Wir können es uns, weil die Mehrheit unserer Delegierten und Mitglieder nicht hauptamtliche Funktionäre von Verbänden oder der Partei sind, sondern weil sie einen Querschnitt aus der Arbeitswelt unseres Volkes darstellen, Arbeiter, Angestellte, Kaufleute, Handwerker, Bauern, (Beifall) nicht erlauben, einen Parteitag über viele Tage hinweg durchzuführen, und wir sind stolz darauf, daß wir eine Arbeiterpartei, eine Partei des arbeitenden Volkes sind. (Beifall)

Ich darf eine Begrüßung wenigstens mit einem Satz vornehmen, nämlich den Bundesparteivorsitzende der CDU Dr.Helmut Kohl hier herzlich begrüßen. (Lebhafter, langanhaltender Beifall) Wir danken Dir für die Teilnahme, für das Grußwort, das Du jetzt nach Erledigung der Formalien sprechen wirst, um das wir Dich gebeten haben. Wir danken Dir für diese Teilnahme. Sie ist weder außergewöhnlich noch sensationell. Sie ist, wenn ich an die vielen Begegnungen gleicher Art zurückdenke, soz. selbstverständlich. Aber trotzdem legen wir gerade in dieser Zeit Wert auf eine Manifestation der Geschlossenheit der Union. (Beifall)

Ich darf den Vorschlag der Organisatoren unseres Parteitags bekanntgeben und Sie um Zustimmung bitten. Der Parteitag, der diesmal nur einen halben Tag umfaßt, soll einen Vorsitzenden in der Gestalt einer Vorsitzenden haben, nämlich in Gestalt der Frau Staatssekretärin Dr.Mathilde Berghofer-Weichner. (Beifall) Wir sind einmal von der Übung abgekommen, die Parlamentspräsidenten dafür vorzusehen. Wir stehen im Jahr der Landtagswahl, wenige Monate vor dieser für Bayern und Deutschland wichtigen Entscheidung, und wir betonen damit, daß für uns das Jahr der Frau noch lange nicht zu Ende ist. (Beifall)

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Als weitere Mitglieder des Präsidiums rationalisiert und zusammengefaßt, die weiteren drei Stellvertreter des Parteivorsitzenden, nämlich der Herr Landtagspräsident Dr.Heubl, dann Bundesminister a.D. Dr.Werner Dollinger und der Landesgruppenvorsitzende Dr.Fritz Zimmermann. (Beifall) Wenn keine anderen Vorschläge gemacht werden, dann darf ich Ihre Zustimmung zu dieser Zusammensetzung des Präsidiums feststellen.

Ich darf damit die Kollegin Berghofer-Weichner bitten, den Vorsitz zu übernehmen, und darf die drei anderen genannten Würden -, Amtsträger und Parteifreunde bitten, ihr in der Ausübung ihres schweren Amtes zu assistieren.

Ich wünsche einen guten Verlauf, ein konkretes Ergebnis und langfristige positive Auswirkungen dieses Parteitags für die bayerische, für die deutsche, für die europäische Politik. (Beifall)

Parteitagsvorsitzende Frau Dr.Mathilde Berghofer-Weichner:
Liebe Parteifreunde, verehrte Gäste! Namens der Mitpräsidenten dankt das Präsidium für Ihr Vertrauen, das Sie uns für diesen Nachmittag gegeben haben. Ich bitte Sie um disziplinierte Mitarbeit und ich bitte Sie, trotz der Hitze kühles Blut zu bewahren. Es läßt sich viel einfacher arbeiten, wenn man die Dinge hintereinander und in ordnungsgemäßen Formen abwickelt.

Ich begrüße sehr herzlich alle Delegierten, die jetzt schon da sind und die, wie ich hoffe, trotz der Hitze auch bis zum Ende der Tagesordnung im Saal anwesend sein werden.

Mit besonderer Freude begrüße ich unsere ausländischen Ehrengäste, an ihrer Spitze Herrn Dr.Alois Mock, Parteiobmann der Österreichischen Volkspartei. (Beifall)

Archiv für Christlich-soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Ich begrüße Herrn Manuel Fraga Jribarne, Vorsitzender der spanischen Alianza Popular, (Beifall)

Herrn Minister a.D. Philippe Malot, Vorsitzender der französischen CMIP und Präsident der Bayerisch-Französischen Gesellschaft, (Beifall)

Herrn Universitätsprofessor Dr.Andreas Kohl, Exekutivsekretär der Europäischen Demokratischen Union. (Beifall)

Ich begrüße eine Delegation unserer Schwesterpartei in Italien, der Partito Democrazia Cristiana, und zwar Herrn Angelo Bernazola, Stellvertretender Generalsekretär der Weltunion der Christdemokraten, Herrn Silvestro Ferrari, Abgeordneter der DC-Kammerfraktion,(Beifall)

Herrn Dr.Ivo Spinello, Leiter des Auslandsbüros der DC-Kammerfraktion, Herrn Dr.Ranio, Generalsekretär der Deutsch-Italienischen Freundschaftsgesellschaft sowie Herrn Dr.Lamberto Beagioni. (Beifall)

Wir freuen uns über die Anwesenheit von Herrn Miguel Anachoreta Korea, Präsident des Exekutivkomitees der CDS und Parlamentsabgeordneter aus Portugal, sowie von Herrn Dr.Carlos Roballo, Abgeordneter der CDS-Portugal. (Beifall)

Als Repräsentanten der RPR Frankreichs und in Vertretung von Jacques Chirac begrüßen wir sehr herzlich Herrn Minister a.D. André Faure, Abgeordneter der Nationalversammlung, (Beifall) sowie Herrn Jeanpierre de la Long, Internationaler Sekretär der RPR. (Beifall)

Wir begrüßen besonders herzlich Herrn Dr.Bruno Hosp, Generalsekretär der Südtiroler Volkspartei. (Beifall)

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Als Gäste sind bei uns Herr Georges Suspère, Internationaler Sekretär der Christlichen Volkspartei von Belgien, (Beifall)

Herr Dix Kolster, Internationaler Sekretär der Christlich-Demokratischen Partei von Holland. (Beifall)

Von unserer Schwesterpartei in Griechenland, der Nea Demokrazia, begrüßen wir sehr herzlich Herrn Minister a.D. Alexander Papodongona. (Beifall)

Wir freuen uns, daß Herr Chiermoca Patric, stellvertretender Generalsekretär der Alianza Popular aus Portugal, unter uns ist. (Beifall)

Aus Kolumbien begrüße ich Herrn Botschafter Dr.Enrique Gomez Hurtado. (Beifall)

Mit besonderer Freude darf ich Vertreter von Ländern begrüßen, die in besonderem Maße empfinden, wie wichtig Freiheit, Friede und Freundschaft sind, und die wissen, daß sie sie bei der CSU finden können.

Aus Afghanistan begrüße ich Herrn Dr.Charlille Champ, Generalsekretär des Exekutivausschusses des Rates zur Befreiung Afghanistans. (Lebhafter Beifall)

Aus Angola begrüße ich Oberstleutnant Carlos Cantanda, Repräsentant der angolanischen Befreiungsbewegung Unità in der Bundesrepublik Deutschland. (Beifall)

Aus Polen begrüße ich Herrn Zyslav Polocynski, ausgewiesenes Mitglied des Gewerkschaftspräsidiums der Gewerkschaft Solidarnosc. (Lebhafter Beifall)

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Ich möchte nicht versäumen, ohne weitere Namensnennung zahlreiche weitere ausländische Ehrengäste, so z.B. aus der Volksrepublik China und den Philippinen, herzlich bei uns willkommen zu heißen. (Beifall)

Wir freuen uns über viele Gäste, die aus der CDU zu uns gekommen sind, an ihrer Spitze den Bundesparteivorsitzenden der CDU und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr.Helmut Kohl. (Lebhafter Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich Herrn Ministerpräsidenten a.D. Dr.Hans Filbinger, der immer Gast unserer Parteitage ist, (Beifall)

Wir freuen uns, daß auch diesmal als besondere Ehrengäste die Frauen unserer verstorbenen Vorsitzenden, Frau Ilse Seidel, Frau Dr.Sieglinde Ehard und Frau Maria Müller, bei uns sind. (Beifall)

Ich begrüße besonders herzlich den langjährigen Präsidenten des Bayerischen Landtags, der auch ein verdienter Gast in unserer Mitte ist, der häufig diesem Parteitag präsidierte, Herrn Rudolf Hanauer. (Beifall)

Wir haben die Freude, eine große Zahl von Vertretern des Diplomatischen Korps bei uns zu sehen, an ihrer Spitze den Herrn Generalkonsul von Schweden, Wilf Larson, sowie die Herren Generalkonsuln von Belgien, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Spanien, der Schweiz, Tunesien und den USA. (Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich die zahlreich erschienenen Mitglieder des Bayerischen Senats, an ihrer Spitze den Herrn Präsidenten des Bayerischen Senats, Oberbürgermeister Dr.Hans Weiß, zugleich auch für den Bayerischen Gemeindetag. (Beifall)

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Als Vertreter der Kirchen begrüße ich für die Katholische Kirche den Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe, Herrn Prälaten Paul Bocklet, für die Evangelische Kirche Herrn Oberkirchenrat Karl Hoin, und für die Israelitischen Kultusgemeinde in Bayern Herrn Präsidenten Dr.Simon Snopkowski.

Wir begrüßen als immer gern gesehene Gäste bei uns die Vertreter der Bundeswehr, den Befehlshaber im Wehrbereich VI, Generalmajor Wolfgang Kessler, sowie Oberstleutnant Horst Lütke und Herrn Hauptfeldwebel Settele und den Präsidenten der Wehrbereichsverwaltung VI, Herrn Wirsching. (Beifall)

Ebenso herzlich begrüßen wir die übrigen Vertreter der Bundesbehörden und die Vertreter der bayerischen Behörden, an ihrer Spitze den Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Herrn Ministerialdirektor Dr.Rainer Kessler. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir haben eine große Zahl von Gästen, die Vertreter von Verbänden und verschiedener gesellschaftlicher Gruppen sind. Ich möchte Ihnen den Vorschlag machen, daß wir uns den Beifall aufheben und ihn zum Schluß allen zusammen umso kräftiger zollen, und würde also vorschlagen, daß ich die Begrüßung nun der Reihe nach fortlaufend abwickeln kann.

Für den Bayerischen Städteverband ist bei uns Herr Oberbürgermeister Josef Deimer und Herr Dr.Helmut Schwinghammer,

für den Bayerischen Landessportverband Herr Präsident Dr.Wilhelm Fritz, zugleich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rundfunkrats des Bayerischen Rundfunks.

Der Bayerische Rundfunk ist aber auch vertreten durch Herrn Intendanten Reinhold Vöth.

Wir begrüßen für den Bayerischen Bauernverband seinen Präsidenten,

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Herrn Senator Gustav Sühler und Herrn Generalsekretär Quinger;

für den Bayerischen Beamtenbund Herrn Senator Werner Gebhard und den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Günther Hudak;

für den Deutschen Bundeswehrverband Herrn Oberstleutnant a.D. Professor Horst Berg und Oberstleutnant Klaus Paschke;

für die Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern Herrn Präsidenten Senator Dr.Ernst Wrede und Geschäftsführer Wolf Moser;

für den Christlichen Gewerkschaftsbund den Landesvorsitzenden Herrn Lorenz Allgäuer;

für den Deutschen Gewerbeverband, Landesverband Bayern, den Hauptgeschäftsführer Helmut Gensbauer und Herrn Geschäftsführer Dietrich Gruber;

für die Katholische Erziehergemeinschaft Herrn Professor Dr.Hans Hampel;

für den Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband Herrn Präsidenten Dr.Wilhelm Ebert und Herrn Heinz Hottner;

für den Deutschen Philologenverband Herrn Franz Ebner;

für die Katholische Akademie in Bayern Herrn Prälaten Dr.Franz Henrich;

für die Deutsche Kolpingsfamilie, Landesverband Bayern, Herrn Hans Koller;

für die Katholische Landvolkbewegung Herrn Martin Berger;

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

für den Bayerischen Jugendring seinen Präsidenten Herrn Robert Sauter;

für die Landsmannschaft Schlesien Herrn Heinz Lorenz;

für den Landesverband der Bayerischen Industrie Herrn Dr.Egon Freund;

für den Bauindustrie-Verband Herrn Hauptgeschäftsführer Gerhard Klammert.

Wir begrüßen den Präsidenten der Bayerischen Landesärztekammer, Herrn Dr.Erich Pillwein;

den Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für Oberbayern, Herrn Heribert Späth;

Herrn Senator Konsul Walter Braun für die Industrie- und Handelskammer Nürnberg;

Herrn Hauptgeschäftsführer Hubertus von Raymond für den Landesverband des bayerischen Einzelhandels.

Für die Gewerkschaft der Polizei ist bei uns Herr Günther Schröder;

für die Bayerische Architektenkammer Herr Präsident Ernst-Maria Lang;

für den Landesfischereiverband Herr Josef Rambrunner;

für die Bayerische StaatsbürgerlicheGesellschaft Herr von Reden;

für den Deutschen Soldaten- und Kameradschaftsbund der stellvertretende Präsident Gerhard Jansen

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

und für den Bund Naturschutz in Bayern sein Vorsitzender Hubert Weinzierl und Landesgeschäftsführer Helmut Steininger.

Sie alle sind uns herzlich willkommen. Wir freuen uns sehr, daß Sie zu uns gekommen sind und damit Ihr Interesse an unseren Problemen bezeugen. (Beifall)

Schließlich begrüße ich alle Mandatsträger der CSU, die Mitglieder des Europaparlaments, des Deutschen Bundestages, des Bayerischen Landtags, des Bayerischen Senats und der Bezirkstage. Ich begrüße alle Oberbürgermeister und Landräte und alle anwesenden Vertreter in Stadträten, Kreistagen und Gemeinderäten. Und nicht zuletzt, meine Damen und Herren, begrüßen wir sehr herzlich in unserer Mitte die Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen. (Beifall) Wir wünschen Ihnen Erfolg in Ihrem Bemühen, unseren Mitbürgern ein möglichst echtes Bild dieses Parteitages ins Haus zu liefern. (Beifall)

Zu einem Grußwort erteile ich nun das Wort dem Herrn Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München, unserem Freund Erich Kiesl. (Beifall)

<u>Oberbürgermeister Erich Kiesl:</u> Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, meine lieben Parteifreunde! Mit einem herzlichen Grüß Gott im Namen der Landeshauptstadt München begrüße ich Sie zum heutigen Landesparteitag der CSU hier in München. Da es so der Brauch ist, daß der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt zu Grußworten eingeladen wird und dies in letzter Zeit mehrfach der Fall war, beim Bundesparteitag der SPD und beim Bundesparteitag der FDP, darf ich Ihnen keinesfalls verhehlen, daß es mir heute eine ganz besondere Freude ist, Ihnen auch politisch allen Erfolg zu wünschen, den wir uns nur vorstellen können. (Beifall)

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 10.Oktober dieses Jahres finden die Landtagswahlen in Bayern statt. Ein entscheidender Markstein im Vorfeld der Landtagswahlen ist das Wahlprogramm das auf diesem Parteitag verabschiedet werden wird. Dieses Programm legt die Richtung und die Schwerpunkte der politischen Arbeit der CSU für die nächsten Jahre fest. Ich darf jetzt schon für die Gemeinden und Städte unseres Landes feststellen, daß dieses Programm langfristige kommunale Planungen gewährleistet, und dafür möchte ich mich bei all denen, die an seiner Entstehung mitgewirkt haben, recht herzlich bedanken. Es darf aber an dieser Stelle, liebe Freunde, nicht verschwiegen werden, daß die kommunale Arbeit, speziell in den Großstädten, sich immer schwieriger gestaltet, weil die Bundesregierung und die sie tragende Koalition die Lösung lebenswichtiger Probleme der Kommunen vor sich her schieben. Ich nenne aus der Vielzahl der Probleme nur einige Beispiele: den Mangel an preisgünstigem Wohnraum etwa. Die Tatsache, daß sich der Bund aus der Wohnungsbauförderung immer mehr zurückzieht, schafft in den Brennpunkten des Wohnraummangels, nämlich in den Großstädten, existentielle Probleme für die Bevölkerung. Das Beispiel Arbeitslosigkeit! Ein sog. Beschäftigungsprogramm, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ist kein Alibi für die Tatsache, daß der Bund immer mehr als Verhinderer von Investitionen auftritt. (Beifall) Wer Arbeitsplätze erhalten und neu schaffen will, der muß jetzt investieren. Der Bund aber zieht sich aus den Investitionen beispielsweise im U-Bahn-Bau immer mehr zurück.

Und schließlich können die Schwierigkeiten, mit denen wir in den Kommunen in erster Linie im Zusammenleben von deutscher und ausländischer Wohnbevölkerung, infolge des Asylantenproblems konfrontiert sind, durch die Untätigkeit der Bundesregierung sicher nicht bewältigt werden. Städte und Gemeinden, liebe Parteifreunde, brauchen eine klare Politik, die eine langfristige gleichmäßige Daseinsvorsorge für die Bürger ermöglicht.

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Deshalb begrüße ich als Kommunalpolitiker die eindeutige und die unmißverständlichen Aussagen des CSU-Wahlprogramms. Nur mit klaren Perspektiven staatlicher Politik ist auch eine vernünftige längerfristige Kommunalpolitik möglich.

Ich wünsche dem CSU-Parteitag ein gutes Gelingen, einen erfolgreichen Verlauf. Ich glaube, liebe Parteifreunde, wir sind auf dem richtigen Weg. Machen wir so weiter! (Beifall)

Parteitagsvorsitzende: Herzlichen Dank, Herr Oberbürgermeister! Es ist uns ja jedesmal wieder eine Freude, nunmehr von einem Oberbürgermeister in München begrüßt zu werden, der unserer Partei angehört. (Beifall)

In Vertretung und für alle ausländischen Gäste bitte ich nun um ein Grußwort den Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei, Herrn Dr.Alois Mock. (Beifall)

Dr. Alois Mock, Bundesparteiobmann der ÖVP: Herr Ministerpräsident, liebe Freunde! Ich möchte mich zuerst sehr herzlich bedanken für die Einladung zum Landesparteitag der Christlich-Sozialen Union und darf diese Gelegenheit benützen, Dir, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Deinem Generalsekretär und Deinem internationalen Referenten aufrichtig zu danken für die aktive und substantielle Teilnahme an der Arbeit und politischen Meinungsbildung der Europäischen Demokratischen Union. Die Europäische Demokratische Union, liebe Freunde, hat im letzten Jahr die Grenzen unseres Kontinents überschritten. Durch die Mitgliedschaft der Regierungsparteien Japans, Australiens und Neuseelands hat sie den Weg angetreten zu einer weltweiten Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer, konservativer und Zentrumsparteien, und am 26.Juni dieses Jahres wird in Tokio stattfinden der Gründungsakt der Pazifischen Demokratischen Union, wo

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

sich jene politischen Parteien, die zu uns gehören, aber aus dem asiatisch-pazifischen Raum stammen, zu einer eigenen Gruppe von Parteien zusammenschließen. Ich möchte hier auch sehr herzlich dem bayerischen Staatsminister Schmidhuber danken, der die Europäische Demokratische Union bei diesem Gründungsakt in Tokio am 26.Juni vertreten wird.

Alles das, liebe Freunde, zeigt, daß die Auseinandersetzung zwischen jenen politischen Parteien, die kollektivistischen gesellschaftspolitischen Vorstellungen anhängen, und jenen, die die Einzelpersönlichkeit, den Menschen, das Individuum in den Vordergrund stellen, eine weltweite Dimension erhalten hat. Und wenn ich betone, daß die Europäische Demokratische Union eine Gemeinschaft demokratischer Parteien ist, die vor allem den Einzelmenschen als Orientierungspunkt ihrer Politik sehen, so ist das umso notwendiger, als wir heute feststellen müssen, daß die andere Gruppierung, die Parallelgruppierung zur Europäischen Demokratischen Union, die Sozialistische Internationale, unter Vorsitz von Willy Brandt auf ihren Tagungen immer stärker und immer häufiger Vertreter von Einparteiensystemen oder auch Guerillaorganisationen empfängt. Eine Entwicklung, mit der wir uns nicht abfinden können. (Beifall)

Ich habe daher heute, liebe Freunde, im Auftrag der Europäischen Demoratischen Union gerade auch wegen einer bedenklichen Entwicklung, die in einem europäischen Land stattfindet, einen offenen Brief an den Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt, gerichtet. Ein Parteifreund von ihm, der sozialistische Regierungschef Don Mintoff, hat vor nicht allzu langer Zeit demokratische Wahlen in Malta manipuliert: Es finden sich dort heute im Parlament keine Abgeordneten der demokratischen Opposition, und er hat jetzt in einem Gesetzentwurf Bestimmungen festgelegt, womit Grundrechte auf Information und andere politische und soziale Grundrechte, die sich in der Konvention und in den Verträgen zur Europäischen Gemeinschaft anerkannt finden,

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

immer mehr eingeschränkt werden. Ich habe ihn aufgefordert, dafür zu sorgen, daß ein Weg zu einem linken autoritären System in Malta nicht fortgesetzt wird, wenn das Bekenntnis der Sozialistischen Internationale zur Mehrparteiendemokratie weiterhin glaubhaft bleiben soll.

Das zweite Anliegen, das wir vertreten, ist das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft. Nun hat vorhin der Herr Oberbürgermeister von München auch auf die Gefahr der Arbeitslosigkeit verwiesen, auf die Gefahr für die soziale Stabilität unserer Länder. Wir müssen heute feststellen, daß eine langjährige sozialistische Regierungsherrschaft in Schweden und in England eine wirtschaftliche und finanzielle Erbschaft hinterlassen hat, mit der die nachfolgenden Regierungen nur sehr schwer fertig werden. Und wenn ich mir die Entwicklung in der Bundesrepublik ansehe und feststelle, daß auch in Frankreich nach der Übernahme der Regierungsgewalt durch eine sozialistisch-kommunistische Koalition die Arbeitslosigkeit beträchtlich zugenommen hat, so kann ich nur sagen, allein das Ordnungssystem der sozialen Marktwirtschaft und jene Politiker, die sich daran orientieren, werden in der Lage sein, in Europa die Geißel der Arbeitslosigkeit zu beseitigen und wirtschaftliche und soziale Stabilität wieder herbeizuführen. (Beifall)

Ich glaube, wir müssen in dem Zusammenhang, liebe Freunde, eine offenere Sprache pflegen. Sie treten morgen für den Frieden ein, und ich bin froh, daß die Christlich-Soziale Union mit einer so mächtigen Demonstration zeigt, daß die Christdemokraten in allen Ländern das Anliegen des Friedens als zentrales Anliegen betrachten. Ich würde überhaupt sagen, daß politische Parteien, liebe Freunde, die sich zur Partnerschaft bekennen, einen größeren Anspruch, einen moralischen Anspruch haben, das Anliegen des Friedens zu vertreten, als jene politischen Parteien, die den Klassenkampf in ihren Texten und auch in ihrer politischen Praxis haben. (Beifall) Die Fragen der Abrüstung und damit ver-

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

wandte Fragen haben sicherlich einen beträchtlichen Stellenwert, aber der Frieden wird umso stärker gesichert sein, je mehr in allen Ländern Europas und der Welt die politische Demokratie und die soziale Gerechtigkeit durchgeführt sind. Dort, wo es keine politische Demokratie gibt, und wo es keine soziale Gerechtigkeit gibt, gibt es immer wieder Konflikte, der Mensch begehrt gegen politische und soziale Unterdrückung auf. Wenn wir uns daher für Freiheit, für politische Freiheit und für soziale Gerechtigkeit einsetzen, leisten wir einen substantiellen Beitrag zur Friedenssicherung in unseren Ländern in Europa und auf der ganzen Welt.

Ich wünsche der Christlich-Sozialen Union und Dir, lieber Herr Ministerpräsident, daß der erfolgreiche Weg der CSU in Bayern und in der Bundesrepublik auch in den kommenden Jahren fortgesetzt wird, daß Du einen deiner gewohnten Wahlsiege am 10.Oktober bei den Landtagwahlen in Bayern schlagen und erringen wirst. Und ich bitte Dich und Deine Freunde von der CSU, daß Du weiterhin ein so bestimmender und unterstützender Faktor in der Europäischen Demokratischen Union bleibst. Viel Glück! (Beifall)

Parteitagsvorsitzende: Herzlichen Dank, Herr Dr.Mock, für die freundlichen, freundschaftlichen Worte. Wir danken zugleich allen anderen ausländischen Gästen, für die Sie ja auch gesprochen haben. Wir fühlen uns geehrt und anerkannt durch die große Zahl von ausländischen Gästen, die zu uns gekommen sind. Ich glaube, das zeigt uns auch, welches Ansehen und welche Bedeutung die CSU und unser Vorsitzender im Ausland haben, und daß wir als ein politischer Faktor gelten, der nicht hinweggedacht werden kann, wenn man mit Deutschland politische Beziehungen unterhalten will. Herzlichen Dank für Ihre Worte, Herr Dr. Mock! (Beifall)

Wir freuen uns, daß, wie immer, auch diesmal der Bundesparteivorsitzende der CDU als Gast auf unserem Parteitag ist und uns ein Grußwort widmen wird. Ich bitte Herrn Dr.Kohl ums Wort. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Dr.Helmut Kohl, Bundesparteivorsitzender der CDU: Frau Parteitagspräsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Gäste, vor allem liebe Freunde aus der CSU! Das erste, was ich Ihnen allen zurufen möchte, ist ein herzliches Wort des Willkommens auf diesem Parteitag aus der Sicht der CDU Deutschlands und vor allem ein Wort des Grußes und ein Wort der Unterstützung in diesen schwierigen Monaten vor der Landtagswahl am 10.Oktober! Wir wünschen diesem Parteitag von Herzen alles Gute und vor allem, daß seine Beschlüsse hier in Bayern und für uns insgesamt in der Bundesrepublik fruchtbar werden mögen.

Dies ist ein wichtiger Parteitag, weil er zugleich Wahlkampfauftakt zur Landtagswahl am 10.Oktober bedeutet. Ich bin sicher, daß auch diese Landtagswahl im Oktober einmal mehr eine Bestätigung der guten und erfolgreichen Politik der CSU für Bayern bringen wird. Wer wie ich dauernd Gelegenheit hat, mit vielen Mitbürgern auch aus Bayern zu sprechen, zu diskutieren, sie zu sehen, weiß, daß dies ein Land ist, in dem eben der Fortschritt im Ökonomischen, der Fortschritt in der Gestaltung einer modernen Politik, einer modernen Staatsauffassung immer weiter vorangegangen ist und daß für viele in Bayern dies soz. zu einem Synonym geworden ist: Fortschritt für Bayern gemeinsam mit der CSU. (Beifall) Und in diesem Sinne, liebe Parteifreunde, wünsche ich Ihnen für diesen Wahlkampf alles Gute und darf Ihnen gleich versichern, daß viele aus der CDU und ganz gewiß ich auch an der Spitze Ihnen bei vielen Wahlkampfveranstaltungen selbstverständlich helfen werden. Das gehört sich so, das ist unser Stil, das ist für uns üblich. (Beifall)

Und, liebe Freunde, darf ich die gute Gelegenheit dieses Parteitags benutzen, mich auch zu bedanken bei Dir, lieber Freund Franz Josef Strauß, für die freundschaftliche enge Zusammenarbeit. Meine Damen und Herren, Ihr Vorsitzender Franz Josef Strauß hat das eben bei der Begrüßung gesagt: Wenn CDU und CSU gemeinsam Politik für Deutschland wagen und unternehmen, dann sind wir,

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

das ist ganz klar, die bestimmende Kraft in Deutschland. (Beifall) Und weil das so ist, will ich umso dankbarer vermerken, daß die Zusammenarbeit in diesen Jahren hervorragend war und daß wir gerade auch nach der letzten Bundestagswahl in einer mich auch menschlich bewegenden, sehr freundschaftlichen Weise unsere Probleme gemeinsam angegangen sind und gemeinsam gestaltet haben. Die Gemeinsamkeit der Union, von CDU und CSU, ist die Voraussetzung für den Sieg - heute, morgen und übermorgen. Deswegen, liebe Freunde, lassen Sie uns diese wichtige und köstliche Erfahrung pfleglicher für die Zukunft behandeln!

Und ich bedanke mich auch sehr herzlich - und ich darf dies in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der gemeinsamen Bundestagsfraktion der CDU/CSU sagen - bei den Kollegen der CSU-Landesgruppe für die wirklich ausgezeichnete konstruktive Zusammenarbeit. Ich nenne für alle Kollegen meinen Stellvertreter im Amt des Fraktionsvorsitzenden Fritz Zimmermann. Ich will mit Dankbarkeit hervorheben, wie er seine Pflicht im Interesse der gemeinsamen Sache in Bonn immer wieder übernommen hat. (Beifall)

Liebe Freunde! Dieser Parteitag findet in einer sehr schwierigen Zeit statt. Viele unserer Mitbürger haben Angst vor ihrer Zukunft. Pessimismus geht durchs Land, Angst vor kriegerischen Entwicklungen draußen in der Welt, aber auch ein Stück Lebensangst im Blick auf die Zukunft des eigenen Landes. Die Dinge nehmen einen schlechten Verlauf. Jeder weiß, diese Regierung in Bonn ist am Ende, und viele beginnen nun darüber zu reden, ob es nicht doch vielleicht in der Bundesrepublik eine Art Demokratie- oder Staatskrise geben könnte. Es wird entscheidend auf uns, auf die CDU/CSU ankommen, daß die Antwort klar ist, nämlich die Antwort, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland weder eine Staats- noch eine Demokratiekrise, sondern eine permanente Krise dieser Regierung und dieser Koalition haben. (Beifall) Und, meine Damen und Herren, wir brauchen nicht eine Veränderung in der Bundesrepublik, wir brauchen nicht eine Veränderung der

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Verfassung; wir brauchen eine Veränderung an der Regierung. Das ist die Voraussetzung für die Gesundung unseres Landes. (Beifall)

Jahr für Jahr hat Schmidt, hat Genscher, haben SPD und FDP an Vertrauen verloren, und die Zahlen sind überzeugend. Die Kommunalwahlen in diesem Jahr in Schleswig-Holstein, die Landtagswahl in Niedersachsen sind Signale des Niedergangs für die Koalition; sie zeigen deutlich den Verlust an Vertrauen. Und ich bin ganz sicher - ich komme gerade aus dem Wahlkampf in Hamburg - , daß auch am kommenden Sonntag unsere Mitbürger in Hamburg deutlich machen werden, was sie von dieser Politik halten, daß deutlich werden wird die Abkehr und die Absage an eine Politik, die allen alles versprochen hat, die Vertrauen verspielt hat und die dabei ist, die Zukunft des Landes zu verspielen. (Beifall) Und ich bin sicher, daß Ende September, zu Beginn des Herbstes, in Hessen und dann im Oktober in Bayern klar wird, wie die Position der Wähler in Deutschland ist.

Liebe Freunde! In dieser krisenhaften Zeit schauen viele auf uns. Es sind viele Erwartungen auf uns gerichtet, und ich sage ganz offen - in dem ganzen Ernst der Ansprüche, die sich gegen uns, an uns richten - , es ist eine gewaltige Aufgabe, die vor uns steht. Und es soll niemand glauben, daß die Probleme unseres Landes auf dem Weg von Patentrezepten gelöst werden können, und es soll auch niemand glauben, daß das alles so einfach sein wird, daß man nur darüber spricht. Opposition von heute, das ist Regierung von morgen, und deswegen muß auch jeder von uns bedenken: Das, was er heute sagt, wird morgen als sein Wort, als seine Aussage, als seine Anfrage auf die Wahrhaftigkeit und die Glaubwürdigkeit seiner Politik gemessen werden. Und deswegen lassen Sie uns unsere Pflicht tun, so, wie wir als christliche Demokraten das selbstverständlich immer getan haben.

Wir waren die Partei, die entscheidende Beiträge zur Gründung unserer Republik geleistet hat, aus der christlich-sozialen, aus

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

der liberal-freiheitlichen, aus der konservativen Idee, die Tradition und Gesetz des Anfangs der Union immer ausgemacht hat, haben wir nach dem 2.Weltkrieg entscheidende Beiträge zum Wiederaufbau unseres Landes geleistet, entscheidende Beiträge im Geistig-Moralischen und auch im Politisch-Staatlich-Ökonomischen. Und genau das, liebe Freunde, wird uns jetzt wieder abverlangt. Es wird uns nicht abverlangt G'schaftlhuberei des Tages, das Darüber-Nachdenken, ob nun die Koalition heute oder morgen zerbricht, das Darüber-Nachdenken, mit wem ich paktieren kann und mit wem ich nicht paktieren kann. Das, was jetzt notwendig ist, das ist, daß wir unsere Pflicht tun, und wenn die Regierung morgen fällt, müssen wir morgen die Pflicht tun und das Amt übernehmen mit den Männern und Frauen, die es können, und mit dem Sachprogramm, das besser ist, als diese Regierung bisher war. (Beifall) Aber wir müssen auch fähig sein, die Geduld und den langen Atem zu haben, um zu sagen: Wir sind auch fähig, 1984 nach der siegreichen Bundestagswahl die Regierung zu übernehmen. Lassen wir uns nicht von der Hektik des Tages beeinträchtigen, sondern fahren wir einen klaren Kurs!

Ein kluger Beobachter der Szene in Europa und in Deutschland schrieb vor einigen Wochen einmal: daß die CDU/CSU die größte demokratische Kraft in Europa wurde, das verdankt sie allein und ausschließlich der Tatsache, daß sie sich dem Zeitgeist nicht gebeugt hat, daß sie sich nicht angepaßt hat, daß sie einen richtigen und klaren Kurs gesteuert hat. (Beifall)

Und das, liebe Freunde, ist es, was jetzt unsere Mitbürger von uns erwarten. Wir haben genug Sprüche in diesen Jahren gehört. Die Jungen haben zu viel Versprechungen gehört und sie beginnen jetzt zu resignieren. Es ist zuviel von dem geredet worden, was wünschenswert sein könnte, und es ist zu wenig gehandelt worden. Für viele ist die Stunde der Wahrheit gekommen, aber auch für uns die Chance, in einer überzeugenden und glaubwürdigen Weise den richtigen Weg der Politik zu weisen. Unsere Mitbürger haben

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

längst begriffen, daß die Zeit der Versprechungen von allem und jedem vorbei ist, daß wir die 80er Jahre in Frieden und in Freiheit nur gewinnen können, wenn wir bereit sind, unseren eigenen Beitrag, auch unsere persönlichen Opfer zu bringen. Daß Frieden und Freiheit kein Geschenk des Himmels ist, sondern täglich neu erworben werden muß, das ist die Erfahrung, die viele von uns gesammelt haben. (Beifall)

Und, liebe Freunde, wenn jetzt von der Wende der deutschen Politik die Rede ist - und genau das ist das, was wir von einem neuen Anfang brauchen - , dann wollen wir warten, ihr in München und wir in Bonn, ein Datum setzen. Wir wollen deutlich machen, daß die Straßen und Plätze in Deutschland nicht denen gehören, die sich zu einer anderen Republik aufgemacht haben, sondern daß wir hier die große Mehrheit unserer Mitbürger vertreten, die Ja sagen zu unserer Bundesrepublik Deutschland, (Beifall) die Ja sagen zu unserer Verfassung, die in diesen Tagen 33 Jahre alt wurde, jener Verfassung des Grundgesetzes, die den Deutschen mehr Rechte und Pflichten und mehr Freiheitsraum gegeben hat, als je zuvor in der Geschichte der Deutschen zu verzeichnen war. Aber wir sagen eben Ja zur Verfassung, indem wir Ja sagen zur Freiheit der Verfassung; aber wir sagen nicht nur Ja zur Freiheit und Ja zu den Rechten, sondern wir rufen allen, auch den Jungen im Lande zu: Wer Rechte hat, der hat auch Pflichten. Beides gehört zusammen für die Zukunft des Landes. (Beifall)

In den Jahrzehnten, in denen wir vor der Geschichte unseren Beitrag für unser Vaterland leisten dürfen, war unser politischer Standort immer eine Politik der Mitte und unser Ja zum Grundgesetz und unser Ja zur Bundesrepublik war immer auch ein Beitrag zum inneren und zum äußeren Frieden. Aus gutem Grund wird in diesen Tagen angesichts kriegerischer Entwicklungen in vielen Teilen der Welt viel vom äußeren Frieden gesprochen. Nur, liebe Freunde, ein Volk und ein Land ist nicht wahrhaft friedensfähig nach draußen, wenn es nicht seinen Beitrag zum Ausgleich und zum

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Frieden im eigenen Land leistet. Wer bei uns wie Schmidt und Genossen die Diskussion über Friedensfähigkeit unter politischen Gegnern vom Zaun bricht, der ist in sich unfähig, einen Beitrag zum Frieden zu leisten. (Beifall) Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Wir brauchen keine Friedensbewegung. Wir, alle Deutschen guten Willens, sind Teil der großen Friedensbewegung der Deutschen für Frieden und Freiheit in der Zukunft. (Beifall) Wir sagen Ja zu dem inneren Frieden, weil wir nicht mehr Gegensätze und nicht mehr Feindschaft haben wollen, sondern mehr Gemeinsamkeit. Wir wollen nicht im Sinne des SPD-Parteitags in München im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik zurück zum Klassenkampf und Neid. Wir wollen nicht, daß das Symbol der Zeit die geballte Faust des Genossen ist, sondern wir wollen, daß das Symbol unserer Zeit die ausgestreckte Hand der Partner ist, die aufeinander zugehen und miteinander Politik für unser Land gestalten. (Beifall)

Und wir wollen unseren Beitrag zum Frieden in der Welt leisten, und das ist für uns nicht irgendein Thema. Wir haben die Erfahrung der Geschichte am eigenen Leib verspürt. Wir haben die Lektion gelernt. Wir wissen, was Frieden auch für unser privates Glück bedeutet. Wenn heute in Bayern rund ein Fünftel der Menschen, die hier leben und ihre Bürgerrechte gewonnen haben, aus Familien hervorgegangen sind, die von Haus und Hof, von Hab und Gut, von ihrer Heimat vertrieben sind, dann wissen diese Vertriebenen und ihre Nachkommen, was es bedeutet, wenn Friede herrscht. Und wenn fast jeder hier im Saal in seinem engsten Familienbezirk in zwei schrecklichen Kriegen erlebt hat, was Not, Tod und Elend bedeutet, dann wissen wir, was Friede heißt. Wir wollen den Frieden. Aber, liebe Freunde, wir wollen den Frieden in Freiheit, weil ohne Freiheit kein wahrer Friede möglich ist. Das ist unsere Erfahrung aus der Geschichte. (Beifall) Und wir wollen uns nicht feige an jene anpassen, die glauben, der Friede könne gesichert und gerettet werden, wenn man sich der Anforderung totalitärer Diktatur unterwirft. Wir haben selbstverständ-

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

lich unser Ja gesagt - und sagen es jeden Tag erneut - zu den Menschenrechten, und wir sind weder auf dem rechten noch auf dem linken Auge blind. Wo irgendwo in der Welt Menschenrechte mit Füßen getreten werden, muß unser Protest erfolgen. Aber, meine Damen und Herren, wir wollen es auch sagen, und gerade dann, wenn es in unserer Nachbarschaft geschieht. Wenn in diesen Tagen viele in Polen, weil sie Flugblätter auf der Straße verteilten, zu 2, 3 Jahren Gefängnis verurteilt werden, dann sehen Sie, wohin ein kommunistisches Militärregime seine Menschen gebracht hat. (Beifall) Und wenn wir erleben, daß jetzt seit 2 Jahren Krieg, Aggression in Afghanistan dort über 500 000 Menschen zu Tode kamen, und wenn wir beobachten, daß man einen bei uns im eigenen Lande schon als einen kalten Krieger bezeichnet, wenn man dieses Unrecht kennzeichnet, dann muß man wissen, wie weit manche bei uns heruntergekommen sind.

Ich frage uns: Wer soll sein Wort zur Freiheit sprechen wenn nicht wir, die Deutschen, die die Gnade haben, auf der Sonnenseite deutscher Geschichte in der Freiheit unserer Bundesrepublik leben zu dürfen! (Beifall) Wir wollen Abrüstung und Entspannung, und wir sind froh, daß die amerikanische Regierung, der amerikanische Präsident jetzt einen neuen tatkräftigen Anlauf genommen hat. Wir wünschen, daß Genf erfolgreich ist. Aber, meine Damen und Herren, wir sagen auch, daß wirkliche Abrüstung und Entspannung weltweit und kontrollierbar nach unserer Überzeugung nur möglich sind, wenn die entscheidenden Machthaber der Sowjetunion wissen, daß wir, der Westen, einig sind, daß wir Stehvermögen haben, die Frage des Nachrüstungsbeschlusses der Nato für uns Geltung hat, und zwar in seinen beiden Teilen, daß wir Ja sagen zur Verteidigung der Freiheit, Ja zu dem materiellem Opfer, das wir zu bringen haben, aber auch Ja zum persönlichen Opfer vieler junger Mitbürger in der Bundeswehr, Ja zurFreiheit und ein Ja zu unserer Friedensarmee, der Bundeswehr. Auch das gehört in das Bild unserer Bundesrepublik. (Beifall)

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Und wir wollen zuverlässige Partner und Freunde sein für unsere Nachbarn in Europa, vor allem für unsere Nachbarn jenseits des Atlantiks in den Vereinigten Staaten. Wir wollen dem amerikanischen Präsidenten und seinem Mitarbeiter bei seinem Besuch in der Bundesrepublik ein herzliches Willkommen zurufen. (Beifall) Und er soll wissen, daß jener törichte Antiamerikanismus, der da von einigen getrieben wird, nichts, aber auch gar nichts mit der Mehrheitsmeinung unserer Bürger zu tun hat. Freundschaft, liebe Freunde, d.h., daß man miteinander spricht. Freundschaft, d.h.auch, daß man auch Gegensätze, die da sind und die ganz natürlich sind, miteinander austrägt, daß man miteinander und nicht übereinander spricht. Freundschaft heißt auch, daß man sich als Partner in Respekt gegenseitig begegnet. Wir wollen nicht vergessen, daß die Amerikaner als unsere Freunde und Partner durch 3 Jahrzehnte Frieden und Freiheit unseres Landes gewährleistet haben. Wir wollen nicht vergessen - gerade am morgigen Tag, wo es sich zum 35.Mal jährt -, daß der damalige Außenminister George Marshall in Harvard das amerikanische Nachkriegshilfsprogramm verkündete, jenes Programm, das auch wirtschaftlich die Initialzündung für Ludwig Erhard und den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Bundesrepublik bedeutet hat.

Freunde in der Not, so wissen wir aus unserer privaten Lebenserfahrung sind nicht gerade sehr heufig in kritischen Zeiten. Im Leben der Völker ist es umso wichtiger, daß Freunde zueinander stehen, und jeder im Land und jeder draußen soll wissen: Wir werden leidenschaftlich dagegen auftreten, wenn auf dem Wege eines tumben Antiamerikanismus, einer schleichenden Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland versucht wird, diese Bundesrepublik umzustürzen und in eine andere Richtung zu bringen. Wir wollen diese unsere Bundesrepublik Deutschland und keine andere Republik. Das ist das Ziel unserer Republik. (Beifall) Und wir wollen unseren Beitrag zum inneren Frieden, zum Rechtsfrieden leisten.

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Wir wollen unseren Beitrag leisten, liebe Freunde, zur sozialen Gerechtigkeit. 12 Jahre, nachdem diese Regierung aus SPD und FDP ins Amt kam, 12 Jahre nach dem großen An- und Ausspruch Willy Brandts "Wir wollen mehr Demokratie wagen" ist die Bilanz rundum betrüblich: 1,7 Millionen Arbeitslose, 130 000 junge Leute, die arbeitslos sind. Und das ist der eigentliche Skandal unserer Zeit, daß die Schüler den ersten Schritt aus der Welt des Kindes in die Welt des Erwachsenen in Arbeitslosigkeit erleben. Das muß uns umtreiben, das muß unser Thema sein. Und deswegen ist es wichtig, daß wir auch hier unseren Mitbürgern ganz klar den Weg weisen, daß wir wieder deutlich sagen: Wir besinnen uns selbstverständlich auf die Kraft der Idee der sozialen Marktwirtschaft, auf die Idee, daß der Staat, unser Staat - und das sind wir ja selbst - zunächst seinen Bürgern traut und vertraut und nicht irgendeiner Bürokratie, daß der Staat möglichst viel Freiheitsraum gibt und daß der Staat wirtschaftspolitische Daten setzt, die stetig sind, und daß wir vor allem Müller-Armacks und Erhards Lehre nie vergessen, daß Vertrauen die wichtigste Voraussetzung für eine funktionierende Volkswirtschaft ist, daß sich die Leistung eben wieder lohnen muß. Wir sind ein freies Land, und ob einer fleißig ist oder weniger fleißig, das ist seine persönliche Entscheidung. Aber wer fleißig ist, wer etwas schafft, wer etwas leistet, wer sich bemüht, wer sich plagt, wer riskiert, wer investiert, der hat einen moralischen Anspruch auf höheren Ertrag und auf höheren Gewinn, und Neid darf kein Mittel deutscher Politik werden. Das ist die Erfahrung der letzten 30 Jahre. (Beifall)

Und wir müssen zur Kenntnis nehmen - und das sagen wir auch mitten in Wahlen zu allen unseren Mitbürgern - , daß es aufhören muß mit diesem Schlendrian des Über-die-Verhältnisse-Lebens, daß jeder von uns sich sagen muß, daß das auch ihn persönlich mit seinem Beitrag zu unserem gemeinsamen Staat betrifft, daß wir eben nicht mehr ausgeben können, als wir einnehmen, daß das heißt, daß wir auch vor Wahlen und in Wahlkämpfen unseren Mitbür-

Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

gern klar sagen, die öffentlichen Finanzen müssen in Ordnung gebracht werden. Und das heißt, daß wir nicht alles gleichzeitig leisten können, daß wir uns bescheiden müssen, daß wir Prioritäten setzen müssen nach dem, was jetzt eben das Wichtigste ist, daß eben wichtig ist, daß wir jetzt in Forschung und Zukunft investieren; denn die Patente, die jetzt geschaffen werden, sind die Arbeitsplätze von morgen. Wenn sich in über 10 Jahren sozialistischer Mißwirtschaft in Deutschland die Bilanz umgedreht hat, wenn wir heute mehr Patente draußen kaufen müssen, als wir verkaufen, dann ist das ein Skandal für die 90er Jahre. Was hier vonstatten geht, ist eine Verschleuderung von Zukunft. Und um unserer Kinder willen müssen wir Zukunft sichern, Zukunft schaffen. (Beifall)

Liebe Freunde, dazu gehört auch soziale Gerechtigkeit. Und lassen Sie sich nicht verdrießen, wir müssen den Mut und auch die Kraft aufbringen, auch das zur Sprache zu bringen und abzustellen, was wir an Mißbrauch im Bereich des Netzes sozialer Sicherheit haben. Es waren nicht zuletzt Männer und Frauen aus der Union, die dieses Netz sozialer Sicherheit geknüpft haben. Aber wir haben dieses Netz geschaffen, damit es soziale Not bannt, und haben es nicht geschaffen, damit die Ausnutzeiger aus dieser Gesellschaft auf Kosten anderer sich bereichern und leben können. Das ist eine Erfahrung, die wir gemacht haben. (Beifall)

Meine lieben Freunde! Das gilt für alle. Das gilt für den Bereich der Investitionen genau so wie für den, der von Montag bis Freitag krank feiert und so tut, als sei das ein Kavaliersdelikt. Wenn ich vom Umdenken rede, meine ich - und damit bin ich, glaube ich, bei der zentralen These eines neuen Anfangs - , daß alle ökonomischen Fragen, die zu lösen sind und lösbar sind, nur dann gelöst werden können, wenn wir die geistig-moralische Herausforderung begreifen, nämlich daß wir Bürger unserer Bundesrepublik Deutschland begreifen müssen, was die Väter und Mütter des Grundgesetzes, die die Bundesrepublik vor 30 Jahren gründeten, selbst-

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

verständlich gewußt haben: daß eine blanke Pflege des eigenen Egoismus zu Lasten des Ganzen das Land in eine Sackgasse führt. Es ist vernünftig, an sein Schicksal zu denken. Aber es ist unerläßlich zu begreifen, daß das eigene Ich des einzelnen nur gedeihen kann, wenn es eingebettet und eingebracht wird in das Wollen des Ganzen. Das, was man früher "Patriotismus" genannt hat - es gibt kein besseres Wort dafür - , ist heute wieder das Gebot der Stunde, daß wir gemeinsam unsere Pflicht tun, auch für unser Land. (Beifall)

Wir wollen das gemeinsam tun mit allen Gruppen, mit den sozialen Gruppen, ob Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, aber auch gemeinsam mit den Generationen. Meine Damen und Herren, es gab zu allen Zeiten Probleme zwischen der Eltern- und der Kindergeneration, und ich meine, wir sollten uns nicht in jener Weise, wie es oft geschieht, einreden lassen, daß die hier und da zu beobachtende Sprachlosigkeit zwischen den Generationen soz. eine Gesetzmäßigkeit ist. Wer wie ich jede Woche die Gelegenheit wahrnimmt, mit Schülern und Studenten zu diskutieren, der wird bezeugen, daß die jetzige Jugend eine ganz normale, eine prima Generation ist. Sie stammt ja im übrigen auch von uns ab. Aber, meine Damen und Herren, ich glaube, daß vielleicht gerade diese jungen Leute zu wenig Beispiel, auch zu wenig Autorität erfahren haben, und deswegen sage ich als letzten Punkt für einen neuen Anfang: Das, was wir brauchen, ist eine Verstärkung des Denkens an unsere Familien, eine Renaissance der Familie in der Bundesrepublik Deutschland, eine staatliche Gesetzgebung, die der Familie, den Eltern hilft und die nicht demotiviert und demoralisiert, die elterliche Autorität als etwas Notwendiges anerkennt und den Zusammenhang von Demokratie, Freiheit und Autorität begreift, daß wir wieder bedenken, daß es wahr ist, daß es wichtig ist, wie die Schule aussieht, wie der Lehrstoff ist, aus welchem Geist heraus die Lehrer ihren Dienst tun, aber daß vor Gott und den Menschen nicht zunächst die Lehrer, sondern die Eltern für ihre Kinder verantwortlich sind und daß wir aus diesem Geist heraus versuchen

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

müssen, eben der Familie zu helfen. Ein neuer Anfang, eine geistig-moralische Herausforderung ist nur möglich, wenn die Familie wieder so funktionsfähig gemacht wird, wie das für ein funktionsfähiges Gemeinwesen selbstverständlich sein muß. Daraus kann dann auch der Optimismus für die Zukunft erwachsen.

Liebe Freunde! Nach über 30 Jahren stehen wir vor anderen Problemen als vor der Gründung der Bundesrepublik. Es ist eine neue Generation herangewachsen. Diejenigen, die am Sonntag in Hamburg zum erstenmal wählen, sind in jenem Jahr geboren, in dem Konrad Adenauer das Amt als Kanzler der Bundesrepublik niedergelegt hat. Sie wissen nichts davon, was einmal die großen Anfänge des neuen demokratischen Versuchs Bundesrepublik Deutschland waren, und sie wissen nichts von Not, Elend und Vertreibung, von Krieg und all dem, was unsere Generation noch mitgemacht hat. Für sie ist Freiheit selbstverständlich; für sie ist soziale Sicherheit selbstverständlich. Für sie ist dann auch Frieden selbstverständlich. Wir brauchen auch die Stimme dieser Generation und wir wollen gemeinsam, die Alten, die mittlere und die junge Generation, diese Bundesrepublik weiterbauen. Und deswegen - und ich finde, ein Parteitag ist eine gute Gelegenheit dazu - laßt uns auf das Wesentliche, auf das Grundsätzliche besinnen, laßt uns erkennen, daß diese geistig-moralische Herausforderung, wie sie in der Präambel des Grundgesetzes niedergelegt ist, heute mehr denn je unser Auftrag ist, daß der Mensch eben nicht vom Brot allein lebt, daß wir wissen, daß wir vor dem Auftrag der deutschen Geschichte stehen. Wir sind ein geteiltes Land, und niemand weiß, wie lange diese Auflage der Geschichte währen wird. Das kann Generationen sein; aber wir sollten uns diesem Auftrag stellen.

Wenn wir in diesen letzten Monaten die Bilder aus Warschau oder Danzig sahen - da standen Menschen auf den Straßen und auf den Plätzen und sangen "Noch ist Polen nicht verloren" _ , so war das auch eine Botschaft an uns. Es war die Botschaft der Sehn-

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

sucht nach Freiheit, die wir glücklicherweise besitzen dürfen. Es war die Botschaft der Identität der polnischen Nation. Lassen Sie uns nicht aufgeben in dem Bestreben, die Einheit der deutschen Nation zu erhalten! Und es war die Botschaft nach der größeren Einheit Europas: Deutschland, Vaterland und Europa. Das ist unser Dreiklang für die Zukunft; das ist unser geschichtlicher Auftrag. Meine Bitte ist: Stellen wir uns diesem Auftrag! Versuchen wir am Tag das, was am Tag zu tun ist, richtig zu erledigen und zu tun, aber vergessen wir über den Geschäften des Tages nicht die große Vision, die große Perspektive christlich-demokratischer und christlich-sozialer Politik.

Ich wünsche Ihnen auf diesem Parteitag in dieser Richtung gute Beschlüsse. Ich wünsche sie für uns, für die Wohlfahrt unserer Union, aber vor allem für die Zukunft, für die freie, für die sozial gerechte und für die friedliche Zukunft unseres Vaterlandes. Alles Gute für Ihre Arbeit! (Langanhaltender Beifall)

Parteitagsvorsitzende: Sehr geehrter Herr Dr.Helmut Kohl, ich darf Ihnen auch namens des Parteitags für Ihre Ausführungen danken, die wieder einmal die Geschlossenheit von CDU und CSU in den großen Fragen unserer Zeit und unserer Politik gezeigt haben. Wir hätten Sie, wie Sie wissen, sehr gern noch bei uns auf dem Parteitag gehabt, aber wir haben natürlich Verständnis dafür, daß Sie im Hinblick auf den großen Demonstrationszug der CDU morgen in Bonn jetzt abreisen müssen, und wir hoffen, daß diese Demonstration dort in Bonn und bei uns in München morgen ein großer Erfolg wird. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen alles Gute, danke Ihnen für Ihr Kommen und darf Sie mit allen guten Wünschen auf den Heimweg verabschieden. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe eine Wortmeldung auf Änderung der Tagesordnung, das heißt, eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung, die ich pflichtgemäß nach Abwicklung dieses

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Tagesordnungspunktes aufrufen muß. Herr Thomas Steer!

Thomas Steer: Ich beantrage die Erweiterung des Punktes 4, Berichte, um einen Bericht des Parteivorsitzenden, des bayerischen Ministerpräsidenten Dr.Strauß und anschließend als Punkt 4b eine Aussprache derüber. Begründen möchte ich das kurz folgendermaßen:

In allen Gremien ist es üblich, daß auch ein Bericht des Vorsitzenden erfolgt. In der Pressekonferenz ist angeklungen, daß dieser Bericht der Tagesordnungspunkt 11 sein soll. Das ist meiner Meinung nach zu spät. Die Berichte sollen nicht mehr auseinandergezogen werden. Des weiteren ist im letzten Jahr natürlich einiges passiert, worüber zu reden es vielleicht wert wäre. Auch wenn die Zeit knapp ist, sollten wir uns nicht unserer demokratischen Rechte entledigen, nämlich über die Tätigkeit unseres Vorstandes zu diskutieren. (Beifall)

Parteitagsvorsitzende: Das Präsidium schlägt Ihnen vor, es bei der bisherigen Tagesordnung zu belassen.

Will noch jemand gegen diesen Antrag sprechen? _ Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer dem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich, die orange Karte zu erheben. - Die Gegenprobe bitte! - Letzteres ist die Mehrheit. Es bleibt also bei der bisherigen Tagesordnung.

Ich übergebe zum nächsten Tagesordnungspunkt an Herrn Kollegen Dollinger.

Tagungsleiter Dr.Werner Dollinger: Liebe Delegierte, meine Damen und Herren! Ich darf den Punkt 4 unserer Tagesordnung aufrufen:

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Berichte an den Parteitag

Ich bitte den

Generalsekretär

Herrn Edmund Stoiber, um seinen Bericht.

Generalsekretär Dr.Edmund Stoiber: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Über die Sachzwänge des Ablaufs dieses Parteitags hat unser Vorsitzender bei seiner Begrüßung schon die entsprechenden Ausführungen gemacht.

Dieser Parteitag ist für uns ein deutlicher Höhepunkt unserer Vorbereitungen auf die Landtagswahl am 10.Oktober. Mit der Beratung eines Landeswahlprogramms schließen wir einen Teil unserer Vorbereitungen ab, und ich darf Ihnen, den Orts-, Kreis- und Bezirksverbänden, besonders aber auch den Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen für die bisherige lebhafte Diskussion dazu herzlich danken.

Danken möchte ich den Gliederungen unserer Partei aber auch ganz besonders für ihr Engagement bei den vielen Veranstaltungen in den letzten Wochen und Monaten. Diese Veranstaltungen zeigen nämlich der Bevölkerung, daß die CSU trotz ihrer gesicherten Mehrheit um jede Stimme kämpfen wird. Denn diese Wahl, die ja einen Endpunkt und, hoffentlich, auch einen Höhepunkt der Landtagswahlen in diesem Jahr bildet, entscheidet nicht nur die wichtigen landespolitischen Themen, sie hat für uns darüber hinaus weitreichende bundespolitische Bedeutung.

Die sogenannte "sozialliberale" Ära ist im Grunde genommen längst zu Ende gegangen. Was 1969 als Koalition der Verlierer begonnen hat, ist heute sozusagen zu einer Koalition der Siechen denaturiert

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Die Wahlentscheidung in Bayern muß daher auch als Volksentscheidung, als Plebiszit gegen die "sozialliberale" Ära wegen der zertrümmerten Hoffnungen angesehen werden. Es erstaunt immer wieder, daß die CSU trotz ihrer Mehrheiten in Bayern auf allen Ebenen, von der Kommunalpolitik bis zur Bundespolitik, mit vollstem Einsatz ständig für ihre politischen Auffassungen eintritt. Wir sollten jenen ganz besonders deutlich machen, daß nur die überragende Verankerung unserer Partei in der Bevölkerung Bayerns unseren Freistaat auch zu einem Bollwerk für die Union in Deutschland gemacht hat.

Unsere Partei hat in den schlimmen Jahren der "sozialliberalen" Koalition auch harte Führungsaufgaben für die gesamte Union übernehmen müssen. Denken wir hier nur an die Klage Bayerns beim Bundesverfassungsgericht gegen den Grundlagenvertrag, die heute allgemein als epochaler Schritt in der Bundesrepublik Deutschland angesehen wird. Oder denken wir nur an die jüngste Klage gegen die Bundesregierung wegen ihrer verheerenden Finanzkürzungen für den Hochschulbau, die wir wiederum leider allein gelassen führen müssen.

Diese Beispiele der Leitfunktion unserer Partei in schwierigen Fällen ließen sich fortsetzen, aber schon diese Aufzählung zeigt, wie sehr wir auch im Interesse der Bundesrepublik Deutschland darauf angewiesen sind, wiederum ein überragendes Ergebnis in Bayern zu erreichen.

Ich glaube, wir können mit dem festen Bewußtsein in die kommenden Auseinandersetzungen gehen, nicht nur eine erfolgreiche, sondern vor allen Dingen auch eine kontinuierliche und glaubwürdige Politik vertreten zu haben.

Meine lieben Parteifreunde! Glaubwürdigkeit in der Politik ist ein ganz besonderes Element für die Zukunft; es ist für mich der Schlüsselbegriff der politischen Kultur. Wir müssen doch

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

heute alle selbst in Gesprächen, in Diskussionen, in Umfragen immer wieder feststellen, daß mehr Menschen als früher den politischen Parteien, unserer parlamentarischen Demokratie, vielen Institutionen unseres Staates die Glaubwürdigkeit absprechen und den Parteien die Lösung der anstehenden Probleme nicht mehr zutrauen. Das liegt ganz besonders daran, daß ein Markenzeichen dieser verklingenden "sozialliberalen" Ära Versprechungen, Versprechungen und nochmals Versprechungen waren, deren Uneinlösbarkeit und Unaufrichtigkeit heute gerade auch denen klar werden, die uns in den letzten Jahren nicht die Stimme gegeben haben.

Erinnern wir uns nur an die Versprechungen von SPD und FDP im letzten Bundestagswahlkampf, in dem sie gegen besseres Wissen weiterhin Leistungen des Staates versprochen haben:

- Der Hochschulbau sollte ausgeweitet werden,
- der soziale Wohnungsbau sollte intensiviert werden,
- das Kindergeld sollte erhöht werden,
- das sogenannte Baby-Jahr sollte eingeführt werden,
- die Staatsverschuldung wurde als ein unbedeutendes Problem angesehen.

Wie sagte z.B. Herr Matthöfer, der Weltmeister der Finanzminister im Schuldenmachen - er brachte es immerhin in vier Jahren auf stolze 150 Milliarden DM Schulden - , noch am 3.September 1980 kühn im ZDF: "Die Staatsverschuldung läßt sich verkraften."

Wie sagte Helmut Schmidt im Wahlkampf in Hamburg am 9.September 1980:
"... und wir sind im Gegensatz zur Opposition für d a s, was wir glauben, wirklich anständig finanzieren zu können." (!)

Wie hieß es noch im Wahlprogramm der SPD im Jahre 1980 wörtlich:

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

"Soziale Demontage werden wir nicht zulassen. Im Gegenteil, wir wollen die soziale Sicherheit auch künftig auf soliden finanziellen Grundlagen ausbauen ..."

Finanzminister Matthöfer versicherte noch vor einem Jahr, daß Steuererhöhungen bei Tabak und Sekt erst dann wieder in Betracht kämen, wenn gleichzeitig eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer möglich sei.

Wie makaber klingt z.B. heute die Aussage des Wahlprogramms der SPD von 1972:
"Jeder Deutsche soll wissen, was das bedeuten würde: eine halbe Million Arbeitslose. Existenzangst, Radikalismus. Dazu darf es nicht kommen. Sorgen Sie dafür, daß Sozialdemokraten weiter regieren. Dann bleiben die Arbeitsplätze sicher ..."

Die Realität sieht leider anders aus. Die Rache der Wirklichkeit hat sie eingeholt und gezwungen, die Versprechungen zu brechen. Das Schlimme ist nur, daß die hierdurch zwangsläufig hervorgerufene Enttäuschung mancher Bürger sich nicht nur berechtigterweise gegen die Urheber richtet. Aus einer gewissen Verallgemeinerung heraus droht in einigen Kreisen Resignation oder gar die Abwendung von unserem Staat, unserem Vaterland. Diese Entwicklung darf zwar nicht dramatisiert, aber auch keineswegs verharmlost werden. Der Vorwurf trifft in diesem Zusammenhang weniger den Teil der Leute, die sich auf diesen Irrweg begeben. Er trifft vielmehr in voller Schwere sowohl die SPD als auch die FDP, die eine neue und paradiesische Welt ohne alle Schwierigkeiten vorgegaukelt und diesen Irrweg geradezu vorgezeichnet und geebnet haben.

Demgegenüber müssen wir deutlich Position beziehen und die Glaubwürdigkeit als Markenzeichen unserer ständigen Politik in den Mittelpunkt stellen: Die Forderung nach Glaubwürdigkeit ist untrennbar verbunden mit unseren christlichen und sozialen Prinzipien sowie dem tragenden Grundsatz der freiheitlichen Demokratie.

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Als eines der Beispiele dafür möchte ich konkret die Entscheidung der von unserer Partei allein getragenen Staatsregierung nennen, ihrerseits die Voraussetzungen für die Errichtung und den Betrieb einer Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Brennelemente in Bayern zu schaffen. Man hätte es sich sicherlich leichter machen können und diese nicht gerade populäre Entscheidung über den Wahltag hinausschieben können. Aber dies wäre sicherlich langfristig ein schwerer Schaden für die Glaubwürdigkeit der Politik gewesen. Wir sind immer für die friedliche Nutzung der Kernenergie eingetreten. Wir haben betont, daß ohne friedliche Nutzung der Kernenergie wirtschaftliches Wachstum und damit Erhaltung unseres Sozialstaates nicht möglich ist.

Während die SPD die "grandiose und vertrauenserweckende Entscheidung" getroffen hat, gegenwärtig weder ja noch nein zu einer Wiederaufbereitungsanlage im Raum Schwandorf zu sagen, um ja nirgendswo anzuecken, stehen wir konsequent zu den Folgen unseres Ja zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. Auch dies, meine Damen und Herren, ist ein Stück Glaubwürdigkeit in der Politik. (Beifall)

Ich bin überzeugt, daß heute, nachdem die Reformruinen und die Denkmäler gebrochener Versprechen in der Landschaft stehen, ein noch größeres Bewußtsein in unserer Bevölkerung, eine noch größere Sensibilität für die Wahrhaftigkeit der Politik existiert. Der Bürger läßt sich heute Gott sei Dank durch die Gefälligkeit der Versprechungen des politischen Gegners nicht mehr in dem Maße gegen den Realitätssinn unserer Partei emotionalisieren, wie das in der Vergangenheit der Fall war.
Ich möchte hier die erst vor zwei Tagen bekannt gewordene, für die SPD dramatische Auswertung der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein im März dieses Jahres heranziehen:
Danach sackte wegen der gebrochenen Versprechungen die SPD bei den Jungwählern von 48.7 Prozent im Jahre 1978 auf sage und schreibe 31,2 Prozent im Jahre 1982 herab und bei den jungen

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Frauen von 48,8 Prozent auf 34,7 Prozent.

Ich sage das ganz bewußt auch deshalb, weil ich noch die Reaktion vor allen Dingen der Gewerkschaften auf die Aussagen von Franz Josef Strauß im Ohr habe, als er die unauflösliche Bindung der staatlichen Leistungsfähigkeit an die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Volkes knüpfte und die Grenzen des Sozial- und Bildungsstaates aufzeigte. Das war zwar nicht populär, aber das war richtig!

Nur auf dieser Grundlage lassen sich die vier großen und unsere Zukunft intensiv beeinflussenden Probleme wie

- die Bewältigung der Massenarbeitslosigkeit,
- die Erhaltung des Sozialstaates,
- die Sicherung des inneren Friedens und
- das alles überragende Thema der Sicherung des äußeren Friedens

lösen.

Wenn wir z.B. die Sicherung des Sozialstaates ansprechen, vergiftet die SPD immer wieder die Atmosphäre dadurch, daß sie von den Problemen abzulenken versucht und uns Angriffe auf den Sozialstaat unterstellt. Dabei ist die Renten-Betrüger-Partei SPD, die man heute genausogut als eine Baby-Jahr-Betrüger-Partei bezeichnen kann, dabei, den Sozialstaat durch weitere Versprechungen und unaufrichtige Analysen zu ruinieren.

Was sollen denn, meine lieben Parteifreunde, in diesem Zusammenhang die jüngsten Äußerungen der SPD wie: "Jetzt müssen die Betuchten ran" oder: "Die Reichen müssen jetzt zur Ader gelassen werden"? Was sollen diese Sprüche eigentlich anderes bewirken als das Schüren von Neid?

Die SPD muß endlich einsehen, daß sie mit ihrer Sozialpolitik

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

entscheidend dazu beigetragen hat, daß heute in vielen Fällen durch den Staat nicht mehr zwischen dem sozial Stärkeren und dem sozial Schwächeren ein Ausgleich geschaffen wird, sondern daß in hohem Maße der Faule zu Lasten des Fleißigen durch den Staat Leistungen erhält, wenn er es nur geschickt genug anstellt. (Beifall) Viele fleißige und leistungswillige Bürger unseres Landes weichen gerade wegen dieser Tatsache und wegen ihrer starken Belastungen in die Schwarzarbeit aus. Wenn heute schon ca.über 100 Mrd.DM oder sage und schreibe 7 Prozent unseres Brutto-Sozial-Produktes über die Schwarzarbeit "abgewickelt" werden, dann sollte uns dies nicht nur zu stärkeren Gesetzen gegen die Schwarzarbeit veranlassen, sondern in ganz entscheidendem Maße zu der Erkenntnis beitragen, daß dieser Staat in bestimmten Fällen den Bürgern zu tief in dieTasche greift, um damit auch ungerechtfertigte Leistungen an Dritte erübrigen zu können.

Ein typisches Beispiel dafür - und ich bitte, da genau hinzuhören - ist der Vorschlag der Bundesregierung für die Fortentwicklung des Strafvollzugs. Zwar hat man entgegen den Versprechungen das sogenannte Baby-Jahr, d.h. die Anrechnung der Erziehungsleistung der Mutter für die Rentenversicherung, gestrichen, gleichzeitig sollen aber nach dem Willen der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien die Gefangenen, also auch alle Verbrecher, ab 1.1.1986 ihre Gefängniszeit in die Rentenversicherung einbringen können!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wissen besser als alle anderen, welche Bedeutung dem Sozialstaat als existentielle Sicherung für alle Menschen unseres Landes zukommt. In vielen unserer europäischen Nachbarstaaten stellen Geschichtsverständnis und Nationalbewußtsein in einem gesunden Sinne das einigende Band zwischen ansonsten häufig sehr auseinanderstrebenden Kräften dar. Durch die verhängnisvolle Entwicklung Deutschlands ist seit dem Beginn unseres Jahrhunderts und insbesondere im Zusammenhang

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

mit dem Dritten Reich ein solch einigendes Band bei uns leider in seinerintegrierendenWirkung in starkem Maße nicht mehr vorhanden. An seine Stelle ist u.a. auch der berechtigte Stolz unserer Bürger auf die von ihnen erbrachte und durch die Politik der Union ermöglichte Aufbauleistung und das hierauf beruhende System sozialer Sicherheit getreten. Wer dieses System antastet oder sogar zerstört, trifft damit das Verhältnis der Menschen in unserem Land zu ihrem Staat im Kern!

In diesem Zusammenhang eine grundsätzliche Bemerkung zu den Grünen:
Wer sich das Programm der Grünen vor Augen hält und ihren Ausführungen Glauben schenkt, der muß zwingend daraus die Schlußfolgerung ableiten, daß diese Bewegung unseren Sozialstaat ablehnt, den sozialen Ausgleich zwischen den Gruppen unseres Volkes vernichtet und gerade den Lebensstandard der Arbeiter auf die Anfänge der Industrialisierung unseres Volkes zurückwirft. Die berechtigten Forderungen des Umweltschutzes, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen sich nicht durch die Zerstörung unseres sozialen Rechtsstaates lösen. Die Sympathisanten der grünen Bewegung sollten auch wissen, daß die Forderungen in unserem Rechtssystem so nicht zu verwirklichen sind, sondern nur in einem Polizeistaat. (Beifall)

Zu den für uns grundlegenden Gedanken der Freiheit gehört auch der Aspekt der Sicherheit. Der Aspekt der Sicherheit ist geradezu eine Voraussetzung von Freiheit. Dies gilt für Sicherheit und Freiheit, sowohl nach außen als auch nach innen. Insbesondere zum Problem der äußeren Sicherheit hat die CSU in ihrem vielbeachteten Positionspapier "Der Frieden ist ein Meisterstück der Vernunft" in aller Deutlichkeit Stellung genommen. Aber auch die innere Sicherheit ist unverzichtbarer Bestandteil von Freiheit.

Wir wissen, daß es in dieser Welt der letztlich unbehebbaren

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Unvollkommenheit, in der sich Menschen nicht anmaßen dürfen, ein Paradies errichten zu wollen, keine letzte Sicherheit, keine völlige Freiheit von Furcht und Angst geben kann. Durch unsere Politik wollen wir aber einen Beitrag dazu leisten, daß die Menschen in dem berechtigten Gefühl leben können, daß alles Menschenmögliche von einer verantwortungsbewußten Politik für ihre Sicherheit getan wird. Hierdurch schaffen wir Zuversicht und Vertrauen und bauen Angst und Furcht ab. Angst und Furcht sind wegen ihres häufigen Umschlagens in Aggressivität die schlechtesten Voraussetzungen für ein gedeihliches Zusammenleben der Menschen. Wer sich hier für Sicherheit einsetzt, leistet damit einen Beitrag zum inneren Frieden und damit zur Freiheit für alle Menschen guten Willens!

Seit die SPD/FDP-Koalition in Bonn Verantwortung für die innere Sicherheit trägt, hat sich die Sicherheitslage erheblich verschlechtert. In diesen letzten 15 Jahren hat sich die registrierte Gesamtkriminalität mehr als verdoppelt. Natürlich kann diese besorgniserregende Entwicklung nicht alleine der SPD/FDP-Koalition zugeschrieben werden. Ebenso wahr ist jedoch, daß diese Koalition der inneren Sicherheit von Anfang an nicht den ihr zukommenden Stellenwert eingeräumt hat. Sie hat sich für die Aufgabe, den Bürger umfassend vor allen Erscheinungsformen der Kriminalität zu schützen, nicht genügend engagiert. Wohl auch deshalb, weil sie geradezu darauf versessen ist, glauben zu machen, daß nicht der einzelne zum Verbrecher wird, sondern die Gesellschaft ihn zum Verbrecher macht.

Meine lieben Parteifreunde! Wir nehmen die vier großen Herausforderungen, die uns gestellt sind, an. Viele der heute drängenden Fragen, sei es die Kriegsfurcht, sei es die wachsende Ausländerfeindlichkeit, seien es die schlimmen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit, um nur einige zu nennen, würden sich heute nicht so stellen, wenn man unseren oft unpopulären Mahnungen und Warnungen gefolgt wäre. Wir werden zur Lösung dieser Fragen

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

einen langen Atem und viel Vertrauen unserer Bürger benötigen. Ohne die CSU ist aber die Bewältigung dieser Probleme nicht nur in Bayern, sondern in Deutschland nicht mehr möglich.

Laßt uns deshalb für die nächsten Monate die Ärmel hochkrempeln in der Überzeugung auf die bessere Kraft unserer Argumente und auf die überzeugende Wirkung unserer Glaubwürdigkeit, im Vertrauen auf die demokratische Urteilsfähigkeit der Bürger unseres Landes! Gehen wir die nächsten Monate mit Zuversicht in unsere Kraft und in unsere Solidarität an die Arbeit. Ich danke Ihnen sehr herzlich. (Lebhafter Beifall)

Tagungsleiter Dr.Werner Dollinger: Ich danke dem Generalsekretär für seinen Bericht. Ich möchte die Gelegenheit aber auch wahrnehmen, in diesem Augenblick dem Generalsekretär für die laufende Arbeit zu danken und darüber hinaus den Dank an alle Mitarbeiter im Sekretariat auszusprechen. (Beifall) Gerade jetzt ist viel Arbeit auch im Hinblick auf die kommenden Wahlen zu leisten, und wir bitten um tatkräftige Unterstützung, wie bisher, und um ein erfolgreiches Wirken. (Beifall)

Und nun erteile ich das Wort dem

Vorsitzenden der Landesgruppe der CSU
im Deutschen Bundestag.

Herrn Dr. Fritz Zimmermann.

Dr. Fritz Zimmermann: Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Jeder Bericht aus dem Bundestag, jeder Bericht aus Bonn dreht sich heute nur um die eine Frage: Wann kommt der Wechsel? Wie lange kann sich die SPD noch an der Dachrinne des Kanzleramts festhalten? Niemand weiß den genauen Zeitpunkt. Aber immer mehr

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Menschen in Deutschland hoffen darauf, daß dieser Tag nicht mehr fern ist. Immer mehr Menschen warten auf die Regierungsübernahme der CDU/CSU in Bonn.

Auch wenn wir uns kritisch betrachten, können wir heute sagen, daß es den Unionsparteien gelungen ist, die SPD/FDP-Koalition sachpolitisch und psychologisch in die Defensive zu zwingen. Wir bestimmen die Diskussion auf zentralen Feldern der Politik, ob im Bereich der Haushaltssanierung, der Ausländer- und Asylantenproblematik, nicht zuletzt beim Ost-West-Verhältnis. Die hervorragende Zusammenarbeit zwischen CDU und CSU in der gemeinsamen Bundestagsfraktion hat die Grundlage dafür geschaffen, daß unsere Position in den eineinhalb Jahren seit der Bundestagswahl von Monat zuMonat stärker geworden ist. Die SPD stolperte von Kommunalwahl zu Landtagswahl, von Niederlage zu Niederlage. Und mit jedem verlorenen Rathaus, mit jedem verlorenen Stimmkreis in den Ländern geht der SPD auch ein Stück Macht in Bonn verloren.
Die starke Position der Union ist aber auch das Ergebnis einer guten Zusammenarbeit der beiden Parteien mit Helmut Kohl und Franz Josef Strauß an der Spitze, was ich bei dieser Gelegenheit ausdrücklich sagen möchte.
Der Bundeskanzler, liebe Freunde, hat die übermorgen anstehende Bürgerschaftswahl in Hamburg und die Landtagswahlen in Hessen zu Testwahlen über seine Person erklärt. Bayern hat er ausgelassen; hier hat offenbar der Bundeskanzler angesichts des trostlosen Zustandes der hiesigen SPD jede Hoffnung fahren lassen. Hamburg soll also Testwahl für Schmidt sein, und wir werden sehen, wieviele Bürger von den beinahe 52 Prozent, die vor vier Jahren SPD gewählt haben, am nächsten Sonntag, der SPD und Schmidt ihre Stimme geben. Sollte die SPD ihre absolute Mehrheit in ihrer alten Hochburg verlieren - wovon ich überzeugt bin -, so ist dies ein erklärtes Mißtrauensvotum für Schmidt. Ich wünsche von dieser Stelle aus dem Spitzenkandidaten der Hamburger CDU, unserem Freund Walther Leisler Kiep persönlich und im Interesse der Union den verdienten Erfolg. (Beifall) Und bekräftige Ihren Beifall, liebe Freunde, mit dem Wort: Ein herzliches Glückauf vom Isarstrand zur Waterkant. (Beifall)

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Auch für die FDP wird das Hamburger Wahlergebnis von mehr als nur regionalem Interesse sein. Die Hamburger FDP hat sich zum Mehrheitsbeschaffer für die SPD erklärt, und die Bürger werden entscheiden, ob das reicht. Die FDP ist in der Gefahr, durch das bundesweite Auftreten einer vierten Partei, der Grünen, trotz Einzugs in Parlamente politisch bedeutungslos zu werden. Der FDP-Vorsitzende Genscher wird das Hamburger Wahlergebnis sicher zum Anlaß gründlichen Nachdenkens über den Kurs seiner Partei nehmen. Er denkt ja sowieso ununterbrochen gründlich nach. Er hat lange genug die Wende angekündigt. Nun werden die Menschen auch einmal Taten und nicht nur Worte sehen wollen. Der FDP, liebe Freunde, laufen Zeit und Wähler davon. In diesem Jahr muß sich Genscher entscheiden, wohin er die FDP führen will: Entweder zu weiterem Siechtum an der Seite der SPD oder zu einem Neuanfang mit der Union. Keiner weiß, wie Herr Genscher sicht entscheidet, und die CDU/CSU ist gut beraten, sich nicht von dieser Entscheidung abhängig zu machen. Wir bleiben bei unserem Kurs: den Erfolg bei der nächsten Bundestagswahl 1984 ansteuern, aber jeden Tag bereit sein, die Regierungsverantwortung auch vorher zu übernehmen. Wir halten das durch; ob es die FDP durchhält, ist nicht unser Problem.

Die Koalition in Bonn ist politisch am Ende. Probleme werden nicht mehr gelöst, sondern ausgeklammert. Es gibt kein gemeinsames Fundament des Handelns mehr. Niemand in der Koalition glaubt an eine Zukunft. Diese Koalitionsehe ist nach dem neuen Scheidungsrecht als unheilbar zerrüttet anzusehen, lediglich der Gerichtstermin ist noch offen. Und die früher üblichen Schuldzuweisungen, das ist in diesem Fall, liebe Freunde, ein Fall nur für Doktoranden der Politikwissenschaft. Niemand anderer hat daran Interesse.

Diese Koalition steht oder fällt mit der Lösung der Finanz- und Wirtschaftsprobleme dieses Landes. Jahr um Jahr sind die Probleme vertagt worden, der Berg wurde immer größer, den man

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

vor sich herschob. Statt Sparmaßnahmen drehte die Bundesregierung an der Steuerschraube und drosselte in gleichem Maß den Leistungswillen und die Leistungsmöglichkeiten der Bundesbürger. Allein die Steuer- und Abgabenerhöhungen der letzten eineinhalb Jahre belaufen sich, ausgerechnet auf ein volles Jahr, auf über 16 Milliarden DM. Ich darf erinnern:

- Zum 1.Januar 1981 Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge
- zum 1.April 1981 Erhöhung der Branntweinsteuer und der Mineralölsteuer
- Anfang 1982 nochmalige Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge
- zum 1.April 1982 nochmalige Erhöhung der Branntweinsteuer
- zum 1.Juni 1982 drastische Erhöhung der Tabaksteuer, wodurch sich die Automatenpackung Zigaretten von drei DM auf vier DM verteuert. Von dieser Größenordnung sagte der Bundeskanzler einmal: Von Inflation wolle er erst dann reden, wenn die Zigaretten vier Mark kosten. Jetzt kann er es.
- Nicht vergessen werden dürfen die Gebührenerhöhungen bei der Bundespost, die einer "Poststeuer" entsprechen, und der Griff der Bundesregierung nach den Zinsgewinnen der Bundesbank, etwa 10,5 Milliarden DM in diesem Jahr.

Mit diesen Steuererhöhungen, steigenden Staatsausgaben und einer tiefen Verschuldung verfolgt die SPD unbelehrbar den gleichen Kurs, wie er unser Land in diese Krise geführt hat. Der Bürger zahlt immer mehr und sieht immer weniger von seinem Geld.

Jetzt kommt die SPD wieder mit der alten Klassenkampfparole die "Reichen", die "Millionäre" müßten zur Kasse gebeten werden oder - wie der neu bestellte Bundesfinanzminister es sagte - die "besser Betuchten". Ja, wer sind denn die angeblich "besser Betuchten"? Jeder meint natürlich nicht sich selbst, sondern den Herrn Nachbarn. Der Herr Bundesfinanzminister soll einmal sagen, wo bei ihm der "besser Betuchte" anfängt, dem er besonders in die Tasche greifen will. Denn er weiß natürlich auch,

Freigestellt im Archiv für Christlich-soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

daß es hier auf das Gesetz der großen Zahl ankommt und nicht auf 5000.

Wir von der CDU/CSU sagen nein zu weiteren Abgabenerhöhungen. Deswegen haben wir auch wie die Mehrheit der Länder im Bundesrat die Erhöhung der Mehrwertsteuer entschieden abgelehnt. Es wäre volkswirtschaftlich Wahnsinn gewesen, die letzte Investitionsbereitschaft von Mittelstand und Industrie durch Steuererhöhungen abzutöten.

Die Stagnation in der Regierungspolitik, liebe Freunde, hat viele Bereiche erfaßt. Ich erinnere an die stillschweigende Beerdigung des Kernenergieprogramms. Mit diesem Ausstieg aus der Kernenergie hat die SPD einen verhängnisvollen Weg beschritten. Unsere Volkswirtschaft, die auf diesem Sektor der friedlichen Nutzung der Kernenergie weltweit führend war, ist um ein Jahrzehnt zurückgeworfen worden. Jetzt dämmert es langsam manchem, daß die angebliche Zauberformel "Kohle statt Kernkraft" Umweltschäden in einem Ausmaß versursacht, wie sie bei der Kernenergie noch nicht einmal theoretisch möglich sind. (Beifall) Und wer wie ich letztes Jahr die riesigen Braunkohlekraftwerke im Spreewald besucht hat und wer wie ich letzte Woche mit den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld gesehen hat, der sieht und riecht den Unterschied. Der sauberen und billigen Kernenergie mit einem vernünftigen Anteil - nicht schrankenlos, sondern mit einem vernünftigen Anteil - gehört die Zukunft.

Das Hauptproblem der SPD ist ihre Unfähigkeit, moderne Entwicklungen aufzugreifen, fortschrittlich im Sinn einer positiven Zukunftsgestaltung zu sein. Die SPD ist eine alte Partei. Sie ist eine Partei der Tradition und der verkrusteten Strukturen. Auch neue Probleme, die eine Folge des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels sind, geht die SPD mit den sozialistischen Schablonen der Vergangenheit an. Das gilt - wir sehen

Hergestellt im Archiv für Christlich-soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

es immer wieder - für den unausrottbaren Aberglauben der SPD, der Staat könne die Wirtschaft besser lenken als die Wirtschaft sich selbst. Aber noch niemals konnten Bürokraten Unternehmer ersetzen. Ein gleiches gilt für das Bestreben der SPD, immer mehr Aufgaben an den Staat heranzuziehen und den Freiraum und die Eigenverantwortung des Bürgers immer mehr einzuengen. Die SPD ist eine klassische Umverteilungspartei und wenn nichts mehr zum Verteilen da ist, muß dem Bürger wieder mehr abgenommen werden, damit wieder etwas zum Verteilen da ist. Und wenn das nicht geht, dann werden oben mehr Schulden gemacht. Und mit diesem SPD-Kurs der Steuererhöhungen und Verschuldung ist unser Land in diese Krise geraten.

Jetzt kommt ein weiteres dazu. Die klassische Umverteilungspartei SPD, die wirtschaftliches Wachstum ja eigentlich braucht, um etwas verteilen zu können, diese SPD verbündete sich nicht im parlamentarischen, aber im vorparlamentarischen Raum mit einer grünen Bewegung, die ideologisch gegen wirtschaftliches Wachstum zu Felde zieht. Dieser ökonomische Widerspruch zwischen einer Industriepartei und grünen Maschinenstürmern lähmt die Handlungsfähigkeit der SPD weiter. Aus dieser selbst verursachten Zwangslage kann sich die SPD nur wieder selbst befreien.

Angesichts dieser gegen die Interessen der Arbeiter gerichteten SPD-Politik verlassen immer mehr Arbeitnehmer die SPD, was zu besonderen Einbrüchen der SPD in Industrieballungsräumen geführt hat.

Eine weitere Ursache liegt auch in der verfehlten Ausländer- und Asylantenpolitik der SPD. Es ist eben nicht möglich, in einem dicht besiedelten Industrieland, wie die Bundesrepublik Deutschland es ist, die Tore für einen ungehemmten Ausländerzuzug zu öffnen, als seien wir noch ein unbesiedelter Kontinent wie Nordamerika vor 200 Jahren. Und es ist auch falsch, den Menschen bei uns für ihre Abwehrhaltung etwa Fremdenfeindlichkeit zu unter-

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

stellen. Das Gegenteil ist richtig:Die Deutschen sind ein gastfreundliches Volk und niemand sagt etwas, wenn in einer 10000-Einwohner-Gemeinde ein Dutzend Ausländer leben, aber wenn in einem 300 Einwohner zählenden Dorf plötzlich 600 Asylanten untergebracht werden oder wenn in einer Schulklasse mehr ausländische als deutsche Kinder sind, dann sind eben die Grenzen des Zumutbaren überschritten. (Beifall) Liebe Freunde, wir sind kein Einwanderungsland. Wir müssen uns bemühen, den Anteil an Ausländern bei uns - nicht von heute auf morgen, aber zielbewußt - wieder zu reduzieren. Die gesetzlichen Möglichkeiten sind dabei nicht voll genutzt. Mir persönlich wäre in der Asylantenfrage die klarste Lösung, den Asylparagraphen im Grundgesetz neu zu fassen, und zwar in Anlehnung an die Praxis anderer europäischer Länder, wie etwa der Schweiz. Es muß in unserem souveränen Ermessen liegen, welchem Asylantrag die Bundesrepublik Deutschland stattgibt und welchem nicht. Ein Ausländer darf nicht Rechtsansprüche auf Asyl aus unserer Verfassung ableiten dürfen. (Beifall)

Lassen Sie mich zum Schluß noch ein Wort zur Außen- und Sicherheitspolitik sagen. Die über 12 Jahre SPD-Regierungspolitik sind geprägt von einer Standortsuche zwischen Ost und West. Beginnend mit den Ostverträgen hat sich die SPD Schritt für Schritt vom Westen entfernt und sich trotz formeller NATO-Mitgliedschaft auf einen quasi-neutralistischen Kurs begeben. Liebe Freunde, es ist sicher kein Zufall, daß ausgerechnet der gleiche Herr Bahr, der den Sowjets die Ostverträge überreicht hat, in diesen Tagen Abrüstungsvorschläge vorlegt, die aus der Bundesrepbulik Deutschland ein Niemandsland zwischen Ost und West machen. Das erklärte Ziel der Sowjets - und ich sage, auch das Ziel von Bahr - ist es, die USA aus Europa hinauszudrängen. Und Moskau hätte dann die Vorherrschaft. Diese strategischen Sandkastenspiele der SPD untergraben unsere Position im westlichen Bündnis, sie sind ein roter Teppich für die Sowjets. Es kann nicht Aufgabe der Bundesrepublik oder gar einer Partei sein, jetzt zu Beginn neuer Abrüstungsgespräche zwischen den USA

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

und der Sowjetunion mit eigenen Vorschlägen die westliche Verhandlungsposition zu schwächen. Ich sehe derzeit keine Alternative zur NATO-Doktrin der flexiblen Reaktion auf einen möglichen Angriff. Und die Gespräche, die Franz Josef Strauß und ich vor gar nicht langer Zeit in den Vereinigten Staaten mit dem Außenminister, dem Verteidigungsminister und Präsident Reagan geführt haben, bestärken uns in dieser Auffassung. Unser Ziel bleibt die Kriegsverhinderung in Europa. Ob konventioneller oder atomarer Krieg, beides muß unmöglich gemacht werden. (Beifall) Und wer heute, bevor strategische Verhandlungen über die interkontinentalen Waffen begonnen haben, bevor solche über die Mittelstreckenwaffen begonnen haben, an die Kurzstreckenwaffen auf dem nuklearen Sektor der Vereinigten Staaten von Amerika und ihrer Verbündeten heranwill, ihre Reduzierung ohne Gegenleistung fordert, meint, sie könnten in einer absehbaren Zeit durch konventionelle Waffen ersetzt werden, der muß dem Bundesfinanzminister, aber auch dem Bürger sagen, woher er die Zig-Milliarden für diese, ich möchte sagen, Jahrhundertaufgabe so schnell hernehmen will.

Meine Damen und Herren! Die Unionsparteien, CDU und CSU, können mit Zuversicht und Geschlossenheit in die kommenden Auseinandersetzungen gehen. Die SPD ist ausgebrannt. Trotz aller Kraftsprüche: Der Bundeskanzler hat die Zügel fallen lassen. Der Macher von gestern holt sich die Letzten der alten Garde, holt sich die Männer von gestern in den Kanzlerbunker zurück. Doch neuen Glanz können auch sie nicht herbeizaubern.

Die Zukunft gehört der Union. CDU und CSU sind sachlich und personell zur Regierungsverantwortung in Bonn bereit. Doch wir wollen nichts erzwingen. Wir konzentrieren uns auf die anstehenden Wahlentscheidungen: Übermorgen in Hamburg, im Herbst in Hessen und in Bayern. Machen wir dem Bürger deutlich, daß jede Stimme für die CDU und CSU auch eine Stimme für eine neue Politik in Bonn ist. Die vor uns liegenden Probleme können nicht von

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

einer Kommune oder einem Bundesland allein gelöst werden. Gemeinden, Bundesrat und Bundestag müssen unter der gleichen starken politischen Kraft mit Mehrheit gemeinsam handeln. Und deshalb gilt es: Bund und Land - Hand in Hand! Mit der CSU für Bayern - Mit der Union für Bonn! (Lebhafter Beifall)

Tagungsleiter Dr.Werner Dollinger: Ich danke dem Herrn Landesgruppenvorsitzenden für seinen Bericht. Ich danke aber auch für die Arbeit, die er als Vorsitzender der Landesgruppe und als erster stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag leistet. Ich darf diesen Dank auf die gesamte Landesgruppe ausdehnen. (Beifall)

Liebe Freunde! Ich weiß aus eigener Erfahrung, es ist ein großer Unterschied, ob Sie Abgeordneter einer Regierungskoalition oder der Opposition sind. Die CSU-Landesgruppe begleitet die politische Arbeit in Bonn sehr kritisch, ist absolut offensiv und zugleich konstruktiv und ihr Ziel ist letzten Endes: Mit München gemeinsam am selben Strang und am gleichen Ende. Was das Entscheidende ist.

Meine Damen und Herren, ich verstehe, daß es Ihnen hier zu schwül ist. Uns hier oben geht es noch schlimmer als Ihnen unten. Der eine oder andere dürstet nicht nur nach Worten, sondern auch nach Essen und Trinken. Ich empfehle, für diesen Zweck die Vorhalle aufzusuchen, auch wenn Sie das Gehörte schon intern diskutieren wollen.

Und nun erteile ich das Wort dem Vorsitzenden der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Herrn Gustl Lang. (Beifall)

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Eustl Lang MdL: Herr Parteivorsitzender, sehr verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollege , meine lieben Parteifreunde! Wie gerade Fritz Zimmermann herausgestrichen hat, leben wir, lebt das deutsche Volk, leben die Staaten dieser Erde derzeit in einer besonders kritischen Phase, in einer Phase der Unsicherheit, der Lähmung und Spaltung im Innern und des wirtschaftlichen Abschwungs, der Spannungen und kriegerischen Auseinandersetzungen im internationalen Raum. Die Vorgänge, an denen wir, über die Massenmedien mehr oder weniger informiert, teilnehmen, bedrängen uns und füllen unser Bewußtsein aus. Wir wissen, daß wir alle mitverantwortlich sind, für Frieden und Freiheit, für Frieden und Freiheit, in Deutschland und überall auf der Welt. Vor diesem Hintergrund, liebe Parteifreunde, rüsten wir uns zum Landtagswahlkampf 1982.

Ich bin dem Landesvorstand dankbar, daß er für die Berichte über die Arbeit des Bayerischen Landtags und der Bayerischen Staatsregierung einen relativ großen Zeitblock eingeplant hat. Sie, die Delegierten der CSU in ganz Bayern und unsere Gäste, haben ein Recht darauf zu erfahren, wie es mit dem eigenen Haus bestellt ist. Und ich meine, daß unser Parteivorsitzender Franz Josef Strauß nur dann erfolgreich die Bundespolitik mitgestalten kann, daß unser Ministerpräsident nur dann im Bundesrat sich behaupten und daß Fritz Zimmermann und die Kollegen der Landesgruppe sich nur dann im Bundestag Gehör verschaffen und durchsetzen können, wenn die Dinge hier, in unserer Heimat, hier in unserem Land, in Bayern, in Ordnung sind. Um es vorweg zu nehmen: das bayerische Haus ist im großen und ganzen in Ordnung, dank auch, Kolleginnen und Kollegen, unserer Arbeit im Maximilianeum. Das stelle ich nach vier Jahren dieser Legislaturperiode und nach jetzt fast acht Jahren meiner Tätigkeit als Vorsitzender der Fraktion der CSU des Bayerischen Landtags fest. Unsere Arbeit kann sich wahrhaftig sehen lassen, wenn ich nur an die aufreibenden Finanzberatungen denke, an die mühevolle Kleinarbeit bei der Korrektur

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

der Gebietsreform, das Engagement unserer Kulturpolitiker in dem so schwierigen Bereich von Unterricht und Erziehung, Bildung und Ausbildung. Ich darf auf den Ausgleich zwischen Naturschutz und Landwirtschaft, Ökologie und Ökonomie, verweisen, der zu Anfang fast unmöglich schien und den wir dann noch erreicht haben. Und ich denke etwa an die Verwaltungsvereinfachung, in die sich die neue Bayerische Bauordnung geradezu wie ein Markstein einfügt.

Den Kolleginnen und Kollegen der Fraktion sage ich an dieser Stelle ein herzliches Wort des Dankes für all ihre Mitarbeit, für die Mitberatung der über 130 Gesetze, für die Beteiligung an den über 20 Interpellationen und für die Mühen im Kleinen, die in weit über 1000 Anträgen, meist unbemerkt von der Öffentlichkeit, zum Ausdruck kommen.

Dieser Parteitag soll wissen, daß gerade auch die Neuen, die erst 1978 zu uns in den Landtag kamen, sich prächtig eingearbeitet und das Vertrauen der Partei und der Wähler voll gerechtfertigt haben. Wir dürfen stolz darauf sein. Hier zeigt sich unsere Partei einmal mehr als die wahre Volkspartei. Unsere neuen, zum Teil sehr jungen Mandatsträger knüpften an die Arbeit ihrer Vorgänger in den Stimmkreisen und den Wahlkreisen nahtlos an und gaben so ein Beispiel, wie unsere Partei sich mit frischen Kräften verstärkt und die Arbeit für Bayern Bürger ohne Bruch fortsetzt. Ein Vorgang, den wir bei der Christlich-Sozialen Union nicht anders gewohnt sind. SPD und FDP dagegen aber schaffen das nicht. Das macht ihnen Ärger, daß sie die Neuen und Jungen nicht integrieren können.

Es wäre verfehlt, hier auf die ganze Fülle der Probleme einzugehen, die uns in den letzten Jahren im Bayerischen Landtag beschäftigt haben. Ich werde im Juli dieses Jahres nach der letzten Plenarwoche eine Bilanz unserer Arbeit vorlegen. Sie wird für jeden von Ihnen die notwendigen Informationen enthalten und so dazu bei-

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

tragen, das Gespräch auch mit dem kritischen Bürger draußen zu bestehen. Hier auf diesem Parteitag möchte ich mich wegen der Kürze der Zeit auf einige Schwerpunkte der Landtagsarbeit beschränken. Es sind dies

- die Finanzpolitik
- die Kulturpolitik
- die Politik für die Gemeinden, Landkreise und Bezirke und
- die Politik der Bürgernähe, des Abbaus von staatlichen Reglementierungen und der Verwaltungsvereinfachung.

Daneben werde ich einige aktuelle Probleme und Vorgänge ansprechen.

Liebe Parteifreunde! Wenn der Freistaat Bayern heute immer noch gesunde Finanzen vorzeigen kann, wenn wir bei 35 Milliarden DM eine Investitionsquote von 22 Prozent haben, dazu die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung unter allen Ländern der Bundesrepublik vorweisen können, und gerade aus diesen Gründen im Land weiterhin handlungs- und im Bund argumentationsfähig sind, so ist dies natürlich Ausdruck der soliden Finanz- und Ausgabenpolitik von Max Streibl und der gesamten Staatsregierung.

Aber es sollte nicht übersehen werden, daß auch der Bayerische Landtag, d.h. im wesentlichen unsere Fraktion, das Geld der Bürger mit eiserner Klammer zusammengehalten hat. Es ist das Parlament, dem das Budgetrecht zusteht. Die Bürger rufen gerade in der heutigen Zeit, in der sie selbst objektiv weniger Einkommen haben, nach immer mehr Leistungen des Staates. Wir spüren im Parlament hautnah den Kampf, ja sozusagen die Schlacht der Verbände um die letzte Million, die noch aus dem Staatshaushalt her-auszupressen ist. Immer mit den Leuten zu reden, immer guten Willen zu zeigen, aber dann doch über das Erreichte hinaus nicht mehr geben zu können und dennoch die Organisationen und Verbände des Sports, der Jugendbetreuung, der Erwachsenenbildung, des Naturschutzes, der Musikpflege, der Wohlfahrt und so weiter auch bei der Stange zu halten, das war in den letzten Jahren keine leichte Aufgabe. Wir haben die gigantischen Mehrforderungen

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

der Opposition zurückgewiesen; das machte keine großen Schwierigkeiten. Weh tat uns, die oft nur allzu berechtigten Bitten und Wünsche der eigenen Kollegen abweisen zu müssen. Aber es geschah aus der Einsicht heraus, daß der bayerische Haushalt, der vorbildlich ist in der ganzen Bundesrepbulik, gesund bleiben muß. Und dies nicht nur, um die Glaubwürdigkeit unseres Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten in der Diskussion um die Sanierung der Finanzen des Bundes zu erhalten, sondern auch, um im eigenen Lande noch etwas bewegen zu können. Wir wissen, der Finanzminister hat hier auch weiterhin unsere volle Unterstützung, daß jede Mark, die wir heute ohne Deckung durch Einnahmen ausgeben, uns morgen zentnerschwer belasten wird.

Die Sorge um die richtige und zeitgemäße Schulbildung unserer Kinder, um die Ausbildung der Berufsanfänger, um die Funktionsfähigkeit der bayerischen Hochschulen hat uns in dieser Legislaturperiode wieder besonders bewegt. Wir haben an der Neuorientierung der Hauptschule hart mitgearbeitet. Hier steht für vieles unser Dillinger Hauptschulpapier. Die Auseinandersetzung um die berufliche Grundbildung konnte, - dies werden die Staatsminister Maier und Jaumann bestätigen -, mit unserer Hilfe im wesentlichen beruhigt werden. In wenigen Wochen werden wir das neue Erziehungs- und Unterrichtsgesetz verabschieden, das vor allem in einem Punkt Klarheit für alle in Bayern bringen wird: Das bisherige Schulsystem, also Grund- und Hauptschule, Realschule und Gymnasium, wird im Freistaat Bayern auch weiterhin unverrückbar Bestand haben. (Beifall) Die CSU-Fraktion ist wie die Bayerische Staatsregierung tief davon überzeugt, daß nur dieses vielseitige Unterrichtsangebot, wie wir es in Bayern jetzt seit vielen Jahren haben, die Chancen für alle unsere Kinder sichert, sie zu den Leistungen führt, zu denen sie veranlagt sind, und sie auf die harten Anforderungen der modernen Zeit optimal vorbereitet.

Liebe Parteifreunde! In diesem Zusammenhang ein Wort an den Parteitag zum Thema Gesamtschule.

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Die Entwicklung, die die gegenseitige Anerkennung von Gesamtschulabschlüssen in den letzten Tagen genommen hat, erfüllt mich mit Sorge. (Beifall) Die Konferenz der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden hat im Beisein und unter Mitwirkung der beiden Parteivorsitzenden, der CDU, Helmut Kohl, und der CSU, Franz Josef Strauß, die Kultusminister gebeten, den derzeitigen Entwurf einer Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung von Gesamtschulabschlüssen noch nicht zu unterschreiben. Dieser Bitte lag von bayerischer Seite ein einmütiges Votum meiner Fraktion zugrunde.

Die elf Kultusminister der Länder haben es dann zwei Tage später in Bremerhaven dennoch für richtig gehalten, das Abkommen zu unterschreiben. Richtig ist, daß den Parlamenten ein Widerspruchsrecht bis zum 24. Juni d.J. eingeräumt wird, dem Zeitpunkt, zu dem das bisherige Abkommen ausläuft. Der Parlamentsvorbehaltist aus meiner Sicht eine pure Selbstverständlichkeit; denn über eine Problematik von einer derartigen Tragweite können und dürfen die Kultusminister nicht allein beraten und beschließen, sondern die Abgeordneten in den Länderparlamenten müssen darüber beraten und auch selbst entscheiden. (Beifall) Ich habe bereits angekündigt, daß die Fraktion den Bremerhavener Beschluß sorgfältig prüfen wird. Dies sind wir nicht nur uns selbst schuldig, die wir in allen wichtigen Bereichen der Kulturpolitik zurate gezogen und oft mit beschwörenden Appellen um Hilfe gerufen werden. Ich brauche nur an die Absenzenregelung zu erinnern, an die Gebührenregelung für Bummelstudenten und jüngst an die Diskussion um die Stundentafel für Hauptschulen. Wir sind es einfach, meine lieben Parteifreunde, auch unseren Gesprächspartnern draußen schuldig, den Dutzenden von Eltern- und Lehrerverbänden nicht nur in Bayern, sondern in der ganzen Bundesrepublik, die uns in den letzten Wochen mit Warnungen geradezu überhäuft haben, der Vereinbarung der Kultusminister in der vorliegenden Form nicht zuzustimmen. (Beifall) Ich kann an dieser Heerschar der Mahner und Rufer von der Front und aus der Praxis nicht einfach vorbeigehen.

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Ich bitte Sie, diese Haltung zu verstehen. Sie alle haben die Gesamtschulkampagne der SPD mit abgewehrt. Heute wissen die Genossen, daß sie sich eine gigantische Fehlinvestition an Geld und Propaganda geleistet haben. Es wäre doch wohl ein schlechter Scherz, ihnen jetzt über die Hintertür eines etwaigen unausgereiften Abkommens über die gegenseitige Anerkennung von Gesamtschulabschlüssen doch noch zum Triumphe zu verhelfen. Denn - dies sei hier deutlich herausgestellt; und ich rede so offen, damit später niemand sagen kann, er wüßte nicht, worum es gegangen ist, ich rede so offen, daß die Information gegeben wird, die wir jeweils nach außenhin weitertragen müssen - : Die Vereinbarung löst den Versuchscharakter der bisherigen Gesamtschulen ab und bringt erstmals in der Bundesrepublik Deutschland die länderübergreifende amtliche Anerkennung der Gesamtschule. Liebe Parteifreunde, wenn schon eine Vereinbarung unvermeidbar sein sollte, so müssen doch wirklich alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, auch und erst recht mit Hilfe des dafür zuständigen Parlaments und der dafür zuständigen Landesparlamente. Die Abgeordneten dürfen sich vor dieser Entscheidung nicht drücken und letztlich die Entscheidung auf andere abwälzen. (Beifall) Liebe Parteifreunde! Hier sitzen viele Gemeinde- und Stadträte, Kreis- und Bezirksräte, Bürgermeister und Landräte. Ich glaube, daß ich im wesentlichen Ihr Einverständnis habe, wenn ich sage, daß die kommunale Selbstverwaltung bei der CSU in guten Händen liegt. Vor Jahren schon haben die Bezirke ihre eigene Verwaltung bekommen, die Rechte der Bezirkstagspräsidenten wurden erweitert. Bei der Novellierung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes ist die Stellung der Kommunen in der Regionalplanung gestärkt worden. Die 1979 erfolgte Nachkorrektur zur Gebietsreform hat 204 Gemeinden die volle Selbständigkeit zurückgebracht. Die Gemeinden, die Mitglieder einer Verwaltungsgemeinschaft sind oder geblieben sind, kommen zurecht. Das Institut als solches hat sich auch in Bayern in der Zwischenzeit bewährt.

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Der kommunale Finanzausgleich des Freistaates ist beispielhaft in der ganzen Bundesrepublik. Seine Ausstattung ist immer stärker gewachsen als der Staatshaushalt insgesamt. Der Zuwachs der allgemeinen Zuweisungen an die Kommunen war größer als der der zweckgebundenen Zuweisungen, d.h. daß sich die frei verfügbare Finanzmasse der Kommunen, soweit der Staat unmittelbar dafür verantwortlich ist, vergrößert hat. Dies zeigt, daß wir unsere Gemeinden, Landkreise und Bezirke mit ihren finanziellen Nöten nicht im Stiche lassen. Die bayerischen Kommunen können sich auf die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Fraktion im Landtag verlassen.
Wir spüren dies in der Anerkennung auch durch die kommunalen Spitzenverbände sehr deutlich. Was die bayerische SPD unter kommunaler Selbstverwaltung versteht, hatte bereits vor elf Jahren das sog. Immenstädter Programm der SPD zur Gebietsreform schonungslos offengelegt. Wäre es Wirklichkeit geworden, gäbe es heute keine mittleren und kleineren Gemeinden in Bayern mehr, auch keine Landkreise. Dies sollten wir nicht vergessen. Zu den Angriffen auf die Kommunen und die Rechte der örtlichen Mandatsträger gehörten bei der SPD in letzter Zeit ihre Vorschläge zu einem etwaigen Bürgerbegehren und Volksentscheid auf kommunaler Ebene, zu den kommunalen Eigenbetrieben und zum Sparkassenwesen. Ich möchte von dem kommunalen Wahlrecht für Ausländer, die kurzfristig bei uns leben, gar nicht reden; das wissen Sie. All dem setzten wir im Landtag ein klares Nein entgegen. (Beifall)
Wir haben in Bayern Gott sei Dank die bürgerfreundlichste Kommunalverfassung. Wir haben deshalb keinen Anlaß, am Prinzip der Repräsentation auch auf der kommunalen Ebene irgend etwas zu verändern. Auch hier wird die Reformitis der Sozialdemokraten sichtbar. Sucht nach Reformen, wo es nur geht, und niemand stellt die Frage nach dem Wozu, nach dem Aufwand und den Verlusten einer Reform.

Verwaltungsvereinfachung und Abbau überflüssiger Staatsaufgaben hat sich auch die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag zur Dauer-

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

aufgabe gestellt. Die Kommission des Ministerpräsidenten unter Leitung von Kollegen Franz Neubauer, die sog. Neubauer-Kommission, hat gute Arbeit geleistet. Vieles im Verkehr der Behörden untereinander ist entrümpelt und beseitigt worden, in den Vorschriftendschungel kommt langsam Licht.
Ich habe die Bayerische Bauordnung schon erwähnt. Wir müssen Gerold Tandler und seinem Ministerium dankbar für die Vorarbeiten sein, im Landtag haben wir dann noch einmal in vielen Sitzungen und Verhandlungen, in vielen Gesprächen mit den Kommunalpolitikern weitere Verbesserungen erreicht, so daß ich wirklich ehrlichen Herzens sagen kann: In Bayern baut man jetzt leichter, einfacher und schneller.

In diesem Zusammenhang noch einmal einen Hinweis an die Adresse der Kommunalpolitiker. Wir stehen im Landtag kurz vor der Verabschiedung eines Gesetzes, des Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften. Es wird eine sehr beträchtliche Reduzierung des staatlichen Einflusses auf der kommunalen Ebene bringen. Z.B. wird künftig die Genehmigung von örtlichen Satzungen völlig entfallen. Dies, liebe Parteifreunde, nenne ich Entstaatlichung und Stärkung der Selbstverwaltung! (Beifall)

Dies seien nun einige Aspekte unserer Sacharbeit gewesen. Die Herren Ressortminister werden dem Parteitag über weitere Schwerpunkte, Akzente bayerischer Landespolitik berichten. Die CSU-Fraktion verstand und versteht ihre Aufgabe als Mehrheitsfraktion,
- das Regierungsprogramm des Herrn Ministerpräsidenten im Parlament umzusetzen,
- die Mitglieder der Staatsregierung bei aktuellen Anlässen zu unterstützen und gegen die Schmähungen von SPD und FDP in Schutz zu nehmen.

Liebe Parteifreunde, lassen Sie sich nicht irre machen! Auch hier ein Wort zu unserem Gerold Tandler als Innenminister! Was sich hier die Opposition erlaubt, geht weit über das zulässige Maß der Kritik hinaus, die einer Opposition zusteht.

(Beifall)

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Ich darf Sie, liebe Parteifreunde, daran erinnern, daß 99 Prozent dieser Ergebnisse in dem Untersuchungsausschuß nichtbayerische Belange betreffen, sondern Dinge des BND, und ich darf hier nicht darüber reden, daß ein hoher Beamter des Bundeskanzleramtes selbst bei den Fraktionsvorsitzenden bei uns im Landtag war und uns gebeten hat, doch dafür Sorge zu tragen, daß dieses Sicherheitsorgan, der BND, zu dem wir uns bekennen, alle miteinander bekennen müssen, nicht heruntergerissen wird, wie es derzeit von der Opposition, von SPD und FDP, im Bayerischen Landtag geschieht. (Beifall)

Aufgabe der CSU als Mehrheitsfraktion ist es weiter
- der Arbeit der Staatsregierung und der ihr unterstellten Verwaltungen jene Anregungen zukommen zu lassen, die sich aus den Vollzugsproblemen vor Ort im unmittelbaren Kontakt mit den Bürgern ergeben,
- die Gesetze gründlich zu beraten und erst nach umfassender Abstimmung mit den Betroffenen zu verabschieden,
- die Stellung des bayerischen Parlaments zu stärken und ihm jene Bedeutung zu erhalten bzw. wieder zu verschaffen, die es gemäß seiner langen Tradition und der horizontalen und vertikalen Aufgabenverteilung im modernen Verfassungsstaat beanspruchen kann.

Sie, liebe Freunde, müssen sich auf die Parlamentarier verlassen können. Ich meine, daß wir dieser Aufgabe - cum grano salis - gerecht geworden sind.

Und nun zur Opposition! Mit der Opposition sich hier vor diesem Parteitag auseinanderzusetzen, lohnt nicht. Bei den wenigen wirklich ernsthaften Diskussionen, die wir mit ihr im Maximilianeum zu führen hatten, sollte es sein Bewenden haben. SPD und FDP sind in zu vielen Sachfragen parteiintern ineinander, gegeneinander und miteinander zerstritten und auch nach außen überkreuz. Ich nenne nur die Kernenergie, den Rhein-Main-Donau-Kanal. Diese

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Diese Beispiele stehen ja für vieles. Der eine redet A, der andere B. Der eine ist dafür, der andere dagegen. Die eine Gruppe kämpft für den Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals, die andere Gruppierung schwört darauf, daß dies seit dem Turmbau von Babel die gigantischste Fehlaktion sei. Meine Damen und Herren, was wollen denn diese Leute auch? Sie sind im Grunde genommen eine Miniausgabe der Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag: zerrissen, zerstritten wie dort so auch hier im Bayerischen Landtag. Tagtäglich sollen sie auch noch das Unmögliche schaffen. Und es ist in der Tat unmöglich: der eklatanten Benachteiligungspolitik der Bonner Machthaber Beifall zu zollen und sich gleichzeitig als Retter des bayerischen Vaterlandes und als Hüter von Stabilität und Liberalität den Leuten zu verkaufen. Dies muß einfach scheitern, und da müssen uns die Leute fast leidtun.

Liebe Freunde! Ich bedanke mich bei dem Herrn Ministerpräsidenten für seine Arbeit im Lande. Man merkt dies nicht nur an der Zustimmung der Bevölkerung bei den sog.Regionaltagungen. Ich bedanke mich bei dem Herrn Ministerpräsidenten für seine freundschaftliche Unterstützung und seinen auch aus vieljähriger Erfahrung kommenden Rat.

Ich muß mich bei den Herren Staatsministern und Staatssekretären, bei der Frau Staatssekretärin für die gute und intensive Zusammenarbeit mit der Fraktion bedanken.

Mein besonderer Dank gilt nochmals allen Kolleginnen und Kollegen der Fraktion für ihren Einsatz hier in München. Dabei sind sie,wie die Kollegen der Landesgruppe, das ganze Jahr über regelmäßig weit und lange von der Heimat und den eigenen Familien getrennt. Auch darauf möchte ich einmal an dieser Stelle hinweisen.

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im ganzen Ernst! Ich denke in diesem Augenblick an einen, und ich bitte Euch alle, jetzt auch an ihn zu denken, an den Kollegen Hermann Dürbeck aus Unterfranken, der schwer daniederliegt. Ihm und seiner Familie gelten unsere Sorge und unsere besten Wünsche. (Beifall) Stellvertretend habe ich Hermann Dürbeck genannt. Und ich denke auch an jene, wie Toni Donhauser, die im Streß der täglichen Arbeit zusammengebrochen sind und die in diesen Minuten auch in unserer Mitte sein sollen.

Mein Bericht zur Landespolitik kann nicht schließen ohne einen Blick in die Zukunft. Wir werden alle Kräfte brauchen, um die vor uns liegenden schwierigen Vorhaben zu meistern. Ich denke neben dem Ausgleich des Haushalts an die strukturschwachen Räume in unserem Land, vor allem das Grenzland und unsere dort lebenden Mitbürger. Es gibt Hoffnungsschimmer, daß sich die Situation in dem einen oder anderen Bereich verbessert. Die geplante Wiederaufarbeitungsanlage bei Wackersdorf beispielsweise könnte für den dortigen Raum zum Rettungsanker werden. Aber wie groß sind die Schwierigkeiten und Hindernisse bereits geworden. Liebe Parteifreunde, hier muß und hier wird sich zeigen, daß die CSU solidarisch zusammensteht und sich verantwortlich fühlt für das Schicksal jeder einzelnen Region, ihrer dortigen Mandatsträger und der Bürger, die diesen vertrauen. Und wir dürfen auch nicht zulassen, daß jemand Opfer in den eigenen Reihen wird.

Gehen wir gemeinsam unseren Weg! Stehen wir zusammen in den kommenden Wochen und Monaten! Liebe Parteifreunde! Gehen wir gemeinsam, so gehen wir auch geschlossen kraftvoll in die Zukunft gemäß dem Motto dieses Parteitags: Zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, zum Wohl unseres geliebten Landes Bayern! (Lebhafter Beifall)

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Tagungsleiter Dr.Werner Dollinger: Ich danke dem Fraktionsvorsitzenden der CSU im Bayerischen Landtag, Gustl Lang, für seinen Bericht. Ich danke ihm für seine Arbeit als Vorsitzender und ich danke der Landtagsfraktion. Sie hat entscheidend Politik gestalten können gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung aufGrund klarer Mehrheitsverhältnisse. Wenn manchmal die Mitglieder der Fraktion im Lande etwas zu leiden haben, weil sie gestellt werden, dann erinnert das an das alte Sprichwort: "Den letzten beißen die Hunde". Aber ich glaube, mutige Verteidigung von getroffenen Entscheidungen ist eine gute Sache. Und deshalb bin ich auch sicher, daß dieArbeit der Fraktion entsprechend von der Bevölkerung bei den komenden Wahlen nicht nur respektiert, sondern auch mit Dank und einem neuen Vertrauensbeweis versehen werden wird. (Beifall)

Damit ist der Punkt 4 unserer Tagesordnung erledigt.

Herr Sauter hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

Alfred Sauter MdB: Meine Damen und Herren! Ich möchte eine Bitte und eine Anregung vortragen, und falls dem nicht entsprochen werden kann, einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen. Meine Bitte wäre zunächst folgene: daß die Anträge zum Wahlprogramm unmittelbar im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 5 beraten werden und nicht dann nochmals eine Pause eingeschoben wird, wo die

Akzente bayerischer Landespolitik

vorgetragen werden. Meine Anregung wäre, daß sich nach Möglichkeit die Herren Minister überlegen sollten, ob sie angesichts der Tatsache, daß ihre Berichte sowieso schon gedruckt vorliegen, nicht darauf verzichten könnten, diese heute hier vorzutragen, (Lebhafter Beifall) Und da ich der Ansicht bin, daß Akzente zur bayerischen Landespolitik sowieso schon gesetzt worden sind, auf der einen Seite von Gustl Lang und auf der anderen Seite auch

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

für den Ministerpräsidenten noch genügend Zeit da sein müßte, um seinerseits noch einige Akzente zur bayerischen Landespolitik vortragen zu können. Falls meiner Bitte und meiner Anregung nicht entsprochen werden kann, stelle ich zwei Anträge zur Tagesordnung, nämlich erstens den Geschäftsordnungsantrag, daß unmittelbar nach dem Bericht von Staatsminister Schmidhuber zum Wahlprogramm die Anträge dazu beraten werden und daß der Punkt 6 von der Tagesordnung abgesetzt wird. Herzlichen Dank! (Beifall)

Tagungsleiter Dr. Werner Dollinger: Verehrte Delegierte, Sie haben die Alternativanträge von Kollegen Sauter gehört. Das Präsidium ist der Meinung, man sollte es bei der festgelegten Tagesordnung belassen; denn zum Wahlprogramm gehören auch die Akzente der Landespolitik, wie sie die einzelnen Minister der Bayerischen Staatsregierung sehen, und das sollte man nicht auseinanderreißen. (Beifall) Wir empfehlen daher vom Präsidium aus, die beiden Anträge von Herrn Sauter abzulehnen und tagesordnungsgemäß zu verfahren. Ich glaube, daß wir auf Grund der Uhrzeit zeitlich durchaus zurechtkommen.

Wer gegen die Anträge von Herrn Sauter ist, möge seine Karte erheben. - Danke schön! Wer ist dafür? - Das ist die Mehrheit. Jetzt müssen wir dann nur noch über den Antrag von Herrn Sauter abstimmen, daß nach dem Vortrag von Herrn Schmidhuber der Punkt 6 abgesetzt wird und sofort die Aussaprache beginnt. Wer für diesen Antrag ist, möge seine Stimmkarte erheben. - Danke schön. - Wer ist dagegen? - Das erstere war die Mehrheit. Dann ist Punkt 6 von der Tagesordnung abgesetzt und die Herren Staatsminister haben dann Gelegenheit, sich sicher an der Diskussion entsprechend zu beteiligen. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich rufe nunmehr auf Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorstellung des Programms der CSU für die Landtagswahl 1982

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Dazu eine Vorbemerkung: Der Programmentwurf wurde in seiner Fassung vom 12.Mai 1982 allen Delegierten mit der Einladung zu diesem Parteitag zugeschickt. Inzwischen hat sich der Parteivorstand mit dem Entwurf befaßt und einige Änderungen angeregt. Die geänderte Fassung liegt allen Delegierten vor. Diese ist die Grundlage der Erläuterungen und der anschließenden Diskussion.

Ich erteile nunmehr das Wort Herrn Staatsminister Peter Schmidhuber

Staatsminister Peter Schmidhuber: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Zunächst darf ich mich bei Ihnen bzw. beim Kollegen Sauter bedanken, daß ich nicht der Guillotine zum Opfer gefallen bin.

Namens des Landesvorstandes lege ich Ihnen den Entwurf des Programms der Christlich-Sozialen Union für die Landtagswahl vom 10.Oktober vor.

Dieses Programm ist das Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen der horizontalen und vertikalen Gliederungen der CSU, der Orts-Kreis-und Bezirksverbände und der Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise. Der Parteiausschuß, der Landesvorstand und die Landtagsfraktion haben sich mit dem Entwurf befaßt. Der heute zur Verabschiedung vorgelegte Entwurf basiert also auf einer breiten innerparteilichen Meinungsbildung. Ich möchte allen, die sich an diesem Meinungsbildungsprozeß beteiligt haben, den Dank der Programmkommission aussprechen. In diesen Dank möchte ich insbesondere meine Kabinettskollegen einbeziehen, die mir das Material für den ersten Entwurf zur Verfügung gestellt haben. Alle Vorschläge zum Wahlprogramm wurden gründlich geprüft. Viele wurden übernommen, andere konnten von der Programmkommission aus politischen oder redaktionellen Gründen nicht berücksichtigt werden, worfür ich um Verständnis bitte. Neu aufgenommen wurden z.B. Aussagen über die städtebauliche Sanierung, die Stadt- und Dorferneuerung, die Integration von Aussiedlern sowie die Erwach-

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

senenbildung und das Büchereiwesen. Erweitert wurde der Abschnitt über die Medienpolitik. Neu gefaßt und eingehender dargestellt wurden auch die Vorstellungen zur Agrar- und Forstpolitik. Politisch bedeutsame Punkte, um die der Entwurf erweitert wurde, sind daneben die Forderung nach einer Pflegekostenversicherung sowie nach Einführung eines Sozialpfandbriefes. Kennzeichnend für die Programmdiskussion war eine große Einmütigkeit in den grundsätzlichen Zielsetzungen und eine rege Auseinandersetzung um die beste Lösung im Detail. Der Willensbildungsprozeß in unserer Partei für dieses Landtagswahlprogramm hat somit einmal mehr die große Geschlossenheit der CSU in der politischen Aussage unter Beweis gestellt, aber auch entgegen allen immer wieder gepflegten Klischees eine in ihrer Mitgliedschaft breit angelegte Diskussionsbereitschaft und Sachkompetenz. Die Programmdiskussion hat aber auch - abgesehen von diesem sachlichen Ergebnis - unsere Freunde an der Basis auf den Landtagswahlkampf vorbereitet und Einsatzbereitschaft und Dynamik der Partei gefördert. Sie war deshalb auch ein wichtiges Element der Bewußtseinsbildung und der Sichtung und Klärung eigener Positionen und Ausdruck des Willens zu lebendiger demokratischer Mitverantwortung und Mitgestaltung der Zukunft unseres Landes.

Meine Damen und Herren! Ein Wahlprogramm vermag allgemeine Orientierungen zu geben. Es ist jedoch kein Ersatz für politische Strategie und Taktik. Es kann auch die Thematik des Wahlkampfes sicher nur partiell beeinflussen. Es ist aber ein notwendiger Teil des Wahlkampfes und ergänzt unsere vielfältigen anderweitigen Anstrengungen. Ein Wahlprogramm steht in einem zwangsläufigen Spannungsfeld zwischen grundsätzlicher ordnungspolitischer Orientierung und den Forderungen des Tages, der plitischen Pragmatik, aber auch - wenn man glaubwürdig bleiben will - unter dem Diktat der ökonomischen Rahmenbedingungen. In unserer gegenwärtigen Situation heißt dies, unter dem Diktat des Rotstiftes. Dies macht vielfältige Abwägungen und Kompromisse notwendig. Es setzt den Forderungen eine finanzielle Grenze. So muß und soll

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

dieses Landtagswahlprogramm auch als eine Projektion für die Lösung politischer Zielkonflikte und als eine Transformation von Grundsatzpositionen in machbare praktische Politik gesehen werden. Dies muß zwangsläufig auch manche Wünsche offenlassen. Das vorliegende Programm enthält eine aktuelle politische Analyse und Standortbestimmung der CSU sowie auf die Landespolitik konzentrierte Handlungsmaximen, mit denen wir die 80er Jahre bewältigen wollen. In der gegenwärtigen politischen Situation liegt es auf der Hand, daß sich der Wahlkampf nicht auf die Landespolitik allein beschränken kann und darf. Wir wollen und müssen der Öffentlichkeit Antworten auf viele drängende Fragen geben und Zusammenhänge aufzeigen, die weit über die Landespolitik hinausreichen. Dies erwarten Bürger und Wähler von uns. Dies verlangt auch der bundespolitische Anspruch und die bundespolitische Verantwortung der CSU. Dies ist aber auch notwendig, um den verheerenden Einfluß einer inkompetenten und verfehlten Politik der SPD/FDP-Koalition auf die Gestaltungsmöglichkeiten der Landespolitik deutlich zu machen. Der Handlungsspielraum ist durch die veränderten ökonomischen und finanziellen Rahmenbedingungen eingeschränkt worden. Der konstitutionelle Partner der Länder, der Bund, ist politisch und finanziell nahezu handlungsunfähig geworden. Die Uneinigkeit der Regierungskoalition in Bonn, der eigene Zweifel der Koalitionsparteien am Fortbestand des Bündnisses blockieren dringend notwendige Entscheidungen. Schon bisher hat der Bund durch eine offene und heimliche Verschiebung von Finanzierungslasten auf die Länder deren Budgets empfindlich geschmälert. So wurden die Mittel für Gemeinschaftsaufgaben und Gemeinschaftsprogramme einseitig gekürzt. Bei der Krankenhausfinanzierung trägt der Bund anstatt ursprünglich einem Drittel der Gesamtaufwendungen jetzt nur noch 13 bis 14 Prozent. Im Wohnungsbau wurden die Bundesmittel für Bayern 1981 um 59,3 Millionen DM und 1982 erneut um 34,2 Millionen DM gekürzt. Die Mittel für die Studentenwohnraumförderung wurden gänzlich gestrichen. Dies macht im Übrigen erneut deutlich, wie dringend eine Aufgabenentflechtung zwischen Bund und Ländern

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

und eine den Aufgaben angemessene Finanzausstattung der Länder ist. Jüngster Versuch, die Haushalte der Länder zu strapazieren, war der Finanzierungsvorschlag des Bundes für die Investitionszulage. Danach hätten die Länder durch Ausfälle bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer die Investitionszulage zur Hälfte finanzieren sollen, jedoch von der geplanten Mehrwertsteuererhöhung entsprechend ihrem Beteiligungssatz an der Umsatzsteuer nur knapp ein Drittel erhalten. Ein Ungleichgewicht, das für uns ein zusätzlicher Grund war, die Mehrwertsteuererhöhung scheitern zu lassen. Andere Belastungen der Haushalte von Ländern und Gemeinden ergeben sich aus einer Flut von Ausgabenverpflichtungen, die der Bund in den letzten Jahren großzügig begründet hat, ohne sich um die finanziellen Folgen zu kümmern. Dabei ist der allgemeine politische Gestaltungsrahmen der Länder in den zurückliegenden Jahren ohnehin bereits sehr stark eingeengt worden. Der Bund hat seine konkurrierende Gesetzgebungszuständigkeit intensiv genutzt und ausgeschöpft. Unter dem dehnbaren Verfassungsgebot von der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik kann der Bundesgesetzgeber neue Regelungsgegenstände an sich ziehen. Er hat in der plitischen Praxis der letzten Jahre dabei wenig Rücksicht auf föderative Gesichtspunkte genommen. Eine Auszehrung der Gesetzgebungskompetenzen der Länder war die Folge. Der sogenannte kooperative Föderalismus und die Zusammenarbeit der Länder untereinander haben vor allem die politischen Möglichkeiten der Landesparlamente eingeengt. Der Verlauf der aktuellen Diskussion über die gegenseitige Anerkennung von Gesamtschulabschlüssen hat die drohende Aushöhlung originärer Landeskompetenzen, das Entstehen von Zugzwängen und die Gefährdung eigenständiger politischer Positionen in anschaulicher Weise deutlich gemacht. Zugenommen hat allerdings, ohne daß dies ein vollwertiger Ausgleich sein kann, die Bedeutung der Mitwirkung der Länder im Bundesrat, die wir als allgemeine nicht auf die Vertretung von Länderinteressen beschränkte politische Verantwortlichkeit begreifen und praktizieren. Hier ergibt sich in vielen Fällen die Möglichkeit zu Korrekturen, wenn auch Bundes-

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

wicklungen, die mehr und mehr auf Länder und Kommunen durchschlagen, die volle Verantwortung tragen. Unter diesen Umständen wird es eine zentrale Aufgabe bayerischer Landespolitik der Zukunft sein, den dem Freistaat Bayern verbliebenen Bewegungsspielraum optimal zu nutzen und das Erreichte, das in vielen Bereichen gefährdet ist, durch eine entschlossene Politik zu sichern. Stabilität und sinnvollen Fortschritt in einer unsicheren Zeit zu garantieren, wird deshalb der wichtigste Gradmesser des Erfolgs künftiger Politik sein. Wir, die Christlich-Soziale Union, meine Damen und Herren, sind in der Lage, dieses Land durch die vor uns liegenden schwierigen Jahre zu führen, weil wir ein realistisches und wirksames Konzept für die Zukunft haben und weil wir auf Leistung und Fortschritt dort verweisen können, wo wir politische Verantwortung tragen. Wir haben in der Vergangenheit Signale gesetzt und der politische Erfolg hat uns bestätigt:

- Bayern hat die geringste Pro-Kopf-Verschuldung, die geringste Schuldendienst- und die niedrigste Kreditfinanzierungsquote, aber die mit Abstand höchste Investitionsquote. Dies sind Daten und Fakten, die Wirtschaft und soziale Wohlfahrt weit mehr beeinflussen als staatliche Investitionsprogramme und immer neue Transferbürokratien.
- Bayern hat mit einem fortschrittlichen Naturschutzgesetz den Natur- und Landschaftsschutz wesentlich vorangebracht. Aktiver Gewässerschutz, geordnete Abfallbeseitigung, Luft- und Kernreaktorfernüberwachung und vieles andere mehr sind wirkungsvollere Beiträge zur Sicherung unserer Zukunft als die Diffamierung von Wirtschaft und ökonomischem Wachstum.
- Bayern hat die niedrigste Kriminalitätsrate, die höchste Aufklärungsquote und einen unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Kriminalitätszuwachs. Wir werden diesen überzeugenden sicherheitspolitischen Kurs auch in Zukunft fortsetzen und wenden uns entschieden gegen jede Verharmlosung von Gewalt und Rechtsbrüchen.

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

regierung und Bundestagsmehrheit im wesentlichen den Kurs bestimmen. Dennoch können wir im Bundesrat nicht selten gravierende gesellschafts- und ordnungspolitische Fehlentwicklungen verhindern und selbst die Initiative ergreifen. Ich erinnere z.B. an die Diskussionen über die Neugestaltung des Jugendhilfe- und des Familienrechts, die Bemühungen um eine Verbesserung des Ausländer- und Asylrechts oder die vielfältigen Anstrengungen im Bereich des Steuerrechts, vor allem zum Abbau inflationsbedingter Steuererhöhungen und zur Schaffung eines leistungsfreundlicheren Steuerrechts. Abgesehen von diesen föderativen Zusammenhängen ist das vorliegende Landtagswahlprogramm hineingestellt in einen wirtschafts- und finanzpolitischen Rahmen, der von einem stagnierenden Bruttosozialprodukt und bedenklich sinkenden Steuererträgen gekennzeichnet ist. Nach jüngsten Schätzungen muß der Bund im nächsten Jahr mit Steuermindereinnahmen von rd.10 Milliarden DM und die Länder und Gemeinden mit Steuerausfällen von gut 5 Milliarden DM rechnen. Die Bundesregierung hat sich als unfähig erwiesen, durch Sanierung und investitionsorientierte Umstrukturierung des Bundeshaushalts endlich den Kapitalmarkt entscheidend zu entlasten und die Wirtschaft nachhaltig zu beleben. Statt komsumtive Ausgaben zu kürzen, hat auch die sog."Haushaltsoperation 1982" in erster Linie den Investitionsbereich getroffen. Bayern hat im Gegensatz dazu durch eine Erhöhung der Investitionsausgaben im Nachtragshaushalt 1982 um 244 Millionen DM erneut bewiesen, daß auch und gerade in schwierigen Zeiten eine Verstetigung der Investitionsausgaben möglich ist, wenn man die politische Kraft dazu besitzt. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die entscheidenden wirtschafts- und finanzpolitischen Eckdaten durch den Bund gesetzt werden. Da viele Bürger Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik als eine Einheit betrachten, ist es notwendig, auf diese unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Gestaltungsmöglichkeiten im Geflecht von Bundes- und Landespolitik+ nur in gesamtstaatlicher Einordnung formuliert und praktiziert werden kann. Bürger und Wähler müssen wissen, daß SPD und FDP für die eingetretenen Fehlent-

+ hinzuweisen,damit deutlich wird, daß Landespolitik

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

- Wir haben mit einer modernen Struktur-, Regional- und Verkehrspolitik den wirtschaftsschwachen Räumen, voran dem Grenzland, das Vertrauen und die Gewißheit gegeben, daß sie gleichberechtigt am materiellen, kulturellen und sozialen Fortschritt unseres Landes teilnehmen können. In unserem Konzept der Landesentwicklung haben ländliche Räume und urbane Verdichtungszonen ihren spezifischen und gleichgewichtigen Stellenwert und werden entsprechend ihren besonderen Anliegen und Bedürfnissen mit Erfolg gefördert.

- Wir haben uns um Verwaltungsvereinfachung, Abbau von Staatsaufgaben und Bürgernähe bemüht, weil nur so auf Dauer ein leistungsfähiges, finanzierbares und von den Bürgern auch mitgetragenes und akzeptiertes demokratisches Staatswesen erhalten werden kann.

- Wir fördern mit Nachdruck die Familie als die für Staat und Gesellschaft wichtigste Lebensgemeinschaft. Wir treten ein für eine Stärkung der Erziehungs- und Sozialisationskraft der Familie und streiten für eine wertbezogene Erziehung. Mit dem Aufbau eines Netzes von Beratungsstellen, der Landesstiftung "Hilfe für Mutter und Kind" sowie durch dieSchaffung eines Darlehens für junge Familien haben wir in der Vergangenheit eigenständiges familienpllitisches Engagement bewiesen.

- Und wir sind, meine Damen und Herren, gegen Konfliktpädagogik, Aushöhlung des Elternrechts, Abbau von Autorität und Leistungswillen angetreten und haben uns gegen die wahllose Demontage gewachsener Strukturen gewandt. Die Perspektiven, meine Damen und Heren, die SPD und FDP für dieses Land entwerfen, lassen bayerisches Profil vermissen und sind die Fortsetzung jener glücklosen Politik, die Bayerns Wähler seit mehr als zwei Jahrzehnten in ihrer großen Mehrheit ablehnen. Eine Landtagsopposition also ohne wegweisende Alternativen, ohne Gewicht und Einfluß bei ihren Parteifreunden in Bonn und ohne Gespür für die wirklichen Bedürfnisse und Sorgen dieses Landes und seiner Bürger.

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

- So ist Bayerns Arbeitslosen nicht durch Informationsmeldestellen und Strukturbeiräte oder mit einem kurzatmigen Beschäftigungsprogramm gedient, sondern allein durch ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum und eine langfristige Beschäftigungsstrategie.

- Bayerns Bürger wollen keine Agrarfabriken, sondern eine bodengebundene bäuerliche Landwirtschaft mit einer Vielzahl eigenverantwortlicher Landwirte als wesentlichem Element einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung.

- Bayerns Wirtschaft und private Haushalte können den Energiebedarf der Zukunft nicht durch Aussteigen aus der Kernenergie, sondern nur durch eine zielstrebige Energiepolitik decken, deren unverzichtbarer Bestandteil auch die Nutzung der Nuklearenergie einschließlich der Sicherung der Wiederaufbereitung ist.

- Bayerns Eltern und Kinder wollen keine gleichmacherischen und undifferenzierten Gesamtschulen, sondern unser bewährtes dreigliedriges leistungs- und begabungsgerechte Schulsystem.

- Und Bayerns Abiturienten wissen, daß mehr Mitbestimmung an den Hochschulen kein Ersatz für die gekürzten Bundesmittel für den Hochschulbau ist.

- Bayerns Bürger wollen keine Radikalen im öffentlichen Dienst, gleichgültig ob als Lehrer, Lokführer oder Briefträger. (Beifall)

- Sie wollen keine Verbandsklage für selbsternannte Hüter des Gemeinwohls und

- sie brauchen keinen Bürgerentscheid auf Gemeindeebene, weil sie auf Kompetenz- und Verantwortungsbewußtsein der demokratisch gewählten Stadt- und Gemeinderäte vertrauen. (Beifall)

- Bayerns Wähler halten nichts von einem kommunalen Wahlrecht für Ausländer, weil es nicht in das Gefüge von staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten eingebunden ist. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Soziale Union Bayern auch erfolgreich in die 80er Jahre führen kann. Wir bitten deshalb Bayerns Wählerinnen und Wähler bei der Landtagwahl am 10. Oktober wieder um ihr Vertrauen und werden uns wie in der Vergangenheit für dieses Land einsetzen.

Und nun, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, danke ich Ihnen für dieses hohe Maß an gespannter Aufmerksamkeit. (Lebhafter Beifall)

Tagungsleiter Dr. Werner Dollinger: Ich danke Herrn Staatsminister Peter Schmidhuber für seinen Bericht. Ich möchte ihm auch danken für alle Arbeit, die er und seine Mitarbeiter für das Wahlprogramm geleistet haben. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Damit ist Punkt 5 unserer Tagesordnung erledigt.

Punkt 6 ist durch Beschluß abgesetzt. Wir kommen zum Punkt 7. Ich gebe jetzt die Leitung an Dr. Fritz Zimmermann.

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Tagungsleiter Dr.Fritz Zimmermann: Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Wir kommen zur

Behandlung des Wahlprogramms 1982

Ich schlage vor, daß wir die Diskussion trennen, zunächst das Wahlprogramm diskutieren und darüber abstimmen und dann die sonstigen Wortmeldungen entgegennehmen. Anträge zur Satzungsänderung usw. sind ohnehin einem eigenen Punkt vorbehalten.

Zuerst darf ich noch einmal in Erinnerung rufen, die vom Landesvorstand beauftragte Kommission unter Federführung von Staatsminister Schmidhuber hat am 12.Mai den Entwurf eines Wahlprogramms vorgelegt, der allen Delegierten fristgerecht mit der Einladung zum Parteitag zugegangen ist.

Inzwischen hat sich der Landesvorstand auf seiner Sitzung am 24.Mai mit dem Programm befaßt und es mit einigen geringfügigen Änderungen einstimmig dem Parteitag zur Verabschiedung vorgeschlagen. Diese Änderungen sind in dem Entwurf eingearbeitet worden, der Ihnen jetzt in den Parteitagsmappen vorliegt. Nach diesem Entwurf muß also verfahren werden. Der Entwurf nennt als Datum der Empfehlung des Landesvorstands irrtümlich den 25.Mai auf der ersten Seite; richtig muß es heißen: 24.Mai.

Anträge auf Änderung dieses Entwurfs können nur behandelt werden, wenn sie dem Präsidium in schriftlicher Form vorgelegt werden. Es ist ganz klar, bei einem so umfangreichen Programm muß man schwarz auf weiß vor sich haben, worüber abgestimmt werden soll.

Es liegt Ihnen vor ein zweiseitiges Papier, daß Sie ebenfalls in Ihrer Mappe haben und das die Überschrift trägt:

Änderungsanträge der Jungen Union Bayern zum Entwurf des Wahlprogramms 1982

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Ich nehme an, daß das Gegenstand der Diskussion sein soll. Wünscht jemand von den Antragstellern dazu noch zu sprechen? - Herr Friedrich!

Zu den Vorschlägen der Jungen Union habe ich dann schon einige Wortmeldungen, die ich im Anschluß an die jetzt erfolgende Begründung aufrufe.

Friedrich: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Junge Union ist sehr dankbar, daß viele Anregungen unserer ursprünglichen längeren Stellungnahme eingeflossen sind in den endgültigen Text, den wir im großen und ganzen auch akzeptieren. Wir haben aber geglaubt, daß es diesem Parteitag gut anstehen würde, wenn er nicht in der Art einer Akklamation das ganze Papier akzeptiert, sondern sich doch zu dem einen oder dem anderen Punkt einige Gedanken macht. Wir haben ganz wenige Punkte herausgegriffen, weil es selbstverständlich nicht möglich ist, heute alles umfassend zu diskutieren, und es ist auch gar nicht notwendig. Es werden von der Jungen Union wahrscheinlich einige Kollegen noch einzelne Punkte begründen. Ich möchte mich vorweg auf zwei Punkte beschränken, nämlich einmal auf das Kapitel Gemeinden und zum zweiten auf das Kapitel Ausländer.

Beim Kapitel Gemeinden ist im endgültigen Text des Wahlprogramms selbst festgestellt worden, daß der Entscheidungsspielraum der gewählten Gemeindevertreter erweitert werden muß. Anschließend wird festgestellt, daß das vor allem voraussetzt, daß der finanzielle Handlungsspielraum erweitert wird. Dann wird aber sinngemäß gesagt: Unser bayerisches Finanzausgleichssystem ist perfekt; daher müssen wir nichts ändern. Aber dadurch können wir nicht gleichzeitig den finanziellen Handlungsspielraum der Gemeinden erweitern. Deshalb schlagen wir Ihnen vor, das klipp und klar in das Wahlprogramm hineinzuschreiben, was eigentlich alle bayerischen Kommunalpolitiker und insbesondere Kommunalpolitiker

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

der CSU ständig in den Versammlungen sagen, nämlich: Die CSU wird zweckgebundene Zuschüsse zugunsten pauschaler Finanzzuweisungen an die Kommunen abbauen.

Das zweite betrifft die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger in der Gemeinde. Die Junge Union teilt den Standpunkt der CSU, daß eine Bürgerentscheidung sich mit unserem repräsentativen System nicht vereinbaren läßt. Wir haben aber schon gewisse Möglichkeiten der Bürgermitwirkung, nämlich einerseits die rechtlich nicht vorgesehenen Bürgerinitiativen, die uns oft sehr viel Ärger machen, und die Möglichkeit, in einer Bürgerversammlung Anträge an den Stadtrat oder an den Gemeinderat zu stellen. Wir glauben, daß da oft ganz große Zufallsentscheidungen zustande kommen und daß es bei den Bürgerinitiativen immer wieder einige wenige Leute schaffen, ganz groß z.B. in der Presse durchzudringen. Wir meinen, man sollte nicht ängstlich sein. Wenn die Bürger offensichtlich den Willen haben, sich zwischen den Wahlen stärker zu engagieren, sollte man das auch in einem formalen Verfahren zulassen, dann aber nicht dem Zufall überlassen, wie Bürger so etwas unterstützen. Wir schlagen vor, eine Art Bürgerantrag, nicht aber eine Bürgerentscheidung in unserem bayerischen Kommunalrecht einzuführen. Das hat man sich übrigens schon vor 5, 6 Jahren einmal gewünscht. Das waren damals Leute, die inzwischen längst nicht mehr in der Jungen Union sind, Mandatsträger der CSU.

Dann kurz zu einem Punkt, den ich selber ansprechen möchte, nämlich das Problem der Ausländer. Wir stimmen mit den Rednern heute dieses Parteitags völlig überein, die gesagt haben, der Ausländeranteil muß abgebaut werden. Nur ist es so, daß wir es zweifellos nicht schaffen werden, alle Ausländer in ihre Heimatländer zurückzubringen, und am wenigsten werden wir es bei den jungen Leuten erreichen, die in diesem Land geboren sind. Ich glaube, es ist naiv zu glauben, daß eine Möglichkeit besteht, hier eine Rückkehr bei den Leuten durchzusetzen, die in der 2. und 3.Generation hier leben. Da gibt es entweder die Möglich-

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

keit, diese Gruppe quasi am Rande der Gesellschaft zu lassen oder sie voll zu integrieren. Wir schlagen vor - und das finden Sie schriftlich in den Unterlagen - ein Angebot der Vollintegration durch Einbürgerung hier geborener Ausländerkinder der 2. und 3.Generation unter ganz bestimmten Voraussetzungen.

Vielen Dank. (Beifall)

Tagungsleiter Dr.Fritz Zimmermann: Ich danke Herrn Friedrich. Er hat zu mehreren Punkten der Änderungsanträge der Jungen Union Bayern Stellung genommen, die Ihnen schriftlich vorliegen. Aus diesem Grund halte ich es für zweckmäßig, daß in eine umfassende Diskussion eingetreten wird. Es ist unmöglich, daß ich jede einzelne Ziffer aufrufe; dann sonst würden sich mehrere Redner, die sich schon gemeldet haben, immer wieder zu jedem einzelnen Punkt melden. Wir sind gegenwärtig in einer Generaldiskussion der Änderungsanträge der Jungen Union Bayern, die Ihnen in dem zweiseitigen Text in Ihren Mappen vorliegen.

Das Wort hat nunmehr - er hat drei Wortmeldungen zu mehreren Ziffern des Wahlprogramms abgegeben - Dr.Franz Christoph Zeitler, und ich bitte ihn, seine Stellungnahme zu allen drei Punkten einheitlich zu fassen und vorzunehmen, wie es gerade auch Herr Kollege Friedrich getan hat.

Dr.Franz-Christoph Zeitler: Meine Parteifreunde! Ich möchte für die Junge Union eine Ergänzung im Bereich unserer Aussagen zur Wohnungspolitik begründen. Wenn Sie unsere ausgedruckte Antragsvorlage zur Hand nehmen, dann sehen Sie den epochemachenden Satz:

> Der soziale Wohnungsbau ist schrittweise in die soziale Marktwirtschaft überzuführen ...

Ich glaube, mindestens zu dieser Aussage, die ganz von ferne

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Ludwig Erhard mit der Marktwirtschaft anklingen läßt, sollten wir uns in dem wohnungspolitischen Teil durchringen. Es ist im übrigen schon mehrmals auf CSU-Parteitagen beschlossen worden, aber leider bei der Vorabklärung des Wahlprogramms auf der Strecke geblieben. Das heißt natürlich ganz konkret, daß wir unsere wohnungspolitischen Probleme durch mehr privatwirtschaftliches Angebot bewältigen können und nicht durch mehr staatliche Berechtigungsscheine, wie wir es jetzt im sozialen Wohnungsbau haben, wo zwei Drittel der Bevölkerung auf dem Papier sozialwohnungsberechtigt sind und dann letztlich doch nicht zum Zug kommen. Aber nocheinmal: Es ist eigentlich schon ein alter CSU-Parteitagsbeschluß.

Zweitens möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Seite 2 unseres ausgedruckten Antragpapiers lenken, wo es unter Ziffer 5 heißt: Wir wollen gemeinsam mit dem Mittelstand prüfen, ob nicht eine Auflockerung des geltenden Ladenschlußrechts im Interesse der Verbraucher und im Interesse der Familien, insbesondere der berufstätigen Hausfrauen, der berufstätigen Ehefrauen angezeigt ist. Ich weiß, daß dieses Thema ein bißchen ein Tabu ist. Aber ich habe viele Gespräche geführt mit Einzelhändlern und auch mit Herren aus dem Wirtschaftsministerium und von Interessenverbänden, und unter der Hand sagen einem alle: Ich gestehe Dir vollkommen, das geltende Ladenschlußrecht ist ein Schmarrn, es hält sich keiner dran, man kann es auch nicht kontrollieren. Es leidet letztlich nur der kleine Einzelhändler darunter. Die großen Supermärkte setzen sich durch. Aber jeder sagt: Wenn ihr da etwas bringen wollt, müßt schon ihr den Kopf hinhalten; wir können das nicht. Das ist ein Verbandstabu; das ist zwischen den Mittelstandsverbänden und den Gewerkschaften abgesprochen worden.

Vielleicht noch eine Aussage dazu, weil ich hier schon entsprechende Zwischenrufe gehört habe, was wir mit dem Antrag wollen. Wir wollen natürlich nicht eine stärkere Arbeitsbelastung des

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

selbständigen Mittelständlers. Deshalb haben wir vorgesehen - das ist in unseren Ergänzungen im Beschluß der Landesversammlung -, den Ladenschluß in der Weise aufzulockern, daß hier eine Gleitzeitregelung eingeführt wird. Das heißt, die bisherigen Öffnungszeiten bleiben bestehen. Aber der einzelne kann - und da ist der Einzelhändler viel flexibler als eine große Supermarktkette - sich dann nach den Bedürfnissen des jeweiligen Ortes und der Landschaft in seinen Öffnungszeiten darauf einstellen. Damit hätten wir etwas erreicht, was Ludwig Erhard stets vorgeschwebt hat, was er aber nie durchsetzen konnte. Der frühere Bundestagsabgeordnete Unertl hat einmal gesagt: Machen wir mit dem ganzen Laden Schluß, ändern wir das Ladenschlußgesetz. Das wars zum zweiten.

Als Drittes hätte ich eine Frage zur Seite 12 des Wahlprogramms. Dort wird gefordert eine, wie es heißt, geringe Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge zur Einführung einer Pflegekostenversicherung. Wir alle wissen, daß die Pflegekosten ein großes Problem sind. Auf der anderen Seite gehört es zu den Grundsätzen unserer Partei, eine weitere Zunahme der Abgabelast, auch der Sozialabgabelast zu verhindern. In dem Wahlprogramm ist auch die Rede von Umschichtungen im Sozialbereich, mit denen die Pflegekostenversicherung zunächst abgedeckt werden sollte. Solche Umschichtungsvorschläge sind mir aber nicht bekannt. Darum würde ich einen Verfasser des Wahlprogramms oder vielleicht den Arbeitsminister bitten, hier Umschichtungsvorschläge darzutun. Denn sonst wäre es, glaube ich, mit einer geringen Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge nicht getan. Wenn wir einen derartigen neuen Zweig der Sozialversicherung einführen, wäre das eine ganz erhebliche Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge, die sich mit unseren üblichen ordnungspolitischen Grundsätzen nicht vertragen würde.

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe, Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Tagungsleiter Dr. Fritz Zimmermann: Ich danke Herrn Kollegen Zeitler. Das Wort hat nun Staatsminister Max Streibl!

Staatsminister Max Streibl: Liebe Parteifreunde! Ich möchte zunächst zum Antrag der Jungen Union Nr.1 Stellung nehmen. Hier wird zum kommunalen Finanzausgleich verlangt, daß zweckgebundene Zuschüsse zugunsten pauschaler Finanzzuweisungen an die Kommunen abgebaut werden. Ich weiß nicht, ob sich die Junge Union darüber im klaren ist, daß dieser Antrag im wesentlichen zu Lasten der schwachen Gemeinden geht. (Beifall) Der Finanzausgleich hat eine Ausgleichsfunktion. Wenn mann alle Zuweisungen pauschal geben würde, dann würde das die einen Gemeinden im wesentlichen bevorzugen und die anderen Gemeinden würden auf ihrem Ausbauzustand sitzen bleiben. Wir haben in den letzten Jahren die freiverfügbaren Finanzzuweisungen absolut erhöht,und zwar von 47 auf 56 Prozent. Aussagekräftiger ist vielleicht noch eine andere Zahl, nämlich die gesetzlich den Kommunen zufließenden Zuweisungen, über die die Kommunen weiter Rechenschaft ablegen müssen, im Kraftfahrzeugsteuerbereich und ähnlichem. Das sind 77 Prozent der Gesamtleistungen des Staates. Jede 4.Mark, also ein Viertel des Haushalts Bayern, geht im kommunalen Finanzausgleich an die Kommunen, und davon wiederum 77 Prozent gesetzlich festgelegt, so daß die Kommunen sehr gut bedient sind. Den Rest, meine Damen und Herren, müssen wir noch nach bestimmten Kriterien vergeben je nachdem,wie die Gemeinden ausgestattet sind. Wenn wir nur pauschal vergeben, dann kann es passieren, daß eine Gemeinde, die jetzt noch keine Schule hat oder wo der Straßenausbauzustand oder ähnliches noch nicht entsprechend ist, nicht mehr bezuschußt werden kann. Daher bedarf es einer Ausgleichsfunktion. Wir sind bis an die Grenze des Vertretbaren gegangen. Wenn wir weiter gehen, dann können wir die Gemeinden nicht mehr nach dem gleichen Maßstab ausstatten.

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Ich glaube also, daß der Antrag sehr zweischneidig ist, insbesondere daß er zu Lasten der schwachen Gemeinden geht, die heute noch nicht ganz und vollständig ausgestattet sind. Wenn alle Gemeinden auf dem gleichen Status wären, könnte man weitergehen und könnte weiter pauschallieren. Aber das ist nicht der Fall. Wir haben sehr finanzschwache Gemeinden und wir haben sehr finanzstarke Gemeinden .Ich bitte deshalb, den Antrag nocheinmal zu überdenken.(Beifall)

Tagungsleiter Dr.Fritz Zimmermann: Ich danke Herrn Staatsminister Streibl. Das Wort hat zu Punkt 3 des JU-Papiers Carl-Dieter Spranger, Mitglied des Deutschen Bundestags.

Carl-Dieter Spranger: Herr Vorsitzender, liebe Parteifreunde! Ich verkenne nicht das humanitäre Motiv, das dem Antrag zweifelsohne zugrunde liegt. Aber humanitäre Motive muß man bei Entscheidungen über diesen Antrag natürlich auch zugunsten der betroffenen deutschen Bevölkerung miteinbeziehen, und da kommt man bei Abwägung der verschiedenen Umstände zu anderen Ergebnissen. Wir haben eine Situation, die nun weiß Gott nicht zufällig das Thema Ausländerpolitik zu einem zentralen Thema der Öffentlichkeit gemacht hat. Wir haben z.Zt. etwa 5 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland; lediglich 3 Millionen stehen in Arbeit, 2 Millionen werden in irgendeiner Weise von der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Sozialstaates mitversorgt. Wir haben etwa 350 000 Asylbewerber. Nach den Erfahrungen sind etwa 90 Prozent davon Scheinasylanten, ebenfalls eine enorme finanzielle soziale Belastung unseres Landes. Insbesondere in den Ballungsräumen hat die finanzielle, strukturelle und gesellschaftspolitische Belastung die Grenze des Zumutbaren erreicht, nicht nur in Berlin, auch in München, in Frankfurt und in anderen Großstädten. Deswegen hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter Einbeziehung der realistischen Situation im Januar

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

dieses Jahres einen umfassenden Entschließungsantrag zum Thema Ausländerpolitik eingebracht, der im Bundestag diskutiert wurde und der auf breite Zustimmung der Bevölkerung gestoßen ist, der den Antrag, den die Junge Union hier stellt, nach reiflicher Überlegung nicht aufgenommen hat. Wir sind der Meinung, daß das Problem nicht durch mehr Integration, vor allem auch nicht durch mehr Hoffnung auf nicht machbare Mehrintegration bewältigt werden kann, sondern wir müssen eine realistische Politik machen, die von der Tatsache ausgeht, daß die Bundesrepublik Deutschland kein Einwanderungsland sein kann. Und dieser Satz, der bisher bei uns unbestritten war, muß dann auch politisch vollzogen werden. Er kann nicht vollzogen werden, wenn wir noch mehr Integration fordern, noch mehr Einbürgerungsmöglichkeiten für die Ausländer schaffen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir nicht nur der deutschen Bevölkerung Unzumutbares nicht zumuten dürfen, es ist auch im Interesse der ausländischen Mitbürger, wenn wir nicht eine Politik der Illusion betreiben, sondern eine Politik des Realismus, daß hier nicht mehr Hoffnungen geweckt werden, als dieser Staat und seine Bevölkerung letztendlich verkraften kann.

Ich bitte deshalb ebenfalls die Junge Union, den Antrag nochmals zu überdenken. Soll er aufrechterhalten werden, muß ich auch im Namen der Bundestagsfraktion um Ablehnung des Antrags bitten. (Beifall)

Tagungsleiter Dr.Fritz Zimmermann: Das Wort zu den Ziffern 1,2,3 der Änderungsanträge der Jungen Union hat Staatsminister Gerold Tandler.

Ich sage gleich voraus, wer jetzt als nächster aufgerufen wird: Delegierter Werner Schnappauf zum Punkt 4 der JU-Anträge, das

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Mitglied des Deutschen Bundestags Ignaz Kiechle und Herr Staatsminister Eisenmann ebenfalls zu Punkt 4, die Delegierten Dietmar Dräger und Karl Schön zu Punkt 5 und dann der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft Anton Jaumann.

Staatsminister Gerold Tandler: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich möchte auch zunächst zum Antrag der Jungen Union 3.5, Ausländerpolitik, kurz Stellung nehmen. Das eigentliche Petitum der Jungen Union, nämlich die Möglichkeit der Integration für jene, die integrationsbereit und integrationsfähig sind, ist eigentlich in der Formulierung des Wahlprogramms auf Seite 21 bereits vorhanden. Es heißt:

> ein faires Integrationsangebot für die legal bei uns lebenden Ausländer und flexible Einbürgerungsrichtlinien.

Nach den Erfahrungen, die wir bei den Ausländern machen, können wir feststellen, daß die an der Integration Interessierten von den Möglichkeiten, die bereits jetzt vorhanden sind und die wir gar nicht zu erweitern brauchen, Gebrauch machen. Alles, was darüber hinausgeht, weckt Hoffnungen - da hat Kollege Spranger vollkommen recht - , die sich nicht realisieren lassen, es sei denn, wir würden auf einen großen Teil dessen verzichten, was wir von Menschen verlangen müssen, die deutsche Staatsbürger tatsächlich werden wollen. Ich bin mir vollkommen klar, daß wir bei einem Ausländeranteil von mittlerweile mehr als 5 Prozent, jenen, die wir nach Deutschland geholt haben, weil wir sie brauchten, dieses Angebot machen müssen. Das bedeutet aber, daß jemand, der deutscher Staatsangehöriger wird, das auch mit allen Pflichten zu werden hat, nicht nur mit Vorteilen, die sich daraus ergeben. (Beifall) Wir müssen hier, wenn wir Konfliktstoffe für die Zukunft vermeiden wollen, auch die Bereitschaft mit voraussetzen, sich in den deutschen Kulturkreis mit integrieren zu wollen. (Beifall) Ausländer, meine Damen und Herren, die dazu

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

bereit sind, haben die Chance und sollen sie auch weiterhin haben. In allen anderen Bereichen kann uns nur dann eine Konfliktsituation größeren Ausmaßes erspart bleiben, wenn wir darüberhinaus außerhalb dieses Verlangens eine sehr konsequente Einbürgerungspolitik betreiben. Deswegen sage ich, dem Anliegen ist gedient mit der Formulierung, die auf Seite 21 des Wahlprogramms bereits niedergelegt ist. Eine Erweiterung der Formulierung, wie sie die Junge Union vorschlägt, halte ich nicht für geboten.

Dann zu dem Punkt 1 des Abänderungsantrags. Er betrifft den 2.Absatz auf Seite 9 und behandelt hier die Möglichkeit eines Bürgerbegehrens. Meine Damen und Herren, es ist ganz wenige Wochen her, daß wir im Bayerischen Landtag eine Interpellation der SPD zu Fragen der Kommunalpolitik zu beantworten hatten. Im Rahmen der Beantwortung der Interpellation haben auch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid eine große Rolle gespielt. Sie wissen, daß SPD und FDP entsprechende Pläne haben. Ich würde es für falsch halten, wenn wir als christlich-soziale Union den Begriff des Bürgerbegehrens in das Wahlprogramm 1982 aufnehmen würden. (Beifall) Wir bekennen uns in Bayern zur repräsentativen Demokratie, und die Bürger, die die Möglichkeit haben wollen, entsprechende Mitwirkungsmöglichkeiten wahrzunehmen, können es tun durch Besuch der Bürgerversammlungen, aber auch durch parteipolitische Aktivitäten. Ich halte es für falsch, dann darüber hinaus Möglichkeiten zu eröffnen. (Beifall)

Zur Ziffer 2 des Antrags bezüglich des sozialen Wohnungsbaus! Die Forderung: "Der soziale Wohnungsbau ist schrittweise in die soziale Marktwirtschaft überzuführen" ist - und das ist richtig - eine alte Forderung der CSU. Sie wurde bereits in den 60er Jahren aufgestellt, und wir waren damals der Realisierung dieses Wunsches auch sehr nahe. Mittlerweile schreiben wir das Jahr 1982 und sind in den Ballungsräumen, was die Wohnungsversorgung anbelangt, weit entfernt von den günstigen Situationen von 1970. Wenn

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

wir auch in den wohnungspolitischen Leitlinien der Staatsregierung das drin stehen haben, würde ich doch davor warnen anzunehmen, im Zusammenhang mit dem Wahlprogramm 1982 der Bevölkerung den Glauben zu vermitteln zu können, als sei der soziale Wohnungsbau in den Ballungsräumen - hier meine ich insbesondere München und Nürnberg - in den kommenden 4 Jahren in den freien Markt zu überführen. Das ist vollkommen unmöglich. Das ist überall möglich, wo die Mieten im sozialen Wohnungsbau sich etwa denen im freien Wohnungsbau angeglichen haben. Aber in den Ballungsräumen haben wir doch die gegenläufige Entwicklung. Niemals in den letzten 20 Jahren war die Differenz zwischen den Mieten im Bereich des sozialen Wohnungsbaues und den Mieten des freien Marktes in den Ballungsräumen so groß wie jetzt. In dieser Zeit dann die Sozialwohnungen in den freien Markt überzuführen und die zu zahlenden hohen Mieten mittels Wohngeld mit zu finanzieren, und das bei der jetzigen Haushaltslage, ist eine Illusion. Den sozialen Wohnungsbau in den Ballungsräumen können wir dann in den freien Markt überführen, wenn wir wieder eine globale Wohnungspolitik in der Art, wie sie Lücke in der Mitte der 60er Jahre begonnen hat und wie sie die CDU/CSU-Bundesregierungen in den Jahren 1960 bis 1970 durchgezogen haben, betrieben haben. Wenn wir die ganze Reglementiererei allmählich abbauen, dann ist die Überführung des sozialen Wohnungsbaues möglich. Das ist vielleicht in 10 Jahren der Fall, aber nicht innerhalb der nächsten 4 Jahre. Und weil ich nicht möchte, daß uns in kurzer Zeit das Wahlprogramm mit diesen Formulierungen um die Ohren geschlagen wird, würde ich empfehlen, auf diese Formulierungen im Wahlprogramm 1982 zu verzichten. (Beifall)

Tagungsleiter Dr.Fritz Zimmermann: Im Gegensatz zu meinen vorigen Ankündigungen habe ich jetzt auch noch Wortmeldungen zu den Antragsziffern 2 und 3, so daß ich diese vor Schnappauf, Punkt 4 und vor Dräger und Schön, Punkt 5, aufrufe. Das Wort hat der Delegierte Hermann.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Hermann: Ich wundere mich, daß ich so plötzlich drankomme. Aber bitte sehr, ich fange bei dem an, was Staatsminister Tandler im Hinblick auf den Antrag Nr.3 der Jungen Union betr.Integration der Ausländer gesagt hat. Herr Staatsminister, Sie befinden sich da leider nicht mehr auf dem neuesten Stand. Leider hat nämlich offensichtlich der Landesvorstand die von Ihnen vorgetragene Formulierung über die flexiblen Einbürgerungsrichtlinien oder das faire Integrationsangebot, wie es noch in der Formulierung vom 12.Mai 1982 steht, die den Delegierten zugegangen ist, herausgenommen, und das ist jetzt in der den Delegierten, wie der Präsident vorhin sagte, zurBeschlußfassung vorliegenden Mappe nicht mehr enthalten, auf Seite 21. Ich glaube durchaus, daß wir uns zumindest hilfsweise, falls der JU-Antrag abgelehnt würde, dafür einsetzen, daß die ursprüngliche Formulierung, wie sie offensichtlich auch noch die Kommission von Staatsminister Schmidhuber für sinnvoll gehalten hat, aufSeite 21 wieder hineinkommt. Sie haben selbst gesagt, daß Sie das für eine gute Formulierung halten, und es wäre gut, wenn wir uns alle darauf einigen könnten, daß wir den ursprünglichen Text, wie er im ursprünglich übersandten Papier auf Seite 21 stand, wieder anfügen. Soweit dazu.

Im übrigen wollte ich hauptsächlich zum Antrag Nr.7 sprechen, der noch nicht begründet worden ist. Hier geht es um den Bereich der Schulen und Hochschulen. Wir sind zum einen der Meinung, angesichts sinkender Schüler- und steigender Studentenzahlen müssen die Planstellenwünsche der Universitäten z.Zt. vor denen der Schulen erfüllt werden. Wir sind der Meinung, daß angesichts der Finanzknappheit, der drohenden Stelleneinsparungen und dergleichen mehr im Wahlprogramm eine klare Aussage getroffen werden muß, wo in den nächsten 4 Jahren - es handelt sich nur um die nächsten 4 Jahre im Landeswahlprogramm - die Prioritäten zu liegen haben. Nach dem enormen Ausbau der Lehrerplanstellen in den letzten Jahren und eben wegen der Situation, daß z.Zt. die Studentenzahlen weiter groß ansteigen, aber die

Freigestellt im Archiv für Christlich-soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Schülerzahlen drastisch sinken, müssen wir hier die klare Priorität so setzen, daß sie in den nächsten Jahren bei den Hochschulen liegen wird.

Der letzte Punkt auf Seite 4 dient nur der Klarstellung. Das ist sicher ein Anliegen, dem jeder zustimmen kann, nämlich die Jugendlichen darauf aufmerksam zu machen, daß nicht jeder, der heute in Bayern einen Studienplatz bekommt, damit später rechnen kann, den entsprechenden Beruf und Verdienst zu haben. Wir sind der Meinung, daß dies den Jugendlichen immer wieder gesagt werden muß und nicht zuletzt auch im Wahlprogramm angesprochen werden muß. Wir sind zwar für die weitestgehende Ausbildung, für die Zur-Verfügungstellung von Studienplätzen, aber wir müssen den Jugendlichen immer wieder sagen, daß sie bei der jetzigen Menge jedenfalls keine Chance haben, sagen wir einmal, in A 13 angestellt zu werden.

Tagungsleiter Dr.Friedrich Zimmermann: Ich bedanke mich bei Herrn Hermann. Zu Punkt 7 wird dann Staatsminister Maier Stellung nehmen.

Zunächst darf ich einen weiteren Gast begrüßen, den Senator für Soziales und Gesundheit des Landes Berlin, unseren Freund Ulf Fink. Herzlich willkommen! (Beifall)

Nun erteile ich zur Ziffer 2 der Änderungsanträge der Jungen Union nocheinmal das Wort Herrn Friedrich.

(Friedrich: Ich verzichte!)

Dann rufe ich auf den Delegierten Werner Schnappauf zu Punkt 4 der JU-Anträge.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Werner Schnappauf: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Punkt 4 auf Seite 2 betr. die Ziffer 4.5 des Wahlkampfprogramms ist von der Jungen Union noch nicht begründet worden. Ich darf einige Sätze zur Motivation des Antrags sagen.

Die Landwirte in unserem Land werden zunehmend verunglimpft, von den Grünen angefangen bis hin zur bayerischen SPD, wie es letzte Woche gerade der sog. Umweltpolitiker Kolo wieder getan hat. Wir, die Junge Union, wie auch die CSU stehen auf dem Standpunkt, daß die Landwirte eine Kulturlandschaft geschaffen haben und ohne sie Naturschutz und Landschaftspflege heute nicht möglich wären. Wenn sich heute die Grünen so aufspielen, als ob sie allein den Naturschutz betreiben könnten, dann ist es eine glatte Lüge. Ohne die Landwirte wäre es nicht möglich. (Beifall)

Nun sind aber die Landwirte auf Grund des geltenden Preis- und Prämiensystems in der Europäischen Gemeinschaft in ein Schema hineingepreßt worden, das sie mehr oder weniger zwingt, zunehmend ihre Bodennutzung zu intensivieren. Diese Intensivierung geschieht in aller Regel durch ein Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel. Um aus diesem Teufelskreis herauszukommen, versucht der Antrag Wege aufzuzeigen. Es sollen Wege gesucht werden, wie wir vom chemischen Pflanzenschutz wegkommen und damit mehr Umweltschutz betreiben können, damit auch mehr einerseits den Verbraucherwünschen entgegenzukommen und andererseits - das möchte ich hier betonen - die Einkommenssicherung der Landwirte nicht gefährden, sondern erst sicherer machen. Denn durch das jetzige System werden die Landwirte gezwungen, chemische Mittel einzusetzen; wollen sie umweltfreundlich produzieren, wirkt sich das zuerst in ihrem privaten Geldbeutel aus. Um davon wegzukommen, sollen neue Wege gesucht werden. Das Ziel ist also genau das, was im Rahmen der Unionspolitik im Mittelpunkt von Landwirtschaft und Umwelt steht: beides miteinander zu verbinden, die berechtigten Anliegen der Landwirte mit den berechtigten

Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Anliegen der Umwelt sowie mit den Wünschen der Verbraucher.

Ich darf Sie deshalb bitten, dem Antrag zuzustimmen. Vielen Dank. (Beifall)

Tagungsleiter Dr.Friedrich Zimmermann: Ich danke dem Kollegen Schnappauf. Das Wort zu Ziffer 4 hat das Mitglied des Deutschen Bundestags Ignaz Kiechle, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft der CSU.

Ignaz Kiechle: Meine Damen und Herren! Wir sind diesem Antrag der Jungen Union im Grunde genommen sehr gewogen und halten ihn für einer Diskussion durchaus würdig. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß das, was die Junge Union mit ihrem Antrag will und auch formuliert - von 2 Kleinigkeiten abgesehen, die ich nachher noch nennen werde - im Wahlprogramm enthalten ist. Auf Seite 15 des Wahlprogramms - allerdings nicht unter der Überschrift "Landwirtschaft", sondern unter der Überschrift: "Durch Umweltschutz die natürlichen Lebensgrundlagen sichern" heißt es:

> Die CSU respektiert Formen sog.alternativen Lebens, auch der sog.alternativen Landwirtschaft, solange der einzelne bereit ist, die materiellen Konsequenzen persönlich zu tragen. Als eine Partei, die Verantwortung für den Lebensstandard aller Bürger trägt, ist sie aber nicht bereit, solche Lebensformen der gesamten Bevölkerung aufzwingen zu lassen.

Und auf Seite 25 können Sie unter dem Thema Landwirtschaft folgendes lesen:

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

> Die bayerische Land- und Forstwirtschaft sichert die Versorgung der Bevölkerung mit gesunden und qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln und mit dem Rohstoff Holz. Sie erhält unsere Kulturlandschaft. Agrar- und Ernährungspolitik sind untrennbar verbunden.

Wir sagen weiter:

- Schutz seiner bodengebundenen bäuerlichen Produktion ...

- Ablehnung von staatlichem Dirigismus sowie einer Politik des Wachsens und Weichens ...

- Markt- und Preispolitik als wichtigstes Instrument zur Erzielung eines angemessenen Einkommens;

In etwas anderem Deutsch ist das genau das, was die Junge Union sagt. Ich würde mich im Prinzip freuen, wenn die Junge Union unter diesen Umständen auf ihren Antrag verzichten würde. Tut sie es nicht, was ich auch für möglich halte und wofür ich ein gewisses Verständnis habe, dann müßte ich allerdings auf zwei Änderungen bestehen, aus unserer Sicht, aus der Sicht der Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft. Es kann nämlich in dem Antrag nicht heißen:

> Die CSU wird objektive Versuche vorantreiben, ob qualitativ höherwertige Nahrungsmittel bei gleichen oder geringeren Kosten produziert werden können.

Damit würde ja ausgesagt, daß die bisherigen Lebensmittel in ihrer Qualität schlechter sind, als diejenigen, die man hier produzieren will. Es kann also dann bitte nur heißen, meine Damen und Herren von der JU:

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Die CSU wird objektive Versuche vorantreiben, ob qualitativ hochwertige Nahrungsmittel auf diese Art produziert werden können.

Ich möchte das eigentlich nicht als Belehrung verstanden wissen, aber Sie bitten, darüber nachzudenken, ob ich nicht recht habe. Gleichzeitig bitte ich Sie, im letzten Halbsatz nach dem Komma zu sagen:

... um auf diese Weise bei zu langsam steigenden Erzeugerpreisen

statt "bei langsam steigenden Erzeugerpreisen"

und wachsendem Kostendruck die Einkommen zu sichern.

Wenn aber ein Verzicht nicht möglich ist, müßte ich auf diesen beiden Änderungen bestehen und möchte das als Antrag verstanden wissen. Ansonsten müßte ich leider um Ablehnung bitten.

Tagungsleiter Dr.Fritz Zimmermann: Ich danke dem Abgeordneten Kiechle. Ein Wort zur Ergänzung, Herr Staatsminister Eisenmann.

Staatsminister Dr.Hans Eisenmann: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Der Antrag der Jungen Union kommt im Grundsatz der Arbeit unseres Hauses und meiner Agrarpolitik völlig entgegen. Er rennt offene Türen ein. Ich muß aber die Bemerkung des Kollegen Kiechle bestätigen. Es ist uns bisher trotz intensiver Untersuchungen nicht gelungen, einen qualitativen Unterschied zwischen der herkömmlichen landwirtschaftlichen Erzeugung und den alternativ erzeugten Produkten nachzuweisen. (Beifall)

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Bisher gibt es keinen entsprechenden Nachweis, daß hier ein qualitativer Unterschied besteht. Wir bewirtschaften seit 1976 ein Staatsgut Rommental bei Dießen völlig alternativ. Auch dessen Ergebnisse sind sehr interessant, lassen aber keinen qualitativen Unterschied feststellen. Daher würde ich dringend bitten, nicht von einer "qualitativ höherwertigen" Produktion zu sprechen, weil das zu einer Diskriminierung der bisherigen landwirtschaftlichen Erzeugung führen würde. (Beifall)

Zum zweiten: Ich kann Ihnen versichern, daß wir in Bayern alles tun, um auf Grund unserer Möglichkeiten dahin zu kommen.-leider Gottes ist der Einfluß nach Brüssel sehr gering - , daß nicht durch einen zunehmenden Kostendruck die Industrialisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung voranschreitet und das ist die eigentliche Gefahr für die bäuerliche Landwirtschaft, die wir in unserem Land Gott sei Dank noch haben. (Beifall)

Tagungsleiter Dr.Fritz Zimmermann: Das Wort hat nocheinmal der Delegierte Werner Schnappauf.

Werner Schnappauf: Herr Staatsminister, verehrte Delegierte! Ich darf auf Ihre Ausführungen ganz kurz eingehen. Auf der genannten Stelle Seite 15 heißt es: "solange der einzelne bereit ist, die materiellen Konsequenzen persönlich zu tragen". Insofern geht unser Antrag darüber hinaus, weil er gerade vermeiden will, daß der alternative Landbau nur dann möglich ist, wenn der einzelne persönliche finanzielle Konsequenzen tragen muß; er soll keinen Nachteil in seinem Einkommen haben. Insofern würde ich gern bei unserem Antrag bleiben, bin aber selbstverständlich mit Ihren Abänderungsvorschlägen, die mehr als zurecht gemacht worden sind, einverstanden und würde Sie bitten, in der abgeänderten Fassung unserem Antrag zuzustimmen.

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Vielleicht darf ich noch den Satz anfügen, daß wir auch die Bemühungen der bayerischen Landwirtschaft und des bayerischen Staatsministers sehr, sehr würdigen. Der Ansprechpartner für den Antrag sitzt eigentlich in Brüssel, weil dort die EG-Richtlinien gemacht werden - hier sitzt der Hase im Pfeffer - und auch die Bundesregierung ist hier gefordert. Nur hat ein solcher Appell im Landtagswahlprogramm wenig Raum. Insofern bitte ich um Verständnis, daß wir den Punkt gleichwohl aufgreifen möchten. Vielen Dank.

Tagungsleiter Dr.Fritz Zimmermann: Ich werde dann entsprechend den Änderungen, die der Abgeordnete Kiechle vorgeschlagen hat und denen die Junge Union ausdrücklich zustimmt, abstimmen lassen.

Ich gebe nun nocheinmal zur Ziffer 3 der Änderungsanträge der Jungen Union das Wort dem Mitglied des Deutschen Bundestags Herrn Alfred Sauter.

Alfred Sauter: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte auf 2 Punkte eingehen, die vorhin vom Kollegen Spranger hier mitvorgetragen worden sind. Wir alle wissen, daß der Antrag der CDU/CSU, der im Deutschen Bundestag eingebracht worden ist, dort auf große Zustimmung natürlich auch innerhalb der Fraktion gestoßen ist. Ich selber kann diesem Antrag in großen Teilen auch zustimmen. Wir haben aber insbesondere von Seiten der Jungen Union vermißt, daß in diesen Antrag auf Probleme der 2. und 3. Ausländergeneration eingegangen worden ist. Deshalb unser Anliegen, daß wir in dem Papier insbesondere auf diese 2. und 3. Ausländergeneration miteingehen. Die 2. und 3.Ausländergeneration ist die Generation, mit der wir Jungen am längsten werden leben müssen. Und das ist die Generation, von der ich glaube, daß wir wohl sagen müssen, daß sie unter fast

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

keinen Umständen mehr überhaupt nach Hause gehen wird. Es sind nicht nur die humanitären Gesichtspunkte, um die es hier geht. Es ist auch die Frage, wo sie aufgewachsen sind und wo ihre Heimat ist, beispielsweise ob sie, wenn sie den Ort ihrer Großväter und Väter nur aus Erzählungen oder aus dem Urlaub kennen, so ohne weiteres zurückgeschickt werden können. Deshalb bin ich der Ansicht, wir sollten schon einen Versuch unternehmen und aufzeigen, daß wir durchaus bereit sind, hier etwas zu tun, und das, was von allen angesprochen worden ist, beinhaltet ja unser Antrag: Wir wollen, daß sie sich entscheiden müssen zu der Frage, ob sie sich einbürgern, zu einem Zeitpunkt, wo noch alle Rechte und Pflichten vor ihnen stehen. Deshalb steht in unserem Antrag drin, daß sie es tun sollen, bevor sie 18 Jahre alt werden, damit auch die Frage des Wehrdienstes mit geklärt wird.

Deshalb bitte ich, unserem Antrag zuzustimmen. Falls es nicht möglich sein sollte, würde ich ersatzweise beantragen, daß der Spiegelstrich 4 aus dem alten Antrag auf Seite 21 übernommen wird und daß dann zumindest dies in das Programm hineinkommt.

Tagungsleiter Dr.Fritz Zimmermann: Eine solche Abstimmung kann ich deswegen nicht zulassen, weil den alten Antrag fast niemand mehr hat, nachdem man natürlich das alte Papier weggetan hat, als man das neue bekommen hat. Wenigstens ist das die Regel. Wenn eine neue Fassung gewünscht wird, muß sie schriftlich vorgelegt werden. Dazu ist immer noch genug Zeit, weil wir noch genug Wortmeldungen haben.

Nun zu Ziffer 5. Als erster der Kollege Dietmar Dräger und dann das Mitglied des Landtags Karl Schön!

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Dietmar Dräger: Ich möchte Stellung nehmen zu dem Antrag der JU betr.Änderung des Ladenschlußgesetzes. Der Antrag beginnt mit den Worten: "Gemeinsam mit dem Mittelstand ist zu prüfen ... " Frage an die JU: Ist mit dem Mittelstand überhaupt ein Gespräch geführt worden? Ich bin der Meinung - und ich möchte es auf dem Parteitag weiter zur Diskussion stellen - , daß diesein derart wichtiges Problem ist, daß man das nicht über kurz hier abstimmen kann. Es ist nämlich eine ungerechtfertigte Bevormundung des Mittelstandes, wenn man hier darüber so abstimmt. Großbetriebe werden in diesem Antrag unverhältnismäßig gefördert und mit Vorteilen bedacht, wenn man bedenkt, daß ein Großbetrieb seinen Betrieb dann in 3 Schichten durchführen kann. Ein Kleinbetrieb, sagen wir, mit 3 bis 5 Mitarbeitern ist dazu nicht in der Lage. Der Erfolg wäre, daß der Geschäftsinhalber z.B. bei einem verlängerten Ladenschluß bis 10 Uhr allein wieder bis 9 Uhr am Ladentisch stehen würde, weil seine Verkäuferin oder seine 3 Verkäuferinnen sagen: Wenn mein Mann abends Feierabend hat, z.B. am Freitag, dann möchte ich auch nicht für viel Geld in Ihrem Laden stehen und bedienen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie dringend bitten, diesen Tagesordnungspunkt entweder wieder abzusetzen oder abzulehnen. (Beifall)

Tagungsleiter Dr.Fritz Zimmermann: Zur Ziffer 5 nun das Mitglied des Landtags Karl Schön.

Karl Schön: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben das Ladenschlußgesetz jetzt ungefähr 25 Jahre. Es ist ein Kompromiß, aber mit dem läßt sich auch leben.

Wie mein Vorredner schon gesagt hat, bevorzugt eine derartige Ausweitung, wie sie vorgeschlagen ist, nur die Großen und Mittle-

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

ren und die Kleinen holt am Schluß ganz der Teufel. Und das darf unter keinen Umständen passieren. Der Herr Zeitler hat das schon klug dahererzählt, aber er ist, glaube ich, noch nie vor einem Ladenbuddel gestanden. Meine Damen und Herren, fragen Sie einmal die kleinen Handwerker, die kleinen Bäcker und Metzger, deren Arbeitszeit um 18 Uhr mit dem Ladenschluß noch lange nicht zu Ende ist! Dann wird geschaut, daß der Laden sauber wird; dann muß Material beschafft werden, dann muß vor allen Dingen auch die Steuer gemacht werden und die gesamte Buchhaltung. MeineDamen und Herren, lehnen Sie also diesen Antrag ab.

Ich kann Ihnen aber auch ein Beispiel aus Berlin vom KdW erzählen. Ich habe mir in der Haushaltsabteilung des KdW erzählen lassen - vom KdW ist einmal dieser verlängerte Ladenschluß ausprobiert worden - , bis 7 Uhr waren noch ein paar Nachzügler da, bis 1/2 9 Uhr niemand mehr und vor 9 Uhr sind noch ein paar Rentner dahergekommen und haben noch ein paar Weckgläser zum Einkochen gekauft. Das war der ganze Abend, was die da gemacht haben.

Meine Damen und Herren, rühren wir also nicht an dem Ladenschlußgesetz, sondern lassen wir es, wie es ist! (Beifall)

Tagungsleiter Dr.Fritz Zimmermann: Zur Ziffer 5 hat das Wort Herr Staatsminister Jaumann!

Staatsminister Anton Jaumann: Meine Damen und Herren! Ich kann es kurz machen, nachdem die beiden Vorredner die Ablehnung empfohlen haben. Ich möchte dasselbe tun, aus den genannten Gründen. Es handelt sich um einen alten Ladenhüter; dieser Antrag kommt immer wieder. Es lehnen ihn die Gewerkschaften und die Arbeitnehmerverbände ab; es lehnen ihn im wesentlichen alle

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

mittelständischen Verbände ab. Warum sollen wir jetzt kurz vor der Wahl ein Thema aufgreifen, das die Fronten gewissermaßen noch vernebeln würde. Auch aus diesem Grund bitte ich, da es sich um ein Thema handelt, das nicht so existentiell ist wie andere Fragen, den Antrag einfach abzulehnen, damit wir uns nicht ein zusätzliches Wahlkampfthema verschaffen, das keinen Wert und keinen Rang hat.

Tagungsleiter Dr. Fritz Zimmermann: Das Wort hat nocheinmal zu Ziffer 4 der Delegierte Kaiser!

Kaiser: Herr Vorsitzender meine Damen und Herren! Zum Antrag der JU möchte ich sagen: Im Grunde genommen haben Sie recht, bloß ist es natürlich sehr gefährlich, wenn man das pauschal behauptet, weil es, wie es auch der Staatsminister gesagt hat, nicht stimmt. Ich glaube, es gibt auch noch ganz andere Ursachen als ein paar Kilogramm chemische Mittel pro Hektar. Ein praktischer Bauer setzt nie mehr Mittel ein, als unbedingt nötig ist. Und in Bayern sind wir ja dafür, wo man über den "Bayerischen Weg", von der Agrarpolitik her wirklich versucht, die Dinge zu steuern. Wir sind besser dran als andere Länder, z.B. UdSSR usw., mit ihren Riesenbetriebsgrößen, die es nötiger haben als wir, chemische Mittel einzusetzen. Hier rennen wir, glaube ich, offene Türen ein.

Zum anderen, glaube ich, ist das Thema viel gravierender und gefährlicher, wie es z.B. der große Vorsitzende Willy Brandt vor über 10 Jahren mit den Worten gebracht hat: Der Himmel an der Ruhr soll blauer werden. Er hat es gesagt, und man hat damit vielleicht an derRuhr auch wieder einen Sonnenstrahl durchblicken lassen. Aber wir haben heute das Übel hier in gravierender Form, in der Form des sauren Regens, weil die Schornsteine höher wurden und die Schadstoffe praktisch über das

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

ganze Bundesgebiet verbreiteten, auch über den alternativen Landbau. Diesen schätze ich persönlich sehr, er ist allerdings, glaube ich, für die große Masse nach den heutigen Erkenntnissen nicht durchführbar. Das, glaube ich, sind die gravierenden Dinge, die man abstellen muß, die Umweltverschmutzung, die auf unsere Äcker herunterkommt, ganz gleich, welche Betriebsform wir haben. Vielen Dank.

Tagungsleiter Dr. Fritz Zimmermann: Das Wort zur Ziffer 6 der Abänderungsanträge der Jungen Union, Medienpolitik, hat der Kollege Scheidinger, anschließend der Generalsekretär zu diesem Punkt.

Scheidinger: Liebe Parteifreunde! Die Junge Union bittet Sie um Zustimmung zu einem Antrag betr. Medienpolitik, der das vorliegende Papier nicht abändert, sondern ergänzt. Wir bitten Sie um Zustimmung vor allem deshalb, weil wir meinen, daß die Medienpolitik zwar kein beherrschendes Thema im nächsten Landtagswahlkampf sein wird, aber sicherlich ein wichtiges Thema der Landespolitik in den nächsten Jahren werden wird.

Die von uns vorgeschlagenen Ergänzungen betreffen vor allem 2 Punkte. Die beiden letzten 2 Abschnitte richten sich ganz klar gegen die Blockadepolitik der Bundesregierung auf dem Sektor der Medienpolitik; denn die hervorragenden Beiträge der Bundesregierung in diesem Themenbereich bestehen bisher im Abwiegeln und im Verzögern. Wir sind der Meinung, daß die CSU eine Aussage dazu machen sollte, daß wir diese Politik für unverantwortlich halten. Das betrifft insbesondere die Äußerungen der Bundesregierung zum Satellitenfernsehen und das Bestreben der Bundesregierung, durch hemmungslose Ausnutzung des Fernmeldemonopols, ja das Mißbrauchen des Fernmeldemonopols besonders im Endgerätebereich die möglichen technischen Errungenschaften in ihren

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Ausnutzung zu behindern.

Besonders wichtig - und deshalb möchte ich dazu noch einige Worte sagen - erscheint uns der zweite Absatz; er betrifft den Artikel 111a der Bayerischen Verfassung. Ich beziehe mich bei der Bitte um Zustimmung zu diesem Absatz auf die Thesen zur Medienpolitik, die die Junge Union auf dem Landesparteitag vor einem Jahr eingebracht hat und die Sie zustimmend angenommen haben. Das Ergebnis der Stellungnahme der Landesgruppe im Deutschen Bundestag und des bayerischen Staatsministers für Wirtschaft und Verkehr, die beide ebenfalls vorbehaltslos positiv zu unserem damaligen Medienpapier Stellung genommen haben, finden Sie in der dicken Mappe: Bericht über die Anträge des Parteitags 1981, der Ihnen vorliegt. Ich darf also auch da, wo es um das forcierte Angehen einer Möglichkeit, unter einem öffentlich-rechtlichen Dach, wie es der Artikel 111a vorschreibt, zu neuen Lösungen in der Medienpolitik zu kommen, die private Trägerschaften ermöglichen, auch um Ihre Zustimmung bitten.

<u>Generalsekretär Dr. Edmund Stoiber:</u> Liebe Parteifreunde! Als Vorsitzender der Medienkommission halte ich die von der Jungen Union gemachten Vorschläge inhaltlich für durchaus gut, aber ich bitte aus einem grundsätzlichen Bedenken heraus, bei der Fassung, die Ihnen vorliegt, zu bleiben. Erstens: wir haben gegenwärtig mit großen Schmerzen die 4 <u>Kabelpilotprojekte</u> in 4 verschiedenen Ländern, darunter auch in 2 SPD-regierten Ländern. Wenn wir in dieser Zeit den Artikel 111a der Bayerischen Verfassung, d.h. öffentlich-rechtliche Struktur oder Monopolsituation zur Disposition stellen, und zwar aus formellen Gründen, laufen wir Gefahr, daß Herr Börner, der Ministerpräsident Hessens, dies als Vorwand nimmt und aus der Kabelpilotsituation aussteigt. Deswegen bitte ich, das jetzt nicht zu tun, weil es der falsche Zeitpunkt ist.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Ein Zweites: Die anderen Punkte, die die Junge Union vorschlägt, sind deckungsgleich mit dem Papier, meine sehr verehrten Damen und Herren, das Sie auf dem letzten Parteitag, am 10./11.Juli 1981 in der Form des Medienpapiers verabschiedet haben. Wir haben das gesamte Medienpapier deshalb nicht in das Landeswahlprogramm übernommen, weil sonst die Medienpolitik von der Bedeutung her gegenüber allen anderen Gebieten und Themen überdimensioniert wäre. Das Landeswahlprogramm ist ja kein Aktionsprogramm, sondern soll nur die wesentlichen Grundsätze festhalten. Ich habe selbstverständlich nichts dagegen, wenn man das aufnimmt - es deckt sich mit unserem Papier - , aber ich bin der Meinung, dann kämen andere Gebiete, die ebenfalls sagen: Dann bitte ich, aber auch noch einige andere Punkte in das Landeswahlprogramm aufzunehmen. Aus diesen formellen, taktischen und anderen Gründen bitte ich, bei der Beschlußvorlage der Wahlkampfkommission des Landesvorstandes zu bleiben.

Tagungsleiter Dr.Fritz Zimmermann: Ich danke Herrn Kollegen Dr.Stoiber. Ich habe eine Wortmeldung zur Ziffer 7 der Änderungsanträge der Jungen Union. Das Wort hat der Delegierte Alfred Zenger, Miltenberg Ufr.

Alfred Zenger: Liebe Parteifreunde! Zum Punkt 7 des JU-Antrags möchte ich einige Bedenken anmelden. Da heißt es auf Seite 4:

> Bei allen Bemühungen, die Studienwünsche der Abiturienten zu erfüllen, dürfen diese nicht im unklaren darüber gelassen werden, daß der Staat den Hochschulabsolventen einen ihrer akademischen Bildung entsprechenden Arbeitplatz nicht garantieren kann.

Ich glaube, diesen letzten Teilsatz sollte man als Negativaussage nicht in ein Wahlprogramm nehmen. Das kann man bei einer

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Podiumsdiskussion sagen, aber bitte nicht in ein Wahlprogramm aufnehmen. Ich möchte eine Abänderung dahingehend vorschlagen, daß wir den ersten Teilsatz weglassen und dann wie folgt weiterfahren:

> bei allen Bemühungen, die Studienwünsche der Abiturienten zu erfüllen, dürfen diese nicht im unklaren darüber gelassen werden, daß sie arbeitsmarktpolitisch ein Opfer nicht zu befriedigender Wunschvorstellungen und bildungspolitischer Fehlströmungen in der Vergangenheit geworden sind.

Ich glaube, man sollte die Verantwortung hier nicht für Dinge übernehmen, die andere in unser Nest gelegt haben.

Noch eine Begründung: Gerade auch viele Verbände, auch in unserem Land, auch die Lehrerverbände, sind damals auf die Pichtschen Wahnvorstellungen eingegangen; sie sollten sich einmal an die eigene Brust klopfen und nicht unbedingt wir. Warum sollten wir Verantwortung zeigen für etwas, was wir nicht verbrochen haben?

Tagungsleiter Dr.Fritz Zimmermann: Herr Zenger, diesen Antrag müssen Sie mir bitte schriftlich heraufreichen. Ich bin zwar in der Lage, 180 Silben in der Minute zu stenographieren, aber kein geprüfter Stenograph. Ich war nicht in der Lage, den von Ihnen vorgeschlagenen doch ziemlich langen Halbsatz aufzunehmen. Das können Sie immer noch tun; bis zur Abstimmung ist noch einige Zeit. Ich habe nochmals eine Wortmeldung zu den Ziffern 3 und 5. Herr Dr.Gaßner.

Dr. Gaßner: Ich möchte nochmals für die Ziffern 3 und 5 des JU-Antrags sprechen.

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Zu Ziffer 5 muß ich, glaube ich, meinen familiären Hintergrund darstellen. Sowohl mein Vater als auch meine Mutter haben mittelständische Betriebe. Ich hatte einen Onkel, der Schuster war, und eine Tante betreibt heute noch mit 80 Jahren eine Bäckerei. Sie alle haben, wie ich aus persönlichen Gesprächen weiß, nichts gegen eine Änderung des Ladenschlußgesetzes. Sie sind vielmehr der Meinung, daß sie eben dann offen halten, wenn die Kunden kommen, weil ein guter Unternehmer in der freien Wirtschaft immer die Gelegenheit wahrnimmt, wo er Geld verdienen kann. Zum anderen ist unser erster Punkt im Abschnitt Wirtschaft unseres Wahlprogramms - und das wird in jeder Diskussion, in jeder Parteiversammlung von uns vorgebetet - , daß wir gegen eine Wirtschaft und gegen eine Gesellschaft sind, in denen die Leistung bestraft wird. Wieso soll man dann ein Gesetz aufrechterhalten, durch das die Leistung nicht nur bestraft, sondern sogar verboten wird?

Zu Punkt 3: Man sollte, glaube ich, den Antrag der JU noch einmal genau lesen. Dort geht es nur darum, die Eindeutschung Ausländerkindern zu ermöglichen, die in Wirklichkeit - man lese die Klammerbemerkung - längst integriert sind, längst nach ihrem Leben und ihrer Kultur Deutsche sind. Bitte, erinnern Sie sich daran, daß in 14 Tagen Littbarski und Hrubesch für Deutschland Weltmeister werden sollen. Wenn wir weiterhin eine Ausländerpolitik betreiben, wie sie Herr Spranger vertreten hat, werden wir in 20 Jahren mit solchen Leuten sicherlich nicht mehr Weltmeister werden. Im Übrigen zu Herrn Spranger: Ich habe schon dargestellt, wie inhaltlich detailliert der JU-Antrag war. Daß uns dann der Herr Spranger bewußt - denn ich muß ihm ja Intelligenz unterstellen - von Scheinasylanten und Berliner Problemen erzählt, kann ich nur als eine Mißachtung der Intelligenz der Parteitagsdelegierten betrachten. Im Übrigen wird eine solche Kaltschnäuzigkeit sehr dazu beitragen, daß uns in der Ausländerproblematik eine Hartherzigkeit und Humanitätsleere nachgesagt werden kann.

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Tagungsleiter Dr.Fritz Zimmermann: ZurZiffer 7 hat das Wort der Herr Staatsminister Maier.

Staatsminister Dr.Hans Maier: Meine Damen und Herren! Bei Ziffer 7 verlangt die Junge Union eine Formulierung, wonach die Planstellenwünsche der Universitäten vor denen der Schulen erfüllt werden sollen. Ich bin gegen eine solche Priorität. Das klingt nach Selbstbedienung der Hochschulen. (Beifall) Außerdem stimmen die Voraussetzungen nicht; denn nicht in allen Schulen sinken die Schülerzahlen. Das berufsbildende Schulwesen hat durchwegs noch steigende Schülerzahlen; das sind noch die geburtenstarken Jahrgänge. Im übrigen bin ich der Meinung, daß wir wahrscheinlich weder die Planstellenwünsche der Schulen noch die Planstellenwünsche der Hochschulen erfüllen können. Insofern ist das Ganze ein frommer Wunsch, und man sollte darauf verzichten. (Beifall)

Tagungsleiter Dr.Fritz Zimmermann: Nocheinmal zum Ladenschluß hat das Wort das Mitglied des Deutschen Bundestags Ernst Hinsken.

Ernst Hinsken: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte mich an und für sich nicht mehr zum Wort melden, aber auf Grund der letzten Äußerung ist es meines Erachtens dringend erforderlich, nochmals das Wort zum Ladenschlußgesetz zu ergreifen. Ich möchte ergänzen, was Herr Staatsminister Jaumann gesagt hat: daß sich die verschiedensten Verbände, ob Einzelhandelsverband, ob Handwerksverbände, ob Industrieverbände, alle für die Beibehaltung des Ladenschlußgesetzes ausgesprochen haben. Hier gibt es also sogar eine heilige Allianz, eine Allianz zwischen dem DGB auf der einen Seite und den verschiedenen Wirtschaftsverbänden auf der anderen Seite, die sich alle für die weitere Beibehaltung des Ladenschlußgesetzes ausgesprochen haben.

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Ich bin wirklich grundsätzlich ein Freund von Leistung, aber ich glaube, die Leistung hat dann Grenzen, wenn der kleine mittelständische Unternehmer u.U. gezwungen ist, 10 und 14 Stunden täglich in seinem Laden zu stehen, um mit den übrigen Schritt halten zu können. (Beifall) Ich befürchte, daß dann, wenn das Ladenschlußgesetz geändert würde, noch mehrere mittelständische Betriebe von der Bildfläche verschwinden, und das kann unter keinen Umständen unserem Gesellschaftssystem und unserer sozialen Marktwirtschaft dienen.

Ich bitte deshalb, daß an dem bewährten Ladenschlußgesetz, wie es bisher besteht und mehr oder weniger Gültigkeit hat, weiterhin festgehalten wird.

Tagungsleiter Dr.Fritz Zimmermann: Zu Ziffer 5 und zu der Anregung bzw. zu der Frage, die der Kollege Dr.Zeitler zu Seite 12 des Wahlprogramms hat, hat der Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung, Herr Dr.Fritz Pirkl, das Wort.

Staatsminister Dr.Fritz Pirkl: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Es ist über das Ladenschlußgesetz viel gesprochen worden und es wurde gerade auch von Seiten des Mittelstands betont, daß dieses Ladenschlußgesetz ein Kompromiß ist, mit dem man eigentlich recht gut leben konnte. Ich darf auf der anderen Seite darauf hinweisen, daß es eine ganz starke Stellungnahme aller Gewerkschaften, vom DGB über die DAG bis zum CGB, gibt, die für die Beibehaltung der bisherigen Regelung sind. Meine lieben Freunde, ich meine, wir sollten hier nicht durch einen solchen Antrag eine Diskussion aufbrechen, die uns eigentlich mit allen irgendwo in Schwierigkeiten bringt, in Schwierigkeiten, die wir dann eigentlich selber produziert haben, wenn wir ein Problem aufgreifen, das von keiner Seite her besonders aktuell ist.

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Ich darf auf ein anderes noch hinweisen. Meine lieben Freunde, wer steht denn auf der anderen Seite des Ladens? Das sind doch im wesentlichen eben auch Frauen und Mütter, die auf der anderen Seite stehen, so daß es auch von der Familie her gesehen keine Berechtigung gibt, an diesem Gesetz etwas zu ändern. (Beifall)

Zum anderen, meine verehrten Freunde! Kaum ein Punkt ist in der Kommission, die das Programm entworfen hat, so ausführlich diskutiert worden wie die Frage des Pflegefallrisikos. Es ist Antrag gestellt, ich soll nur eine Begründung hier geben. Dieses Problem ist ein dringliches; ein dringliches deshalb, weil in einem zunehmenden Maße Pflegebedürftigkeit eintritt, Pflegebedürftigkeit aber in weiterem Umfang nicht mehr beantwortet wird vom Pflegewillen und der Pflegekraft der Familie her, sondern in Pflegeheimen und anderwärts Pflegebedürftigkeit nun ihre Antwort finden muß. Wenn wir uns jetzt einmal überlegen: Was haben wir für Pflegefälle heute finanziell aufzuwenden? dann ist dies für Bayern ein Betrag, der zwischen 1800 DM in den billigen Pflegeheimen und 2500 DM liegt. Jetzt frage ich Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, einmal: Wer hätte, wenn er in diese schlimme Lage für sich oder für seine Familie käme, jenen Betrag zur Verfügung, um ein Pflegefallrisiko abzudecken, wenn es dann nicht auch an die Substanz, zum Teil an den Lebensertrag gehen würde? Hier ist eine der letzten wirklich großen Lücken in unserem sozialen Versicherungssystem, eine Lücke, der wir uns einfach zuwenden müssen, wenn wir die Sozialstaatlichkeit ernst nehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer trägt jetzt dieses Risiko? Zu einem beachtlichen Teil die Kommunen über die Sozialhilfe, für die Kommunen einen unerhörte Belastung, und für den einzelnen, der ein Leben lang durch Beitragszahlung an die gesetzliche Sozialversicherung die Lebensrisiken glaubte abgedeckt zu haben, eine Zumutung, die wir ihm nicht auferlegen sollten.

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was wir wollen, ist - das ist gleich der nächste Absatz im Entwurf - , auf der einen Seite durch Angebot offener Hilfen möglichst viel dazu beizutragen, daß Pflege auch im häuslichen Bereich nach wie vor geleistet werden kann. Auf der anderen Seite wollen wir aber auch dazu helfen, daß nicht ein dauernder Streit zwischen den Versicherungsträgern hin und her geht. Die Krankenversicherungen erklären sich für unzuständig; die Sozialhilfe erklärt sich für unzuständig und in diese Mühle kommt dann der pflegebedürftige Mitbürger, die pflegebedürftige Mitbürgerin.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir meinen, daß wir hier tatsächlich eine Zielangabe um unserer Bürgerinnen und Bürger im Lande willen geben sollten und geben müßten. Deshalb hat auch das bayerische Kabinett in dieser Richtung bereits Beschlüsse gefaßt, die mich beauftragen, bei den entsprechenden Organen im Bund diese Frage als eine politische Absicht der Bayerischen Staatsregierung und des Freistaates Bayern zur Diskussion zu stellen.

Meine lieben Freunde, ich meine, es wäre wirklich eine sozialpolitische Tat, daß auch dieser Parteitag diese Zielrichtung der Staatsregierung begutachtet und sich zu dieser Zielrichtung bekennt. Ich darf auf der anderen Seite sagen, wenn wir von Umschichtungen im Sozialbereich sprechen, dann hat - um nur ein Beispiel dieser Umschichtungen zu nennen - mit dem Pflegerisiko soziale Krankenversicherung viel zu tun, aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit der Finanzierung bestimmter Formen der Schwangerschaftsunterbrechung hat Krankenversicherung nichts zu tun. (Beifall) Hier meine ich, meine verehrten Damen und Herren, müssen Umstrukturierungen in unserem sozialen Versicherungssystem stattfinden, damit wir den Ärmsten der Armen in unserem Lande helfen können. (Beifall)

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Tagungsleiter Dr.Fritz Zimmermann: Meine Damen und Herren! Ich begrüße jetzt sehr herzlich Frau Marianne Strauß, die gerade zu uns gekommen ist (Beifall) und die ihren Silberhochzeitstag auf dem Parteitag der CSU verbringt. Vielen Dank. (Beifall)

Ich erteile nocheinmal das Wort zum Ladenschluß. Das Thema halte ich jetzt eigentlich für ausdiskutiert. (Widerspruch) - Ich muß eine abgegebene Wortmeldung erfüllen, aber ich sage, ich halte das Thema jetzt eigentlich dann für ausdiskutiert. Wir haben nur mehr 2 Wortmeldungen zum Wahlprogramm und noch eine Wortmeldung des Mitglieds des Deutschen Bundestags Sauter, und dann können wir, glaube ich, abstimmen. Also nocheinmal Herr Dr.Gaßner!

Dr. Gaßner: Herr Dr.Zimmermann, ich nehme an, der Parteitag beschließt, wann eine Frage ausdiskutiert ist, und nicht Sie.

Tagungsleiter Dr.Fritz Zimmermann: Nein, nein; darüber gibt es keinen Zweifel, daß der Parteitag darüber beschließt. Ich erlaubte mir nur zu sagen, daß ich nur mehr 2 Wortmeldungen habe, weil ich den Unmutsäußerungen einer Reihe von Delegierten zu entnehmen geglaubt habe, daß auch sie wie ich dieses Thema für ausdiskutiert halten. Und jetzt haben Sie das Wort.

Dr. Gaßner: Ich glaube, Sie haben psychologisch haben ein Eigentor geschossen.

Aber ich möchte auf ein einziges Argument zum Ladenschluß noch eingehen. Es wird immer wieder vorgeschlagen, man sollte an dem Gesetz nicht rühren, weil sich alle betroffenen Verbände darüber einig wären. Davor möchte ich dringend warnen. Der Parteitag der CSU kann nicht davon beeindruckt sein und sich

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

einer Regelung und einer Stellungnahme enthalten, weil die betroffenen Verbände dazu eine bestimmte Meinung haben. Im Übrigen ist es, glaube ich, Aufgabe einer Partei wie der CSU, dafür zu sorgen, daß der Spielraum und der wirtschaftliche Freiheitsraum des einzelnen auch davor bewahrt bleiben, was Funktionäre und Verbände in Absprachen untereinander ihnen sonst womöglich nehmen.

Tagungsleiter Dr. Fritz Zimmermann: Das Wort zu Ziffer 6 hat Alfred Sauter!

Alfred Sauter: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, daß der Generalsekretär unseren Formulierungsvorschlag unter Ziffer 6 inhaltlich für gut hält. Deshalb bin ich auch der Ansicht, daß man dem Formulierungsvorschlag so, wie Sie ihn gemacht haben, zustimmen könnte. Im Übrigen sehe ich das Problem, was Herrn Börner anbelangt, nicht. Ich glaube, Herr Börner ist sich darüber im klaren und hat unser Programm zur Medienpolitik gelesen und auch, daß wir langfristig die Möglichkeit schaffen wollen, daß private Träger sich dort ebenfalls betätigen können. Deshalb wird er nicht aus dem Grund, daß wir es vielleicht in das Wahlprogramm nochmals hineinschreiben, nachdem wir es im letzten Jahr im Medienprogramm schon drin hatten, sich vielleicht aus dem Kabelpilotprojekt zurückziehen.

Was das andere anbelangt: Ich glaube nicht, daß unser Vorschlag zur Medienpolitik überdimensioniert ist im Vergleich zum restlichen Programm. Es würde im Vergleich zu dem, was vorliegt, vielleicht noch 7 oder 8 Zeilen mehr ausmachen. Wenn, wie in der Partei zurecht gesehen, über Jahre hinweg betont worden ist, daß die Medienpolitik mit das Wichtigste sei, was es überhaupt

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

in den nächsten Jahren anzupacken gilt, glaube ich, daß diese Medienpolitik noch weitere 6 Zeilen vertragen sollte. Herzlichen Dank!

Tagungsleiter Dr.Fritz Zimmermann: Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Ich habe zum Wahlprogramm keine Wortmeldung mehr und ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Jungen Union, die Ihnen schriftlich vorliegen, abstimmen.

Der erste Änderungswunsch betrifft Ziffer 1.6, Seite 9. Das ist der Punkt mit den zweckgebundenen Zuschüssen/zugunsten die pauschaler Finanzzuweisungen an die Kommunen abgebaut werden sollen. Dazu ist ausführlich Stellung genommen worden; insbesondere haben der Finanzminister und der Innenminister Ablehnung empfohlen. Ich bitte, Ihre Stimmkarte zur Hand zu nehmen. Ich lasse über die Ziffer 1, den ersten Änderungsantrag der Jungen Union, abstimmen. Wer dem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte,die Hand zu erheben. - Die Gegenprobe! - Das Letztere war die Mehrheit. Ziffer 1 ist abgelehnt.

Ich lasse abstimmen über die Ziffer 2 des Änderungsantrags der Jungen Union. Sie betrifft die Überführung des sozialen Wohnungsbaues in die soziale Marktwirtschaft. Dazu ist ebenfalls ausführlich Stellung genommen worden; besonders Innenminister Tandler hat die Unmöglichkeit dargestellt, das in den nächsten 4 Jahren zu verwirklichen. Deswegen hält er es nicht für brauchbar zur Einführung in ein Wahlprogramm. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Das Letzte war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Nun kommt Ziffer 3. Hier ist sehr ausführlich diskutiert worden über das Angebot der Vollintegration der Ausländer. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich danke. Die Gegenprobe! - Auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Ziffer 4. Hier ist der Antrag ergänzt worden durch zwei Einfügungen, die der Abgeordnete Kiechle vorgetragen hat. Die Vertreter der Jungen Union, also die Antragsteller, haben diesen Ergänzungen zugestimmt. Ich lese den Absatz nocheinmal vor:

> Die CSU wird objektive Versuche vorantreiben, ob qualitativ hochwertige

- statt "höherwertige"

> Nahrungsmittel bei gleichen oder geringeren Kosten produziert werden können. Die Bauern sollten über ausreichende Erzeugerpreise vom faktischen Zwang befreit werden, über den Einsatz immer mehr chemischer Produkte die erzeugte Menge zu steigern, um auf diese Weise bei zu

- das Wort "zu" ist hier eingefügt -

> langsam steigenden Erzeugerpreisen und wachsendem Kostendruck die Einkommen zu sichern.

Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich danke. Die Gegenprobe! - Der Antrag ist angenommen.

Ziffer 5: Stichwort Ladenschluß. Das ist ausführlich diskutiert worden. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Der Antrag ist abgelehnt.

Ziffer 6, Medienpolitik. Sie haben die Ausführungen des Kollegen Sauter gehört, der die Einfügung jetzt nocheinmal begründet hat. Sie haben die Ausführungen des Generalsekretärs gehört, der im Blick auf Hessen, die hessischen Wahlen und eine Überproportionierung der Medienpolitik von einer Aufnahme in das Wahlprogramm abrät, weil die CSU ja ein eigenes Medienpapier vorgelegt hat. Wer der Ziffer 6 des Abänderungsantrags der Jungen Union zuzu-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

stimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich danke. Die Gegenprobe! - Das Letztere war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Bei Ziffer 7 gibt es nun 2 Anträge, einmal den Antrag, wie er dasteht - Seite 3 unten und Seite 4 oben - und einen Abänderungsantrag - auf der Seite 4 oben - des Delegierten Zenger. Sein Abänderungsantrag lautet:

> Bei allen Bemühungen, die Studienwünsche der Abiturienten zu erfüllen, dürfen diese nicht im unklaren darüber gelassen werden, daß

- und jetzt kommt das Neue -

> sie arbeitsmarktpolitisch ein Opfer nicht zu befriedigender Wunschvorstellungen und bildungspolitischer Fehlströmungen geworden sind.

Ich lasse zunächst über die Fassung der Jungen Union abstimmen so, wie sie auf dem Ihnen vorliegenden Papier in Ziffer 7, Seite 3 unten und Seite 4 oben, steht. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Ich danke.

Nun der Antrag Zenger zur Ziffer 7 Seite 3:

> Angesichts sinkender Schülerzahlen und steigender Studentenzahlen müssen die Planstellenwünsche der Universitäten z.Z. vor denen der Schulen erfüllt werden.

Staatsminister Maier hat sich hiergegen ausgesprochen. Und dann der Änderungsantrag:

> Bei allen Bemühungen, die Studienwünsche der Abiturienten zu erfüllen, dürfen diese nicht im unklaren darüber gelassen werden, daß sie arbeitsmarktpolitisch ein Opfer nicht zu befriedigender Wunschvorstellungen und bildungspolitischer Fehlströmungen geworden sind.

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Wer dem Antrag in dieser jetzt von mir vorgelesenen Form zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke. Der Antrag ist abgelehnt. Beide Anträge sind abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Einen Moment! Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß es einen Alternativantrag zur Ziffer 3 des Antrags der Jungen Union gibt, nämlich auf Wiedereinfügung von

- ein faires Integrationsangebot für die legal bei uns lebenden Ausländer (Ausbildungsmöglichkeit für Kinder, Zugang zu beiden Kulturen, jedoch kein kommunales Wahlrecht) und flexible Einbürgerungsrichtlinien,

Wer diesem Alternativantrag der JU zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Das Letztere war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Einen Moment! Ich bekomme noch einen neuen Antrag. Berthold Just hat zu Punkt 7.4 des Wahlprogramms, Hochschulen ausbauen und Forschung fördern, einen Antrag eingereicht. (Seite 36) Herr Just schreibt dazu:

> Die CSU will die Jugend wieder verstärkt an Naturwissenschaften und Technik heranführen. Die CSU will dies erreichen durch
>
> - Ausweitung technisch-praktischer Stundenplananteile der allgemeinbildenden Schulen, z.B. für Betriebsbesichtigung
> - Mehr naturwissenschaftliche praxisnahe Wissensvermittlung an den Berufsschulen
> - Restlichen Ausbau und Aufnahme ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge an den noch nicht ingenieurwissenschaftlich versorgten bayerischen Landesuniversitäten
> - stärkere Personalausstattung der ingenieurwissenschaftlichen Fachbereiche der bayerischen Fachhochschulen

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

- mehr Zusammenarbeit der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern sowie der Berufsverbände mit den Schulen, Volkshochschulen und Jugendverbänden.

Sie haben das Wort zur Begründung dieses Antrags, Herr Just.

Berthold Just: Herr Vorsitzender! Ich bin der Ansicht, daß der bisherige Schlußsatz des Punktes 7.4, Hochschulen ausbauen und Forschung fördern, wie er dasteht:

> Die CSU will die Jugend wieder verstärkt an Naturwissenschaften und Technik heranführen.

sicherlich sehr gut gemeint ist, jedoch so allein dastehend lediglich Alibicharakter hat. Dazu der Ausführungsvorschlag, wie man das tun könnte. Ich bitte Sie, um die Zustimmung.

Tagungsleiter Dr. Fritz Zimmermann: Das Wort zu diesem Antrag hat Herr Staatsminister Maier.

Staatsminister Maier: Ich möchte vor diesem Zusatz ausführlich warnen. Wir haben auf Grund der Werbemaßnahmen für Ingenieure und technische Berufe im Augenblick eine Zunahme bis zu einem Drittel in diesen Studiengängen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat vor wenigen Wochen eindringlich gewarnt. Es geht wie mit der Lehrerwerbung in den 60er Jahren: Wir haben dann plötzlich so viel Ausgebildete, daß wiederum der Ruf erschallt: Staat, jetzt mußt Du sie auch alle einstellen. Es gibt längst keinen Nachholbedarf mehr für die naturwissenschaftlich-technischen Bereiche. Ich bitte also dringend, diese Konkretisierung nicht zu verabschieden. Es genügt das allgemeine Bekenntnis zu mehr Naturwissenschaften und Technik, wie es im Programm formuliert ist.

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Tagungsleiter Dr.Fritz Zimmermann: Sie haben die Antragsbegründung und die Entgegnung des bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus gehört. Ich lasse über den Zusatzantrag zu Punkt 7.4 abstimmen. Wer dem Antrag des Delegierten Just zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Der Antrag ist abgelehnt.

Ich lasse nun über den gesamten Entwurf des Wahlprogramms der CSU für die Landtagswahl 1982 mit den jetzt in der Diskussion, in der Abstimmung stattgefundenen Änderungen abstimmen. Wer dem Wahlprogramm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. Die Gegenprobe! - Wenige Gegenstimmen. - Enthaltungen! - Bei wenigen Gegenstimmen angenommen. Ich danke Ihnen für die Diskussion und für die Annahme des Wahlprogramms. (Beifall)

Nun, nachdem wir uns jetzt nach der Verabschiedung des Wahlprogramms weiter in der allgemeinen Diskussion befinden, kann ich eine Wortmeldung zum Thema

Akzente bayerischer Landespolitik

entgegennehmen, und zwar zum schriftlich vorgelegten Bericht des bayerischen Staatsminister Jaumann. Das Wort hat der Delegierte Behrens.

Behrens: Meine Damen und Herren! In der letzten Zeit häufen sich Konkurse von Firmen, die eine Staatsbürgschaft erhalten haben. Was für Überlegungen gedenkt das Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr anzustellen, um eine bessere Überprüfung des Managements und somit den Erhalt der Arbeitsplätze zu sichern?

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Tagungsleiter Dr.Fritz Zimmermann: Das Wort hat der Herr Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr Anton Jaumann.

Staatsminister Anton Jaumann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bitte, doch die Frage zu wiederholen. So, wie ich sie verstanden habe; heißt sie: Was gedenkt der bayerische Wirtschaftsminister gegen Konkurse zu tun? Ist das die Frage?

Behrens: Das ist nicht die Frage, sondern die Frage ging dahin, daß Firmen Staatsbürgschaften erhalten haben und trotzdem in Konkurs gehen. Beantragt wird, dort eine verstärkte Überprüfung des Managements bei der Gewährung der Staatsbürgschaften durchzuführen, um so zum Erhalt der Arbeitsplätze beitragen zu können.

Staatsminister Anton Jaumann: Es geht also um die Frage, ob die Prüfungen und Entscheidungsgrundlagen richtig sind, die bei der Hergabe von Staatsbürgschaften in Anwendung gebracht werden. Ich kann es ziemlich einfach sagen: Die notleidenden Staatsbürgschaften machen in Bayern etwa 0,8 Prozent aus; d.h., alle übrigen Staatsbürgschaften kommen nicht in Notleidenschaft, sondern bewähren sich. Das ist an sich ein Prozentsatz, der mehr als bescheiden ist. Ich habe umgekehrt schon ein paarmal die Frage gestellt, ob nicht aus der Tatsache, daß so wenig Staatsbürgschaften in Notleidenschaft geraten, gefolgert werden kann, daß wir zu vorsichtig sind. Denn Staatsbürgschaften werden nur gegeben und sollen erst gegeben werden, wenn andere Möglichkeiten nicht gegeben sind. Der Staat darf erst eingreifen, wenn andere Möglichkeiten überhaupt nicht bestehen. Jetzt kommt die schmale Phase zwischen dem Punkt, wo andere Möglichkeiten nicht bestehen, und dem Punkt, wo man sagen muß, jetzt kommt die Staatsbürgschaft möglicherweise in Notleidenschaft, der Staat

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

wird also herangezogen. Ich sage nocheinmal, 0,8 Prozent sind es. Das ist an sich eine verschwindend geringe Zahl. Trotzdem müssen wir natürlich darauf drängen, daß der Hergabe von Staats-Bürgschaften oder auch von sonstigen Geldern größere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Aber ich darf ein konkretes Beispiel gleich nennen: Was wollen Sie eigentlich machen, wenn der Wirtschaftsprüfer Ihnen verlässlich genaue Zahlen sagt, Sie darauf eingehen und sich nachher herausstellt, daß solche Sachen überhaupt nicht zur Anwendung kommen konnten? Es bleibt nichts anderes, als im Wege des Regresses den Staat schadlos zu halten.

Ist die Frage damit beantwortet?

(Behrens: Ja!)

Tagungsleiter Dr.Fritz Zimmermann: Ich danke Ihnen, Herr Staatsminister Jaumann.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit den Punkt 7, Aussprache und Beschlußfassung. Die Beschlußfassung hat stattgefunden; die Aussprache ist erledigt.

Dann rufe ich auf Punkt 8:

Berichterstattung über die Anträge des Parteitags 1981

Über die Erledigung dieser Anträge des Parteitags 1981 liegt allen Delegierten ein umfangreicher schriftlicher Bericht vor. Einwendungen zu diesem Bericht sind nicht eingegangen. Wird jetzt das Wort zu diesem schriftlichen Bericht gewünscht? - Das Wort hat der Abgeordnete Alfred Sauter.

Digitalisiert im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Alfred Sauter: Herr Vorsitzender! Sie haben eben davon gesprochen, daß keine Einwendungen vorliegen. Ich glaube, es wird u.a. auch deshalb etwas schwierig sein, Einwendungen zu bringen, weil der Bericht erst vor wenigen Stunden oder erst im Laufe dieses Parteitags vorgelegt worden ist. Ich möchte deshalb darum bitten, daß in Zukunft dieser Bericht mit der Einladung zur jeweiligen Landesversammlung verschickt wird, weil sich dann eher darüber diskutieren läßt, ob Einwendungen erhoben werden. (Beifall)

Tagungsleiter Dr.Fritz Zimmermann: Das Wort dazu hat der Generalsekretär.

Generalsekretär: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe durchaus Verständnis für den Einwand des Kollegen Sauter, und das ist bisher auch so gegangen. Nur, ich bitte darauf aufmerksam machen zu dürfen, daß wir mit der Vorbereitung des 2.Tages morgen seit Wochen und Monaten größte organisatorische Aufgaben haben. Diejenigen, die morgen dabei sind, werden ja erleben, welche organisatorischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen. Die Leute, die normalerweise für den Parteitag da sind, sind dafür eingeteilt, die Veranstaltung morgen - wir haben die Veranstaltung jetzt hier, die Veranstaltung heute abend und morgen 4 Demonstrationszüge,- , dazu die Abschlußkundgebung - vorzubereiten. Ich bitte, dafür Verständnis zu haben, daß wir mit den Leuten, die wir zur Verfügung haben, eben nicht immer alles optimal verwirklichen können. (Beifall)

Tagungsleiter Dr.Fritz Zimmermann: Ich habe keine weitere Wortmeldung. Die Frage ist geklärt. Punkt 8 ist damit erledigt.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Nun kommt Punkt 9 der Tagesordnung:

Aussprache und Beschlußfassung über Anträge zu Satzungsänderungen an die Parteitage 1981/82

Ich darf das Präsidium Frau Staatssekretärin Berghofer-Weichner übergeben.

Tagungsvorsitzende: Meine lieben Parteifreunde! Die Anträge zur Änderung der Satzung wurden allen Mitgliedern mit der Einladung zugesandt und befinden sich nocheinmal in den Tagungsmappen.

Der Parteitag am 9./11. Juli 1981 hatte beschlossen, alle Anträge, die er nicht mehr behandeln konnte, an den Parteiausschuß zu überweisen. Darunter befanden sich auch Anträge auf Änderung der Satzung. Der Parteiausschuß hat in seiner Sitzung am 24.Oktober 1981 in Bayreuth zu einigen Satzungsänderungsanträgen Empfehlungen an den für Satzungsänderungen allein zuständigen Parteitag, also an den jetzigen Parteitag 1982, beschlossen. Die Empfehlungen sind bei den entsprechenden Anträgen vermerkt. Es handelt sich um die Übriggebliebenen, also die alten Anträge vom Parteitag 1981, und die Anträge, die neu zum Parteitag 1982 eingegangen sind, aufgelistet in der Reihenfolge der Paragraphen, die sie betreffen, und jeweils mit dem Zusatz "Parteitag 1981" und "Parteitag 1982" gekennzeichnet. Ich sage das nur, damit wir uns klar sind, wie diese Änderungsvorschläge zusammengekommen sind.

Ich rufe auf Antrag Nr.1 der Jungen Union auf eine Änderung des § 3 der Satzung, wonach nicht nur jeder Deutsche Mitglied der CSU werden kann, sondern auch Ausländer Mitglied werden können sollen. Satzungskommission und Parteiausschuß schlagen Ihnen die Ablehnung dieses Antrags vor. Wir sind uns ja in der CSU völlig einig, daß ein Ausländerwahlrecht nicht in Betracht

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

kommen kann. (Beifall) Es wäre wohl der erste Schritt dazu, wenn Ausländer Mitglied in der CSU werden könnten, die ja nun letztlich eine Einrichtung ist, in der Kandidaten gekürt werden, also die Vorbereitungen zu Wahlen getroffen werden.

Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wer dem Antrag entgegen der Stellungnahme der Satzungskommission und des Parteiausschusses zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die überwältigende Mehrheit. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ich rufe auf Antrag Nr. 2. Hier geht es um eine Ergänzung des § 4 Absatz 3, wonach bei Mitgliedschaft in einem anderen Bezirksverband zunächst eine Einigung zwischen den Bezirksverbänden herbeizuführen ist und nicht eine Entscheidung des Landesvorstands möglich sein soll. Das ist ein Antrag des Landesvorstands.

Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dem Änderungsvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ersteres war die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Ich rufe auf den Antrag Nr. 3. Er betrifft eine Änderung von § 4 Absatz 4 bezüglich der Zuständigkeit für die Mitgliedschaft von im Ausland lebenden Deutschen. Das ist ein Vorschlag der Satzungskommission. Das Wort wird nicht gewünscht. Wer dem Vorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit angenommen.

Antrag Nr. 4: Zu § 5 Absatz 2 auf Streichung des Wortes "auch", ein Vorschlag des Landesvorstands mit entsprechender positiver Stellungnahme der Satzungskommission.- Keine Wortmeldungen.

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Wer dem Vorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! _ Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit angenommen.

Antrag Nr. 5 betrifft eine Ergänzung von § 8 Absatz 3. Die Satzungskommission hat dazu die Meinung vertreten, daß keine Notwendigkeit zu dieser Satzungsänderung oder Satzungsergänzung besteht, weil ohne Beschluß des Vorstands des betreffenden Orts- oder Kreisverbands die Streichung eines Mitglieds nicht möglich ist und die bisherige Formulierung den sonstigen Wünschen des Antragstellers entspricht. Wird hierzu das Wort gewünscht? - Bitte schön.

Ein Delegierter: Meine Damen und Herren! Wir haben eine ganze Reihe solcher Anträge vorliegen, die alle die Streichung eines Mitglieds wegen rückständiger Beiträge oder Ähnlichem verlangen und dazu die Möglichkeit der Streichung erweitern wollen. Ich bitte, sie alle miteinander abzulehnen, weil sie alle nach dem Parteiengesetz unzulässig wären. Das Parteiengesetz läßt einen Ausschluß - eine Streichung wäre materiell ein Ausschluß - über die Streichung nicht zu, sondern läßt nur zu, daß jemand ausgeschlossen werden kann, der schwer gegen die Satzung oder die Ordnung der Partei verstoßen und ihr dadurch erheblichen Schaden zugefügt hat.

Tagungsvorsitzende: Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wird also Ablehnung des Antrags beantragt. Wer entgegen dem Vorschlag für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe? - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag Nr. 6 ist von den Antragstellern zurückgezogen worden.

Freigestellt im Archiv für Christlich-soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Ich rufe dann, wenn Sie einverstanden sind, gemeinsam auf die Anträge Nr. 7, 8 und 9, die sich alle in etwas unterschiedlichen Formulierungsvorschlägen mit demselben Thema befassen. Einer ist aus dem letzten Jahr, einer ist neu. Die Satzungskommission schlägt Ihnen einen Beschlußtext vor (Seite 6 unten):

> § 6 Abs.3 neuer zweiter Absatz:
> Eine selbständige oder eine Kandidatur bei Wählervereinigungen ist, sofern ein CSU-Wahlvorschlag vorliegt, nur zulässig, wenn der dem Aufstellungsorgan übergeordnete Vorstand zugestimmt hat.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte!

Ein Delegierter: Der Antrag Nr.9 wird dann zurückgezogen, wenn das Plenum der Empfehlung der Satzungskommission folgt und die Änderung im § 6 Absatz 3 annimmt. Ich würde bitten, über diese Empfehlung zunächst abstimmen zu lassen, und ich würde dann meinen Antrag zurückziehen.

Tagungsvorsitzende: Ich gehe an sich davon aus, daß durch die Annahme dieses Textes die 3 Anträge erledigt sind, weil sie praktisch inhaltsgleich sind.

Darf ich abstimmen lassen über den Vorschlag der Satzungskommission, den ich vorhin verlesen habe. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit angenommen.

Damit sind meines Erachtens die Anträge Nr.7,8 und 9 erledigt, weil der Inhalt übernommen worden ist.

Ich möchte dann gern gemeinsam aufrufen die Anträge Nr.10,12 u.13.

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Das sind auch Anträge, die an den Landesausschuß überwiesen und dann im Landesvorstand behandelt wurden. Der Landesvorstand hat in seiner Sitzung vom 19.Oktober 1981 die Bezirksverbände aufgefordert, in ihren Gremien Entscheidungen über ausgearbeitete Vorschläge zur Änderung des Delegiertenschlüssels, und zwar auf allen Ebenen, herbeizuführen. Das Ergebnis der Beratungen ist kurz zusammengefaßt, daß die Gremien in den Orts-, Kreis- und Bezirksverbänden in ihrer Zusammensetzung nicht geändert werden sollten. Dagegen bestand überwiegend die Meinung, daß eine Festschreibung der jetzt vorhandenen Zahl der Parteitagsvertreter denkbar wäre, die sich jeweils nach der Zahl der Mitglieder neu verteilen würden. Der Landesvorstand hat aber in der Sitzung vom 26.April entschieden, daß er selbst keinen entsprechenden Antrag an den Parteitag richten wird, sondern daß es wohl Sache der Bezirksverbände wäre, sich darüber zu einigen und von sich aus einen solchen - wie auch die heutige Fülle des Saales zeigt - nützlichen Antrag einzubringen. Da ein solcher Antrag nicht vorliegt und die Empfehlung des Landesvorstands und des Landesausschusses dahingeht, auf Stellungnahme der Bezirksverbände hin nichts zu ändern, möchte ich vorschlagen, die Anträge 10,12 und 13 abzulehnen.

Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wer für die Ablehnung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke vielmals. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist mit sehr großer Mehrheit so entschieden worden. Die Anträge sind abgelehnt.

Ich rufe auf den Antrag Nr.11. Dazu hat sich zu Wort gemeldet Frau Männle.

Frau Professorin Ursula Männle: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Antrag ist genau wie die vorhergehenden Anträge ein Dauerbrenner auf Parteitagen. Diejenigen, die länger hier sind, wissen, daß die Frauen-Union alle zwei Jahre wieder den

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Antrag stellt, ähnlich wie die Junge Union behandelt zu werden. Wenn Sie aufmerksam den Antrag lesen, werden Sie aber feststellen, daß sich die Situation doch inzwischen geändert hat; wir glauben, daß die Frauen innerhalb der Partei in der letzten Zeit relativ gut integriert sind, daß sie auf Kreisverbandsebene, auf Bezirksverbandsebene und auch auf Landesebene in den Vorständen Positionen einnehmen, die über eine Qua-Amtsanwesenheit in den Vorständen längst hinausgehen. Wir haben einige Stellvertretende in den Bezirksvorständen, wir haben es in den Kreisvorständen ganz selbstverständlich. Ein Problem stellt sich jedoch für die Frauen-Union ganz massiv. Wir beginnen, gerade auf der untersten Ebene uns mehr und mehr einen Organisationsstatus in den Ortsverbänden zu gründen, und dort stellen wir fest, daß es sehr schwierig ist, hier die Frauen besonders auch in kleineren Orten sofort in Vorstände der Partei zu bringen. Sie haben keine Möglichkeit, sich in der Partei Sporen zu verdienen, weil sie eben ganz neu hineinkommen. Für diesen Fall, für die Ortsebene wären wir dem Parteitag sehr dankbar, wenn der Parteitag eben nur für diesen Fall die Qua-Amtsanwesenheit im Vorstand akzeptieren könnte und hier das Votum des Parteiausschusses zurückweisen würde.

Tagungsvorsitzende: Zum Wort hat sich Herr Berthold Just gemeldet.

Berthold Just: Ich bitte, den Antrag Nr.11 zu § 43 Absatz 2 abzulehnen. Dort steht:

> In alle Vorstände und in das Präsidium ist jeweils mindestens eine Frau zu wählen.

Ich meine, daß die Vorsitzende der Frauen-Union natürlich die Gelegenheit hat, für dieses Amt soz.als erste Frau des Orts-

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

verbandes zu kandidieren.

Tagungsvorsitzende: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Parteiausschuß hat Ablehnung des Antrags empfohlen. Ich lasse abstimmen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Das Präsidium ist sich nicht einig. Ich bitte, nocheinmal zu zeigen, wer für den Antrag ist, für den Antrag Nr.11 der Frauen-Union. - Danke. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Eine knappe Mehrheit für Ablehnung. (Widerspruch) - Meine Damen und Herren, ich bitte, sich wieder zu beruhigen. Sie können ja, vor allem die Unterlegenen, die Scharte auswetzen, indem Sie nicht nur die Vorsitzende der Frauen-Union, sondern 2, 3 weitere Frauen in die Vorstandschaft wählen. Sie werden gut beraten sein.

Wir kommen zum Antrag Nr.14, eine Ergänzung des § 27 Absatz 1 und des § 28 Absatz 2, Neueinfügung eines Satzes 2. Bei beiden Änderungsvorschlägen handelt es sich um Vorschläge der Satzungskommission, die sich aus Streitfragen und aus Problemen der Handhabung der Satzung ergeben haben. Wer diesen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind ein bißchen wenig. Darf ich nocheinmal fragen, wer diesen aus der Praxis sich ergebenden Änderungsvorschlägen zustimmt! Ich bitte um das Handzeichen.- Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ersteres war die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Ich komme zum Antrag Nr.15 auf Änderung des § 31. Durch eine Änderung des Bundeswahlgesetzes ist es jetzt möglich, daß die Delegierten zur Aufstellung von Kandidaten zu einer Wahl nicht erst 1 Jahr, sondern schon 2 Jahre vor dem Wahltermin gewählt sein können. In § 31 soll die Frist auf 2 Jahre verlängert werden. Das ist ein Vorschlag der Satzungskommission, der sehr viel praktische Erleichterungen bringen wird. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! -

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Enthaltungen? - Mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Nun zum Antrag Nr.16 des Kreisverbandes Regensburg, der die Wahlperiode auf 3 bzw. 4 Jahre verlängern will. Der Antrag ist unzulässig, weil nach dem Parteiengesetz eben, wie jetzt gerade schon ergänzt worden ist, nur eine Wahldauer von 2 Jahren möglich ist. Solange das Parteiengesetz und die Wahlgesetze nicht geändert sind, ist diese Satzungsänderung auch nicht möglich. Ich bitte also um Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Vorschlag der Satzungskommission diesen Antrag befürworten will, den bitte ich um ein Handzeichen. - 2 oder 3. Die Gegenprobe! - Danke. Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich komme zum Antrag Nr.17: Antrag der Jungen Union Bayern auf Kooptierung der Vorsitzenden von RCDS und Junger Union in die entsprechenden Vorstandsgremien der Parteien. Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Hermann!

Hermann: Die Stellungnahme, die hier die Satzungskommission abgegeben hat, ist ja sehr schön. Etwas anderes hatten wir auch gar nicht erwartet. Von der Jungen Union war niemals eine Änderung der Satzung beantragt worden, sondern es war von Anfang an immer nur ein Appell an den Landesvorstand gerichtet worden, diese Kooptierung vorzunehmen. Insofern hätten wir erwartet, daß in dem Bericht an den Parteitag über die Anträge des letzten Jahres eine Stellungnahme des Landesvorstandes enthalten gewesen wäre, ob er sich mit dieser Frage beschäftigt habe und ob er gewillt ist, in Zukunft die Vorsitzenden von Schülerunion und RCDS zu kooptieren oder aber nicht. Es bleibt möglich, daß spontan der Landesvorsitzende oder der Generalsekretär Stellung nimmt.

Generalsekretär: Es gab mehrere Anträge von Arbeitsgemeinschaften,

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

die die gleiche Forderung aufgestellt haben wie der RCDS. Der Landesvorstand hat sich mit dieser Frage beschäftigt und hat diesen Antrag und den Willen von Arbeitsgemeinschaften, automatisch die Vorsitzenden sonstiger Arbeitsgemeinschaften, außer demjenigen der Jungen Union, zu kooptieren, abgelehnt.

Tagungsvorsitzende: Vielen Dank. Damit ist der Punkt erledigt. Es ist keine Abstimmung notwendig, weil es sich um keine Satzungsänderung handelt.

Ich komme zum Antrag Nr.18 auf Änderung verschiedener Bestimmungen mit Rücksicht darauf, daß wir jetzt auch Europaparlamentarier haben. Die Satzungskommission empfiehlt Ihnen die Änderungen der §§ 21 Absatz 1, 22 Absatz 1, 23 Absatz 1 und 23 Absatz 2 vorzunehmen. Zum § 25 Absatz 1 habe ich eine Wortmeldung. Ich würde also zunächst über die anderen 4 Fälle, die wohl einvernehmlich geregelt werden können, abstimmen lassen. Wer diesen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Jetzt hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr.Friedrich.

Dr.Friedrich: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der nun folgende Antrag zum § 25 wurde von der Satzungskommission zur Ablehnung empfohlen. Mit diesem Antrag geht es uns, den Antragstellern, darum, daß außer den Listenabgeordneten des Landtags auch die Listenabgeordneten des Bundestags und des Europäischen Parlaments satzungsgemäße Mitglieder der Bundeswahlkreiskonferenz sein sollen, und zwar natürlich nur in dem Bundeswahlkreis, in dem sie wohnen. In der Begründung ihrer Ablehnung bezieht sich die Satzungskommission allerdings nur auf die europäischen Abgeordneten und berücksichtigt nicht, daß wir

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

alle Abgeordneten der CSU in der Bundeswahlkreiskonferenz vertreten wissen wollen, um damit den Kontakt zu den Wählern so intensiv wie möglich zu halten. Um aber über diesen Punkt nocheinmal in der Satzungskommission sprechen zu können, und in der Hoffnung, daß wir dann beim nächsten Parteitag eine gemeinsame Zustimmung empfehlen können, ziehen wir heute den Antrag zurück, werden ihn aber wieder bringen.

Tagungsvorsitzende: Vielen Dank. Der Antrag ist zurückgezogen.

Ich komme zum Antrag Nr. 19, Antrag auf Änderung des Finanzstatuts. Meine Damen und Herren, wir haben das Finanzstatut vor 2 Jahren nach einer sehr umfangreichen und sehr detaillierten Beratung beschlossen. Es wird Ihnen infolgedessen vorgeschlagen, den Antrag abzulehnen, vor allem nach-dem sich fast überall inzwischen neue Abführungsbeträge eingeführt haben und angesichts der allgemeinen Kostenentwicklung eher eigentlich über eine Erhöhung als eine Senkung geredet werden müßte, so daß wir der Meinung sind, daß die Diskussion nicht neu aufgenommen werden sollte.

Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich sehr für die disziplinierte Abwicklung dieses ja immer etwas faden Tagesordnungspunktes. (Widerspruch) - Ich freue mich, wenn andere Leute auch an der Satzung Spaß haben. Mir machts an sich Spaß, aber ich verstehe, wenn es manchen Leuten keinen Spaß macht.

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Wir kommen zum Punkt 10:

Verschiedenes

Gibt es Anträge und Wortmeldungen dazu? - Hier ist eine Wortmeldung. Bitte!

Ein Delegierter: Ich habe eine Frage an unseren Parteivorsitzenden. Anläßlich des Parteitags der CDU in Hamburg soll unser Parteivorsitzender die Äußerung gemacht haben, daß die CSU den Dialog mit der Jugend à la Hamburg nicht brauche, da die Partei mit der Jugend im Gespräch ist; außerdem habe die CSU mehr als 50 Prozent der Jungwähler auf ihrer Seite. Diese Aussage hat mich doch etwas verschreckt, weil ich nicht glaube, daß bei 51 Prozent die Sorge um die Jugend aufhört, sondern erst bei 90 oder 95 Prozent. Ich möchte gern wissen, wie der Herr Parteivorsitzende, der Bayerische Ministerpräsident Dr.Strauß,das versteht.

Die zweite Sache ist eher etwas Allgemeines: daß in den letzten beiden Jahren die politische Auseinandersetzung aus der Sachdiskussion in eine politische Schlammschlacht unter der Gürtellinie ausgeartet ist und daß das nicht sehr geeignet ist, Jungwähler zum Staat, zu den Parteien, zum bisherigen Staatssystem heranzuziehen. Daher bitte ich alle Politiker, hier mehr zur Sachlichkeit zurückzukehren. (Beifall)

Tagungsvorsitzende: Meine Damen und Herren! Genau genommen hätte das natürlich zur Diskussion unter Tagesordnungspunkt 7 gehört, wo ja extra zu Wortmeldungen aufgefordert worden war. Aber ich glaube, wir sollten uns darüber nicht streiten. Ich gehe davon aus, daß der Herr Landesvorsitzende im Rahmen seiner Rede auch auf diese angesprochenen Punkte eingehen wird.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Wünscht noch jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 11:

Rede des CSU-Vorsitzenden Dr.h.c. Franz Josef Strauß, MdL Bayerischer Ministerpräsident

Landesvorsitzender: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch an mir ist die Tatsache, daß der Parteitag statt in zwei Tagen an einem Tag abgewickelt werden muß, nicht spurlos vorübergegangen. Aber lassen Sie mich - wir stehen vor einer bedeutenden Landtagswahl; ich stehe nicht zur Wiederwahl als Parteivorsitzender an, aber in diesem Jahr steht die Bildung einer bayerischen Regierung und ihrer Führung an - wenigstens über die Umrisse unserer Grundsätze, unserer Ziele, unserer Programmatik zu Ihnen sprechen!

Ich möchte Ihnen ein herzliches Grüß Gott und ein herzliches Dankeschön zurufen. Es ist für mich ein fast neues, jedenfalls nicht sehr gewöhnliches Parteitagserlebnis, daß an einem so heißen Tag, wie wir ihn Gott sei Dank heute haben, nach einer so langen Veranstaltung mit Rechenschaftsberichten, mit Anträgen, mit Diskussionen sich hier eine Delegiertenzahl präsentiert, wie wir sie nach so langen Veranstaltungen nicht immer zu sehen gewohnt waren. Und dafür Ihnen allen ein herzliches Wort des Dankes und der Anerkennung! Ich weiß, daß diese Fahrt nach München an einem so schönen Wochenende, obendrein noch während der Pfingstferien, nicht allen leicht gefallen ist. Und deshalb ein herzliches Wort für das Verantwortungsbewußtsein, die dadurch auch zum Ausdruck gebrachte Aufmerksamkeit und Einsatzbereitschaft!

Dieser Parteitag besteht aus zwei Teilen. Heute haben wir unser Landtagswahlprogramm diskutiert und verabschiedet - es dient in der Hauptsache der Arbeit in der bayerischen Landespolitik -

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

und morgen wird die Christlich-Soziale Union am Königsplatz gemeinsam mit den Bürgern des Landes ein machtvolles Bekenntnis zum Frieden, zur Freiheit und zu unserer Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika abgeben. (Beifall) Die Vorstellung des Landtagswahlprogramms, aber auch die Diskussion dieses Programms, die Darstellung der Probleme, der Ziele, der Akzente bayerischer Landespolitik, die immer auch ein Stück deutscher und europäischer Politik war und bleiben wird, beweisen: Die bayerische Politik bleibt bestimmt durch Solidität, durch Stabilität und durch Kontinuität. Das ist umso wichtiger angesichts einer falsch angelegten und verfehlten Bundespolitik, angesichts der leider weitergehenden, wenn auch nicht überraschenden Talfahrt der deutschen Wirtschaft, angesichts der sich zunehmend verschlechternden Finanzlage und des dadurch bedrohten Handlungsspielraums auch des Freistaates Bayern.

Angesichts dieser Erscheinungen können wir trotzdem mit Befriedigung sagen, daß wir die uns gesetzten Ziele für diese Legislaturperiode erreicht haben. Wir können uns mit einem guten Gewissen, mit klaren Ergebnissen und mit echten Erfolgen am 10.Oktober dem Urteil der bayerischen Wähler von neuem stellen. Die Aussichten der CSU für die Landtagswahlen am 10.Oktober sind natürlich gut. Aber - Sie werden über diese Aussage wahrscheinlich nicht überrascht sein - ich habe in meinem langen politischen Leben eines gelernt: Wenn man eine Wahl gewonnen hat, muß man am nächsten Tag den Helm fester schnallen, um die Voraussetzungen für den Sieg in den nächsten Wahlen zu schaffen. (Beifall) Daran haben wir uns bisher im großen und ganzen gehalten. Das heißt, wir betrachten den Vertrauensbeweis der bayerischen Bevölkerung, wie wir ihn oftmals erfahren haben, nicht als eine von einem himmlischen Notar abgesicherte Selbstverständlichkeit, sondern wir betrachten diesen Vertrauensbeweis als eine immer wieder von neuem sich stellende Verpflichtung und als ein Vermächtnis, dem wir immer gerecht und treu zu bleiben und auch in Zukunft zu sein haben. Politisches Vertrauen ist für uns nicht selbstver-

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

ständlich, es ist nicht kommandierbar, es muß immer wieder von neuem erkämpft werden. Und darum meine herzliche Bitte - vielleicht ist sie überflüssig; sie soll trotzdem ausgesprochen werden - : Wir müssen um jede Wählerstimme bis zum Ende des Wahlkampfes am 9.Oktober dieses Jahres kämpfen. (Beifall) Für uns gibt es keine Haltung, daß wir uns etwa auf unserem sanften Gewissen oder auf unserem guten bayerischen Stimmpolster, auf dem bayerischen Stimmkissen ausruhen wollen. Es geht am 10.Oktober nicht nur darum, die Landtagswahlen zu gewinnen, wozu wir gute Aussicht haben, weil der vernunftbegabte bayerische Wähler leider keine andere Möglichkeit in dieser Lage hat, als die CSU zu wählen. (Beifall) Es geht am 10.Oktober aber um mehr als um die Mehrheit der CSU im Bayerischen Landtag und um die Bildung einer CSU-Staatsregierung. Jedes Promille, das wir politisch in dieser Landtagswahl gewinnen, schlägt sich in der politisch-moralisch-psychologischen Stimmungslage in der ganzen Bundesrepublik nieder, und zwar mit Richtung auf Ablösung der abgewirtschafteten Bundesregierung. (Beifall)

Ich bin mir der Tatsache bewußt, daß die zwei entscheidenden Landtagwahlen dieses Jahres natürlich nicht die in Niedersachsen war oder die in Bayern sein wird, sondern die Wahl übermorgen in Hamburg - Helmut Kohl hat ja heute darüber gesprochen - und 14 Tage vor den bayerischen Wahlen die Landtagswahl in Hessen. Ich bin kein Prognostiker; aber die SPD wird auf alle Fälle einen drastischen Rückschlag erleiden, ganz gleich, wie die Zufälligkeiten des Wahlergebnisses lauten mögen. Wir brauchen ja nur daran zu denken, daß damals im Mai 1980 sämtliche Meinungsumfragen den Einzug der FDP in den Landtag in Düsseldorf vorhergesagt haben und genau das Gegenteil eingetreten ist. Darum sollten wir Meinungsumfragen nicht mit dem Charakter arithmetisch bis in die Stelle hinter dem Komma zuverlässiger Prognosen ausstatten. Meinungsumfragen sind Trendsignale. Meinungsumfragen enthalten eine Fehlerquote im allgemeinen von 1 bis zu 2 Prozent. Deshalb hat es gar keinen Sinn, sich vorher noch mit der ersten

Archiv für Christlich-soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Stelle hinter dem Komma, also mit Promille, zu ergehen. Aber eins ist sicher: Die SPD wird einen drastischen Rückschlag erleiden. Die CDU wird in Hamburg einen weiteren Schritt nach vorn tun und bei der FDP wird es eine Nacht des Zitterns geben: Herein oder heraus. Hier ist jede Voraussage mehr oder minder unangebracht. Und die sog.Grünen werden sicherlich nicht so abschneiden, wie es vor einiger Zeit ausgesehen hat, aber sie werden nach allen vorliegenden Umfrageergebnissen mit Sicherheit in die Hamburger Bürgerschaft einziehen.

Wir können mit Zuversicht in die Landtagswahl gehen, einmal wegen unserer sichtbaren Leistungen, dann weil wir als echte Volkspartei verwurzelt sind, in allen Regionen unseres Landes und in allen sozialen Schichten. Es gibt keine bayerische SPD. Es gibt eine bayerische Filiale der Bonner Zentrale, aber keine bayerische SPD. (Beifall) Da nützen weder weißblaue Symbole in Wellenform noch weißblaue Plakate etwas. Die CSU ist die einzige echte bayerische Volkspartei, die mit diesem Land, mit dem Freistaat Bayern, seiner Geschichte, auch seiner Geschichte in der Vergangenheit wie seinem Werden und seinem Ausbau nach dem 2. Weltkrieg, ich darf sagen, nahtlos verbunden und in diesem geschichtlich-politischen Boden verwurzelt ist. Wir haben auch keine Komplexe, wenn wir uns zur bayerischen Vergangenheit bekennen, und wir äußern keine Haßgefühle, ganz im Gegenteil, wenn wir auf die Leistungen Bayerns in der Vergangenheit und auch auf die friedlichen Leistungen seines Jahrhunderte langen Herrscherhauses, der Wittelsbacher, hinweisen. (Beifall) Wir können auch sagen, daß die Mehrheit der Arbeitnehmer in Bayern, auch die Mehrheit der DGB-Mitglieder in vielen Wahlen bis zu den letzten Wahlen, die wir im Jahre 1980 gehabt haben, die CSU gewählt haben, und zwar nicht, weil wir uns als Arbeitnehmerpartei ausgeben, sondern weil wir als Volkspartei wissen, was wir unseren Arbeitnehmern schuldig sind, ohne darüber die Notwendigkeiten der Selbständigen in der gewerblichen Wirtschaft und ihre Bedeutung für die Vollbeschäftigung zu vergessen. (Beifall)

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Ich habe auch, da ich von der Gewerkschaftsführung eingeladen, in Berlin vor wenigen Tagen beim DGB-Kongreß, bei dem auch der Führungswechsel im DGB erfolgt ist, sprechen konnte, einmal den Dank zu verzeichnen, daß man mich eingeladen hat, daß ich freie Redezeit hatte und daß ich alle politischen Probleme aus meiner Sicht ansprechen konnte. Ich habe in dem Zusammenhang, ohne mir auf die Schulter zu klopfen, ohne Überheblichkeit und Arroganz, aber auch mit der uns zustehenden Selbstsicherheit erklärt, daß meine demokratische Legitimation daher kommt, daß ich seit über 21 Jahren Vorsitzender der größten demokratischen Partei Bayerns bin - und andere Parteien haben wir gar nicht ernsthaft in Bayern als demokratische Parteien - und daß die CSU in der Zeit meiner Parteiführung im Landtag wie im Bundestag immer die absolute Mehrheit der Mandate bzw. auch der Stimmen zu verzeichnen hatte. Die Bayern sind keine anderen Demokraten als die Leute in den westlichen oder nördlichen Gefilden; wir sind ein Volksstamm mit unseren besonderen Eigenarten. Bei uns ist die Demokratie tief verwurzelt, seit Jahrhunderten verwurzelt in den jeweils zeitgemäßen Formen. Und darum braucht ein Parteivorsitzender der CSU nicht künstliche Argumentationen zu mobilisieren, um seine demokratische Legitimation zu beweisen. Dieses sage ich hier, dieses habe ich auch dort gesagt. (Beifall)

Wir sind uns bewußt, daß diese Wahlen natürlich Landtagswahlen sind und daß wir heute ein Landeswahlprogramm verabschiedet haben. Aber - wie ich oft im Vorstand gesagt habe und es auch hier mit einem Satz erwähnen muß - wir können uns die Themen eines Wahlkampfes nicht beliebig heraussuchen. Natürlich stehen die Fragen der Landespolitik gemäß dem Sinn der Wahlen im Vordergrund, aber wir dürfen nicht übersehen, daß die zwei großen Schicksalsfragen, nämlich unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, unsere finanzielle Solidität und eine hohe Beschäftigungslage, heute wie ein drohender Schatten über uns hängen, daß die Abnahme an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, die Deroutierung unserer öffentlichen Finanzen und - darüber wird noch mit ein

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

paar Sätzen zu reden sein - eine erschreckend hohe Arbeitslosigkeit von durchschnittlich 1,8 Millionen in der Bundesrepublik natürlich ein Thema sind, auf das wir,auch wenn der Bund dafür die Zuständigkeit hat, bei unseren Landtagswahlen eingehen müssen, schon deshalb, weil keine Diskussion vergehen wird, ohne daß wir nach diesem Thema gefragt werden.

Und dann hängt als zweites großes schicksalhaftes Thema über diesen Wahlen die Frage der Sicherung des Friedens in Freiheit, wobei es nicht um die Frage des guten Willens geht, wie heute Helmut Kohl mit Recht ausgeführt hat, sondern um die Frage des richtigen Weges. Ich halte es für infam, wenn immer wieder, bei der Landtagswahl 1980 in Nordrhein-Westfalen, bei der Bundestagswahl 1980, jetzt auch wieder bei der Landtagswahl in Hamburg, die SPD versucht, sich selber die Plakette des Friedens anzuheften und die CDU und die CSU mit dem düsteren Geruch des Kriegsrisikos zu umgeben. Diese Art der Brunnenvergiftung, daß man dem anderen den Willen zum Frieden oder die Fähigkeit zum Frieden abspricht, ist nicht unser politischer Stil. Wir lehnen das auch, ich darf sagen, mit aller Macht, mit allem Nachdruck und mit aller Entschiedenheit ab. (Beifall) Ich kenne keinen Politiker, dem ich nicht den Willen zum Frieden ohne Wenn und Aber zusprechen würde. Nur eine Mischung, darf ich sagen, von Kriminellem und Geisteskrankem könnte überhaupt militärische Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele in Europa in Erwägung ziehen. Dieses Kapitel: militärische Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele ist für uns - das ist mein inniger Wunsch, unser Gebet und unsere Hoffnung - mit dem 2.Weltkrieg abgeschlossen. Wir sind eine Partei des Friedens. (Beifall) Ich werde morgen in meiner Rede auf dem Königsplatz allerdings darauf eingehen, was "Friede in unserer Zeit" bedeutet. Denn die Formel "Frieden in unserer Zeit" habe ich seit meiner frühen Jugend beinahe wie einen Alptraum in den Ohren, als seinerzeit Chamberlain von München zurückkam und auf dem Flugplatz von London, in Croydon verkündete: Peace in our time, und sein Kollege

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe, Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP gestattet.

ACSP, PT19820604-7

Daladier: Paix est paix. Chamberlain wollte den Frieden, Daladier wollte den Frieden. Meine Damen und Herren, den Frieden zu wollen, ist nicht ausreichend, ist auch nicht ausschlaggebend - das muß man als selbstverständliche menschliche und politische Grundhaltung, gewissermaßen als moralisches Fundament voraussetzen - , sondern den Frieden unter den gegebenen Umständen so abzusichern, daß nach menschlichem Ermessen der Friede in Europa nicht ernsthaft gestört werden kann, das ist die Aufgabe, über die ich morgen reden werde. (Beifall)

Wenn ich zu dem Verhältnis Bund und Länder zurückkehre, dann kann ich nicht verschweigen, daß die wirtschaftliche Rezession, die ja beinahe mutwillig herbeigeführt worden ist, und die damit verbundene Schwäche der öffentlichen Finanzen angesichts des Finanzverbundes von Bund und Ländern natürlich auch auf Bayern durchschlägt, und zwar im Rahmen eines doppelten Finanzverbundes: Wir hängen nun einmal mit unserer Haupteinnahmequelle, den Steuern, weitgehend von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Die Länder mit ihrem Anteil an der Körperschaftssteuer von 50 Prozent, an der Lohn- und Einkommensteuer von 43 Prozent, verfassungsmäßig und gesetzlich abgesichert, mit ihrem Anteil von 32 1/3 Prozent an dem Ertrag der Umsatzsteuer sind mit dem gesamtwirtschaftlichen und finanziellen Schicksal der Bundesrepublik natürlich aufs engste verflochten. Bayern kann nur innerhalb enger Grenzen durch eine gute Strukturpolitik seine Einnahmenlage positiv beeinflussen, aber nur innerhalb ganz enger Grenzen. Die große Arbeitsmarktpolitik kann nicht von der Landesregierung her entschieden werden. Wenn die Opposition, SPD und FDP diese Klimmzüge im Bayerischen Landtag unternehmen, als ob bei Betriebsschließungen die Bayerische Staatsregierung verantwortlich gemacht werden könnte, dann sollen sie 600 km nach dem Nordwesten gehen und dort die Herren Friedrich und Lambsdorff, Herrn Apel und Herrn Matthöfer und ihre Nachfolger befragen, dann sollen sie die Herren Brandt und Schmidt

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

und nicht zuletzt Herrn Scheel und Herrn Genscher befragen, warum es so weit bei uns gekommen ist, daß wir heute 1,8 Millionen Arbeitslose haben. (Beifall)

Und der andere Teil des Finanzverbundes ist die Tatsache, daß wir auf Grund sowohl verfassungsrechtlicher Bestimmungen als auch gesetzlicher Bestimmungen wie verantwortlicher Vereinbarungen eine Reihe von Gemeinschaftsfinanzierungen haben, bei denen Bund und Länder zusammenwirken sollen, zusammenwirken müssen, z.B. Hochschulbau und Verbesserung der Agrarstruktur sowie die regionale Wirtschaftsförderung. Das sind die drei verfassungsmäßigen Gemeinschaftsaufgaben. Dann kommt die Krankenhausfinanzierung; dann kommt der soziale Wohnungsbau; dann kommt die Städtesanierung, dann kommt nicht zuletzt die Frage des Rhein-Main-Donau-Kanals usw.

Im Interesse einer sachgerechten und wirklichkeitsbezogenen sinnvollen Landespolitik für den Bürger muß ich auch hier an dieser Stelle - und zwar nicht, weil wir aus egoistischen Gründen um eine Änderung der Verhältnisse in Bonn kämpfen, weil es uns nach Bonner Ministersesseln zieht - sagen, die bankrotte Regierung Helmut Schmidts muß im Interesse der Bürger verschwinden, und zwar je früher desto besser. (Beifall) In diesen Zusammenhang sind auch alle Landtagswahlen zu stellen, auch die morgige Landtagswahl in Hamburg, auch die hessische Landtagswahl und auch die bayerische. Je überzeugender die Entscheidungen der Wähler in den diesjährigen Landtagswahlen zu Gunsten der Union ausfallen, desto eindeutiger sind sie auch eine demonstrative Wahlentscheidung gegen Helmut Schmidt und gegen die abgewirtschaftete SPD und FDP, gegen die liberal-sozialistische Koalition.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Interessant ist es, die Entwicklung der Parteienlandschaft zu verfolgen. Ich habe vorher - wenn ich mich täusche, habe ich mich eben getäuscht -,

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

meiner Meinung Ausdruck gegeben, daß die Grünen, die Alternativen oder wie sie sich nennen, die zum Teil gar keinen Wahlkampf in Hamburg führen, trotzdem die 5-Prozent-Klausel überschreiten werden. Interessant ist, aus den Ergebnissen von Niedersachsen die Verschiebungen der Wählerlandschaft festzustellen. Das ist für uns in Bayern nicht neu, aber symptomatisch. Woher kommen die Stimmenanteile der Grünen? Sie kommen in der Hauptsache von den bisherigen Wählern der SPD, gerade im Bereich der jüngeren Jahrgänge. Wer so lange doppelzüngig für und gegen dasselbe gleichzeitig ist, der darf sich nicht wundern, wenn ihm vor allem die Jungwähler davonlaufen: wer gleichzeitig für und gegen Kernenergie ist; wer einerseits sich als Volkspartei ausgibt, aber andererseits sich in der Hauptsache um Aussteiger und Randgruppen kümmert; wer nicht in der Lage ist, die Probleme einer modernen arbeitsteiligen industriellen Massengesellschaft als unsere Probleme anzuerkennen, statt dessen sich in alle möglichen Randbereiche verirrt. Bei uns gibt es keine Ausländerfeindlichkeit; das darf ich einmal mit aller Deutlichkeit sagen. Nur, die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland. (Beifall) Die Bundesrepublik ist ein liberales Land, aber wir machen aus unserer Meinung kein Hehl: Wir wünschen nicht, daß auf unserem Boden die innenpolitischen Gegensätze ausländischer Volksgruppen zum Teil sogar mit blutiger Gewalttätigkeit ausgetragen werden. (Beifall) Wir wollen überhaupt nicht, daß Gegensätze anders als mit verfassungsmäßigen, demokratischen, legitimen Mitteln ausgetragen werden. Und Sie werden einem Angehörigen nunmehr der älteren Generation die nicht rhetorisch gemeinte Frage nachsehen, die ich so formulieren möchte: Was geht denn in den Köpfen derer vor, die glauben, daß sie nicht nur mit passiver Vermummung, sondern auch mit aktiver Bewaffnung, mit Eisenstangen, mit Äxten, mit Beilen, mit Schleudern politische Auseinandersetzungen bestreiten können? (Beifall) Meine Damen und Herren! Die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen nach außen ist meistens auch die Folge einer Seelenhaltung, einer Grundhaltung, die Gewalttätigkeit in der Innenpolitik als nor-

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

males Mittel anzuerkennen oder anzuwenden bereit ist. Nach dem 2. Weltkrieg glaubten wir, diejenigen, die heimgekommen waren, daß nunmehr das Kapitel der gewalttätigen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik oder in Deutschland ein für alle mal beendet sei. Wir hatten im Hintergrund noch die Erinnerung an die Anfänge der Weimarer Republik, an den Verfall der Weimarer Republik mit blutigen Gewalttätigkeiten von der rechten Extremen und von der linken Extremen her. Wir wußten natürlich, daß materielle Not die Kriminalität begünstigt. Aber, meine Damen und Herren, in einer Zeit, in der die meisten Deutschen nicht wußten, wie sie ihr Leben bestreiten sollten, wie sie ihre Familie ernähren sollten, wie sie ein Dach über dem Kopf haben oder heißen sollten, war die Kriminalität niedriger, als sie in den Zeiten eines nachdrücklich gehobenen Wohlstandes ist.

Da stimmt doch etwas nicht mehr, und wir müssen, meine Damen und Herren, in der Politik die Plattform, die Vertretung der überwältigenden Mehrheit der Bürger sein, die im Innern die politische Auseinandersetzung bejahen, aber ihre Austragung mit nichtfriedlichen Mitteln - ich darf es nocheinmal sagen - radikal ablehnen. (Beifall) Ich habe nämlich neulich bei dem Geschrei, das über die Urteile des Lübecker Landgerichts wegen der harten Urteile gegen einige Gewalttäter in Brokdorf erhoben worden ist, einmal umgekehrt gefragt: Was geht denn in einem Menschen vor sich, der auf einen anderen, in dem Fall wehrlosen Polizisten, mit dem Spaten einschlägt? Was geht denn in einem vor sich, der mit der Eisenstange einen hilflosen Mit- und Nebenmenschen zu verletzen oder vielleicht gar zu töten versucht? Was geht denn in dem vor sich? Muß denn immer wieder, meine Damen und Herren, in einer menschlichen Generation die Abenteuerlust oder die Unzufriedenheit auf dem Wege eines Krieges ausgetragen werden? Ist denn anders die Menschheit nicht in Ordnung zu halten? Wir sollen doch die Reihe der guten Jahre, die wir Gott sei Dank hatten und die eher wieder kritisch werden, innerlich auch so vertragen, daß nicht aufgestaute Aggressionen zur

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Zerstörung dessen führen, was wir in 20 Jahren, ich darf sagen, vorbildlich, fleißig und diszipliniert aufgebaut haben. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bayerische Politik ist eingebunden in die bewegenden großen Themen der öffentlichen Diskussion. Die großen Themen der öffentlichen Diskussion sind einmal die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft, die Wiederherstellung der finanziellen Solidität der öffentlichen Haushalte, Abbau der Arbeitslosigkeit auf den Stand normaler Vollbeschäftigung, die Sicherung der heute schon zurückgegangenen Lebensverhältnisse und die Sicherung des Netzes der sozialen Sicherheit. Ich möchte hier unserer Überzeugung mit aller Deutlichkeit Ausdruck geben: Es gibt keine Erhaltung der heutigen Lebensverhältnisse, die ohnehin schon etwas reduziert sind - und es gibt keine Erhaltung des heute schon geschrumpften Netzes der sozialen Sicherheit ohne Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit und Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft. Man soll endlich dem Aberglauben abschwören, daß man hohe Lebensverhältnisse für den einzelnen und soziale Sicherheit für alle ohne eine dynamische, moderne Wirtschaft gewährleisten könne. Es gibt keine Abkoppelung. Entweder nehmen wir die Herausforderungen an, in einer modernen, wissenschaftlich, technisch, industriell bedingten Welt, die ja unsere Lebensverhältnisse weitgehend ausmacht, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren; dann haben wir auch das Recht, hohe Lebensverhältnisse und soziale Sicherheit zu verlangen. Wenn wir aber die Leistung nicht erbringen, haben wir auch keine Aussicht, auch die Folgen aus dieser Leistung für uns in Anspruch nehmen zu können. Das gilt auch.

Meine Damen und Herren, ich bin nach dem Verhältnis der CSU zur Jugend gefragt worden. Jede Partei sucht diese Unterhaltung oder diese Auseinandersetzung auf ihre Weise, und wir tun das auch in der CSU auf unsere Weise. Das darf ich dem Fragesteller

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

von vorhin antworten. Wir klopfen uns hier auch nicht selbstzufrieden auf die Schulter. Aber man soll es sich andererseits auch nicht so leicht machen und dann sagen, hier steht die Jugend und da stehen die anderen. Meine Damen und Herren, was heißt denn Jugend? Wo geht sie an und wo hört sie auf? Die Probleme der 10- bis 12jährigen sind andere als die Probleme der 14-16jährigen und diese sind wieder anders als die Probleme der 18-20jährigen und diese wieder anders als die Probleme der 25jährigen oder der 30jährigen. Und mancher läuft noch im Geist mit der kurzen Hose herum, der sie eigentlich längst hätte ausziehen müssen, und er darf sich nicht ständig auf die Jugend als seine Altersstufe berufen. (Beifall) Meine Damen und Herren, es ist auch keine Jugendgeneration schlechter oder besser als die vorangegangene, und es ist völlig natürlich, daß die Älteren immer meinen, sie seien die Besseren gewesen und die Jungen seien die Schlechteren. Und wenn 20, 30 Jahre ins Land gegangen sind, dann werden sie wieder genau dasselbe gegenüber der nachwachsenden Generation feststellen, wie ihnen gegenüber festgestellt worden ist. Das ist wohl eine Selbstverständlichkeit.

Zum zweiten, meine Damen und Herren: Die Jugend ist keine separate Bevölkerungsgruppe. Erstens ist sie so nicht zu definieren, wie es manche zur Erleichterung ihrer Vorstellungen tun, und dann ist die Jugend auch keine seperate Bevölkerungsgruppe. Auch die Jugend lebt in der Kontinuität des menschlichen Ablaufes. Die Jugendlichen haben einen Anspruch darauf, daß die Älteren ihnen ihre Erfahrungen vermitteln, ohne dauernd den warnenden Zeigefinger zu erheben. Die Jüngeren haben einen Anspruch darauf, daß ihnen die Lebensweisheiten und die Erfahrungen der Eltern zugute kommen, damit das vermieden wird, was die Generation unserer Väter und meine Generation mitmachen mußten. Politische Erfahrung kann man nicht durch guten Willen oder Intelligenz allein ersetzen; die kann man auch nicht durch Gesamtschulabschlüsse ersetzen. (Beifall) Politische Erfahrung, meine Damen und Herren, muß durch Tradition von Generation zu Generation weitergegeben werden. Wenn ich daran denke - ich bin ein 1925er

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Jahrgang - : Was war der Inhalt unseres Lebens in den 20er oder 30er Jahren. Ich möchte es nicht wieder heraufbeschwören. Ich war schon ausgewachsener Akademiker mit 2 Staatsexamen, habe 6 Jahre Krieg hinter mir gehabt, habe das Schicksal von 200 Menschen über Jahre hinweg in der Hand gehabt, manchmal sogar von mehr. Dann bin ich mit 29 Jahren aus dem Krieg heimgekommen. Hätte ich nun Jugendspielen, dann wieder eine kurze Hose anziehen und mich dann wieder auf Jugend trimmen sollen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht um Leistung und Verantwortung, aber auch um freie Entfaltungsmöglichkeit für unsere Jugend. Wir bejahen das ohne Vorbehalt, aber auch innerhalb der gebotenen Grenzen. (Beifall) Lassen Sie mich in dem Zusammenhang mit aller Deutlichkeit sagen: Man erweist der Jugend keinen Gefallen, wenn man ihr die Erfüllung aller Wünsche von vornherein zusagt. (Beifall) Man erweist ihr keinen Gefallen, wenn man ihr das Leben darstellt wie eine leicht sich senkende Autobahn des Lebens, auf der man sich ohne Bergfahrt und ohne Schwierigkeiten gemächlich über viele Jahre hinweg möglichst ohne viel eigene Anstrengung bis zum seligen Ende bewegen kann. Meine Damen und Herren, eine Jugend, der keine Leistung mehr abverlangt wird, ist eine verkommene Jugend, eine Jugend, die den Anforderungen von morgen nicht gewachsen sein wird.

Ich habe den Zusammenhang von Leistung und Lebenshaltung, den Zusammenhang von Können und sozialer Sicherheit in wenigen Sätzen skizziert. Unsere Jugend erhebt mit Recht Anspruch auf hohe Lebensverhältnisse, erhebt mit Recht Anspruch auf schonende Jugend, auf soziale Sicherheit gegen die Wechselfälle des Lebens. Aber das kann doch nur von der Leistungsgesellschaft gewährleistet werden. Die Solidargemeinschaft, meine Damen und Herren, setzt die Leistungsgemeinschaft voraus. Der Sozialstaat setzt den Leistungsstaat voraus. Ohne Leistungsstaat und ohne Leistungsgesellschaft wird es keine Solidargemeinschaft und auf die Dauer auch keinen Sozialstaat nach unseren Vorstellungen geben können. (Beifall)

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Wenn man sieht, wie schnell heute wissenschaftliche Forschung, technische Entwicklung und industrielle Anwendung Hand in Hand gehen; wenn man einmal überlegt, meine Damen und Herren, wie die Entwicklung in der Zeitspanne unseres Lebens gewesen ist, dann übertreibe ich nicht, wenn ich sage, daß sich in der Zeit unserer Lebensspanne die naturwissenschaftlich-technische Erkenntnis in der Quantität der Menschheit gegenüber den Jahrhunderten vorher verdoppelt hat. Das heißt, in 50 bis 60 Jahren ist das Quantum an naturwissenschaftlich-technischer Erkenntnis seit den primitiven Anfängen der Menschheit verdoppelt worden. Das heißt, wir sind die erste menschliche Generation, in der es eine Beschleunigung der menschlichen Geschichte gibt, wo durch die Quantität auch die Qualität - ich bin kein sozialistischer Milieutheoretiker - in Mitleidenschaft gezogen bzw. bewegt worden ist. Und wir müssen uns auch einmal der Tatsache bewußt sein, daß wir die erste Generation sind, in der es durch Nachrichtentechnik, Verkehrstechnik und Zerstörungstechnik auf dieser Erde keine Grenzen gibt. Und das setzt Maßstäbe für die Friedenspolitik, die sich nicht damit erschöpfen können, daß man für den Frieden demonstriert und daß man sich für den Frieden ereifert, wenn man die Voraussetzungen, unter denen der Friede erhalten werden kann, gleichzeitig zur Kenntnis nehmen will.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde oft gefragt - und möchte dem deshalb wenige Worte widmen - , was denn eigentlich die Kreditaufnahme für den Bürger bedeutet. Wir haben, meine Damen und Herren, in Bayern eine gute, jedenfalls vorzeigbare Lage. Aber wir haben insgesamt im Bundesgebiet die höchste Arbeitslosigkeit seit 29 Jahren und wirhatten im Mai - im Mai! - im Bund eine Arbeitslosenquote von 6,9 Prozent und in Bayern eine solche von 6,0 Prozent. Wir hatten im Jahr 1981 11 000 Pleiten und haben in dem Jahr, in den ersten 5 Monaten verglichen mit dem Vorjahr, schon eine höhere Zahl von Insolvenzen, Pleiten, Konkursen, oder was auch immer, als im letzten Jahr.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Das muß doch seine Gründe haben. Und, meine Damen und Herren, wir haben ja so viel über Beschäftigungsprogramme gehört. Alles, was ein Beschäftigungsprogramm bringen kann, ist viel weniger als der Schaden, der durch das Geschwätz darüber bereits angestellt worden ist. (Beifall) Und wenn ich meine Haltung rechtfertige, warum ich kein Beschäftigungsprogramm und nicht in dieser Form haben will, dann sage ich, deshalb: Wir haben doch vom Jahr 1974 bis heute 12 Beschäftigungsprogramme gehabt; jetzt kommt das 13. Diese 12 Beschäftigungsprogramme haben 40 Milliarden DM verschlungen, haben einen Strohfeuereffekt hervorgerufen, haben vorübergehend die Abwärtsentwicklung kurzfristig gestoppt, und dann ging es munter auf der abschüssigen Bahn weiter. Bei Beginn dieser Entwicklung hatten wir 400 000 Arbeitslose. Nach dem 12. Beschäftigungsprogrammen haben wir 1,8 Millionen Arbeitslose. Und ich möchte dem Aberglauben widerstehen - der hoffentlich in unseren Reihen keinen Eingang findet - , daß man in dieser Lage durch höhere Steuern einen wirtschaftlichen Initialeffekt, einen wirtschaftlichen Anstoßeffekt erzielen könnte. Es ist einfach Unsinn, dem Wirtschaftskreislauf Geld zu entziehen und dieses Geld mit einem kostspieligen Umverteilungsapparat über einen Berg von Formularen hinweg als obrigkeitsstaatlichen Hulderweis dann wieder der gleichen Wirtschaft zur Verfügung zu stellen, der man vorher all das Geld weggenommen hat. (Beifall)

Dasselbe gilt natürlich auch für solche Pläne wie Erhöhung der Spitzensteuersätze. Man soll sich darüber im klaren sein, daß doch der Tarif dann nach unten durchgezogen wird. Ergänzungsabgabe! Die soll angeblich befristet sein. Solange die Liberal-Sozialisten an der Regierung sind, kann ich nur sagen, eher legt sich ein Hund einen Salamivorrat an, als daß die eine eingeführte Steuer wieder abschaffen werden. (Heiterkeit und Beifall) In meiner Zeit als Bundesminister für Finanzen hatten wir einen Spitzensteuersatz von 53 Prozent. Wir haben dann in der Großen Koalition zur Bewältigung der damals geringen Finanzprobleme die Einführung einer zeitlich begrenzten, wieder zur Abschaffung

Hermann-Seeler-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

vorgesehenen Ergänzungsabgabe beschlossen. Der Vorschlag kam von einem sozialdemokratischen Kabinettsmitglied. Da sich die Finanzlage im Jahr 1969 außergewöhnlich günstig entwickelt hatte, wäre diese Ergänzungsabgabe auch abschaffbar gewesen. Meine Damen und Herren, was ist geschehen? Man hat sie pro forma abgeschafft, aber ihre Wirkung in den Tarif eingebaut, so daß die gleiche Steuerlast dann im normalen Tarif enthalten war. Vorher war sie nur mit dem Zusatz "Ergänzungsabgabe" versehen, und jetzt sagt man wieder, die Ergänzungsabgabe soll ja später abgeschafft werden. Meine Damen und Herren, dieser sozialistischen Regierung darf nicht mehr Geld zur Verfügung gestellt werden, weil sie in der Hauptsache nur Unfug damit treibt.

Ich stelle oft bei politischen Diskussionen fest - und Sie werden ja in die Lage kommen, in den kommenden Monaten dies oft erleben zu müssen - , daß man bei Ausführungen über die Verschuldung der öffentlichen Hand schon Interesse findet, aber oft nicht ausreichende Klarheit, was diese Verschuldung bedeutet. Meine Damen und Herren, in den 20 Jahren mit Schäffer als erstem Finanzminister und mir als letztem, vom ersten Tag Adenauers bis zum letzten Tag Kiesingers, in 20 Jahren zusammengenommen haben wir 14 Milliarden Mark Nettokredit aufgenommen. Das sind im Durchschnitt der Jahre pro Jahr 700 Millionen Mark. Seit Helmut Schmidt Bundeskanzler ist, ist in keinem Jahr weniger aufgenommen worden als 25 Milliarden DM. Im letzten Jahr hat sich das auf fast 40 Milliarden DM gesteigert. In dem Jahr sollen es - der Haushaltsplan ist ja sowieso nur ein Poesiealbum - nach den letzten Zahlen etwa 36 Milliarden werden, und das nur deshalb, weil man 10 Milliarden Mark Bundesbankgewinn für den öffentlichen Haushalt mobilisiert. Finanzwirtschaftlich gesehen ist das eine Geldvermehrung mit derselben Wirkung, als wenn man in dem gleichen Umfang Banknoten drucken würde. Als nämlich damals die für 4, 20 DM eingekauften Dollars an Wert verloren haben, weil der Dollar zurückging, sprach man von einem buchhalterischen Verlust, dem keine wirtschaftlichen Vorgänge zugrunde lägen. Jetzt,

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

wo man für 1,70 DM eingekaufte Dollars für 2,50 DM verkauft, spricht man nicht nur von einem technischen Gewinn, sondern von einem Gewinn, der auf echten wirtschaftlichen Vorgängen beruht. Hätte man die 10 Milliarden Mark nicht infolge der Kursentwicklung und der Kursdisparitäten und infolge der Hochzinslage - die noch einige Zeit in den USA anhalten wird - , dann müßte die öffentliche Hand statt 36 Milliarden weit über 40 Milliarden Mark an Krediten aufnehmen; das heißt, in einem Jahr dreimal so viel, wie wir in 20 Jahren aufgenommen haben.

Jetzt komme ich mit meiner Argumentation. Da heißt es, meine Damen und Herren: Na, das spürt doch der Bürger eigentlich gar nicht; das merkt er doch gar nicht. Da nehmen die Finanzminister der Länder und des Bundes Geld auf, zum Teil im Inland, wo sie ja zur Zeit 70 Prozent des Kapitalaufkommens in Anspruch nehmen. Das ist auch einer der Gründe für die hohen Zinsen, daß die öffentliche Hand 70 Prozent des innerdeutschen Kapitalmarktaufkommens für sich braucht. Dazu hat der Bund noch an die 60 Milliarden Mark Schulden im Ausland, hauptsächlich in Saudi-Arabien, aufgenommen. Aber wen stört denn das. Das spürt man doch nicht! Meine Damen und Herren das wäre wunderbar, wenn wir Schulden aufnehmen, damit man seine finanziellen Probleme lösen könnte, und niemand würde das spüren. Wenn ein Privater das macht, dann steht er sehr bald vor dem Vergleichs- oder Konkursrichter, weil er nicht mehr weiter kann. Ein Staat macht nicht in der Form Konkurs; das weiß ich. Auch der öffentliche Kredit ist ein Teil der legitimen Finanzierung. Nur, meine Damen und Herren, wenn man bedenkt, daß z.B. im Jahr 1982 43 Milliarden Mark allein an Zinszahlungen für die aufgenommene horrende Summe von über 300 Milliarden Mark - nach den 14 Milliarden, die wir hinterlassen haben - ausgegeben werden müssen, dann mag man sich einmal ausrechnen, was nicht finanziert werden kann, weil der Haushaltsposten Zinsen genau so groß ist wie der Verteidigungshaushalt mit 45 Milliarden DM und genau so groß wie der Sozialhaushalt und im nächsten Jahr höher sein wird als der Verteidigungs-

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

haushalt und der Sozialhaushalt.Und das jetzt wieder umgerechnet, meine Damen und Herren: Hätten wir diese Gelder, die wir für die Verzinsung der finanzpolitischen Schlampigkeit der liberal-sozialistischen Regierungen aufbringen müssen, zur Verfügung, um öffentliche Investitionen zu bestreiten, dann sähe die Beschäftigungslage wesentlich besser aus. Dann ginge es nicht in der Bauwirtschaft so bedrohlich und skandalös zu, wie es heute mit den vielen Konkursen der Fall ist. Und dann hätten wir keine Probleme im Hochschulbau, im Wohnungsbau, im Krankenhausbau usw. Der Bürger merkt das schon, aber man muß es ihm einmal sagen: Wenn vieles heute nicht finanziert werden kann, wenn manches gestrichen werden muß, wenn Projekte auf die doppelte Laufdauer gestreckt werden müssen, dann deshalb, weil ein großer Teil der öffentlichen Haushalte für Zinszahlungen verwendet werden muß und nicht für produktive Zwecke, für investive Ausgaben verwendet werden kann.

Ein zweiter Fall, meine Damen und Herren. Wenn ich Finanzminister geblieben wäre, hätten wir den zweiten Teil der Finanzreform längst hinter uns, nämlich eine nachhaltige Senkung des Einkommensteuertarifs, eine Frontbegradigung bei der Vermögen- und Erbschaftssteuer, weil die Doppelbelastung beim Mittelstand verheerende Wirkungen hervorruft, z.B. eine Herabsetzung der ertragsunabhängigen Steuern und auch eine Verminderung der Doppelbelastung der Aktie sowohl bei der Gesellschaft wie beim einzelnen Aktionär. Das sind nur Umrisse eines steuerpolitischen Programms. Dazu kommt auch die Frage der Einheitswerte. Daß die Bundesregierung wieder versucht hat, die Einheitswerte für nicht bebaute Grundstücke zu erhöhen und diese Erhöhung vorzuziehen, führt zum Schluß zum Geschoßflächensystem und führt zu einer mehrfachen Steuerbelastung der mittelständischen Wirtschaft bei den Steuern, die vom Einheitswert abhängig sind. Einer der Hauptgründe für den Verfall unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit liegt doch darin, daß man die letzten 12 Jahre Jahr für Jahr die Grenze der Belastungsfähigkeit der Wirtschaft glaubte

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

erproben zu müssen. Und wer Jahr für Jahr Grenzbelastungen durchführt, der darf sich nicht wundern, wenn dann das System zum Schluß nicht mehr funktioniert, wie es heute weitgehend der Fall ist. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Eine solche Steuersenkung kostet Einnahmeausfälle, das weiß ich. Diese Einnahmeausfälle kann der Staat nicht allein etwa durch Sparen bewältigen, und deshalb haben wir ein ungeheueres Kreditverschuldungspotential hinterlassen. Ich darf nur zwei Zahlen gegenüberstellen. Die von uns herbeigeführte Verschuldung waren 14 Milliarden DM in 20 Jahren. Die Verschuldung des Bundes im Jahre 1982 ist auf 672 Milliarden in der Zwischenzeit angewachsen. In diesem Verschuldungspotential liegt einmal eine ungeheuere Leistung an Zinszahlung drin, die man für andere Zwecke produktiv verwenden könnte, und es liegt dann darin ein vergeudeter Spielraum für wirtschaftsfördernde, initialzündende, die Beschäftigung sichernde, die Zahl der Arbeitsplätze erhöhende Steuerreform. Und deshalb sollten wir die Frage der öffentlichen Verschuldung sehr, sehr ernst nehmen. Sie trifft die lebende Generation und sie trifft sehr stark die nachwachsende, jetzt in die wirtschaftlichen Positionen hineinwachsende nächste Generation.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir waren weder zu dumm noch zu altmodisch, mehr Kredit aufzunehmen, sondern wir waren zu verantwortungsbewußt, zu sorgsam. Wir wußten, daß wir der nächsten Generation ein finanziell solid gebautes Haus hinterlassen mußten, statt ein mit Hypotheken überlastetes Haus zu hinterlassen, wie es jetzt in der Zwischenzeit durch die 12 Jahre liberal- sozialistischer Politik eingetreten ist. Man soll ja nicht sagen, daß in diesen 20 Jahren wegen einer zu geringen Kreditaufnahme nicht genug geschehen sei. In diesen 20 Jahren ist aus dem größten Trümmerhaufen aller Zeiten der modernste Wieder- und Neuaufbau eines Staatswesens vollbracht worden. In diesen 20 Jahren ist unsere Industrie so ausgebaut worden, daß

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

wie heute führend in Europa ist, daß wir das größte Sozialprodukt auch im halben Deutschland, gegenüber allen anderen europäischen Ländern ein größeres Sozialprodukt haben. In diesen 20 Jahren sind 10 Millionen Wohnungen gebaut worden. In diesen 20 Jahren ist die Bundeswehr aufgebaut worden. In diesen 20 Jahren ist das Netz der öffentlichen Infrastruktur ausgebaut worden, und das mit einer minimalen Kreditaufnahme. Meine Damen und Herren, aus mir spricht nicht Gehässigkeit oder Hang zur Polemik, aus mir spricht die Empörung darüber, daß die Leistung einer fleißigen Nachkriegsgeneration derartig widerlich behandelt worden ist. (Beifall)

Und wenn sie nicht mehr weiterwissen, dann werden sie weinerlich, meine Damen und Herren, oder sie lassen sich auf andere Posten versetzen, (Heiterkeit) wenn ich an Bundesfinanzminister Matthöfer denke, der jahrelang die Öffentlichkeit durch falsche Prognosen irregeführt hat, und als ihm das Amt über den Kopf wuchs, dann auf das Postministerium ausgewichen ist, wo seine erste Glanzleistung in der Ankündigung neuer Gebührenerhöhungen bestand. (Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, es klingt heute wie ein Märchen, aber warum soll ich es nicht sagen? Ich habe als Bundesminister der Finanzen im Jahre 1969 nicht einen Pfennig Kredit aufgenommen - nicht einen einzigen Pfennig! - , eine halbe Milliarde DM Kredit zurückbezahlt und meinem Nachfolger 2 Milliarden DM in der Kasse hinterlassen. Das klingt wie Grimms Märchen: Es war einmal ... Ich sage das nicht, um mir auf die Schulter zu klopfen, sondern ich sage das, weil in der Zäsur vom Oktober 1969 an der Niedergang unserer Wirtschaft, die Deroutierung unsere Finanzen und, langsam aber sicher, die Erhöhung der Arbeitslosigkeit begonnen hat.

Meine Damen und Herren! Ich habe einem Schaubild, das ich vor kurzem in der Tagespresse gesehen habe, einem Schaubild, das

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

auch im"Münchner Merkur" und in der "Süddeutschen Zeitung" erschienen ist, z.B. folgendes entnommen:

In den Aufbaujahren 1950 bis 1959 Wirtschaftswachstum real 7,9 Prozent im Jahr;

1960 bis 1969 5,0 Prozent real;

1970 bis 1979 - die Statistik ist überschrieben: Aufbaujahre, goldene 60er Jahre, - dann Klimawende - noch plus 3,2 Prozent;

in den kritischen 80er Jahren bis jetzt plus 0,7 Prozent;

im letzten Jahr sogar rückläufig und in diesem Jahr immer noch rückläufig.

Der Preisanstieg in den Aufbaujahren pro Jahr 1,9 Prozent;

in den goldenen Jahren 2,4 Prozent;

seit dem neuen Zeitalter der messianischen Erleuchtung und Erlösung durch Willy Brandt und Konsorten 4,9 Prozent;

seit 1980 5,5 Prozent.

Arbeitslose in den 50er Jahren nachkriegsbedingt 2 Millionen;

in den 60er Jahren abgebaut auf 223.000;

in den 70er Jahren im Durchschnitt 647.000;

in den 80er Jahren 1,3 Millionen, nach dem Schaubild vom letzten Jahr;

nach dem Schaubild von diesem Jahr 1,7 Millionen.

Und dann hat man damals gesagt, es muß anders werden. Es ist ja anders geworden; meine Damen und Herren, es ist gründlich anders geworden. Das sage ich nur denen ins Stammbuch, die meinten, es müsse anders werden, so hätte es nicht mehr weitergehen dürfen, wie es damals, 1969, war.

Digitalisiert im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Und, meine Damen und Herren, mich drücken hier nicht parteipolitische Sorgen. Vom parteipolitischen Standpunkt aus, meine Damen und Herren, ist die Übernahme der Regierungsgewalt in Bonn zu einem früheren Zeitpunkt, bevor sich das allgemeine Bewußtsein des Niedergangs breit gemacht hat, gar nicht einmal wünschenswert. Bloß, wir haben uns ja nie um unsere parteipolitische Popularität in erster Linie gekümmert, sondern in erster Linie um unseren Staat, um unseren demokratischen Rechtsstaat, um unsere funktionierende Wirtschaft und um unsere demokratische Gesellschaft. Ich muß allerdings sagen, alles, was wir heute an Mißständen beklagen und bedauern oder anprangern, wäre ohne die FDP nicht möglich gewesen. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dann darf ich in dem Zusammenhang auch zwischen der Bundespolitik und der bayerischen Politik drei Zahlen nennen, und ich bitte, diese sehr ernst zu nehmen. Die offizielle Prognose bis zum Jahre 1985 heißt: pro Jahr 2,5 Prozent reales Wachstum der deutschen Wirtschaft. Meine Damen und Herren, erstens erreichen wir die 2,5 Prozent mit Sicherheit nicht, weil wir im Jahre 1980 schon bei 1,5 Prozent waren, 1981 bei minus 0,5 Prozent waren, 1982 immer noch im Minus sind, und ob dann 1983, 1984, 1985 ein solches Wachstum einsetzt, daß im Durchschnitt 2,5 Prozent erreicht werden, möchte ich nach Maßgabe aller Wahrscheinlichkeit bestreiten. Aber, meine Damen und Herren, sollte es wirklich eintreten, ein Wachstum von real 2,5 Prozent reicht nicht aus, die heute noch bestehenden Arbeitsplätze zu erhalten. Wenn sich das Wachstum zwischen 2, und 2,5 Prozent einpendelt, dann müssen wir bis zum Jahr 1990 mit 3 Millionen Arbeitsloser in der Bundesrepbulik rechnen. - Bei einem realen Wachstum von 3 bis 3,5 Prozent können wir damit rechnen, daß die heutige Zahl der Arbeitsplätze erhaltenbleibt. Wenn wir aber wieder Vollbeschäftigung schaffen wollen, auch mit bescheidenen Ansprüchen, brauchen wir ein reales Wachstum von 4 bis 4,5 Prozent. Dann haben wir Aussicht, bis zum Jahr 1990 wieder 1 Million Arbeitsplätze mehr zu schaffen,

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

d.h. die Arbeitslosigkeit um 1 Million abzubauen, und bis zum Jahr 2000 eine weitere Million Arbeitsplätze zu schaffen, die allerdings dann in der Hauptsache von den geburtsstarken Jahrgängen in Anspruch genommen werden.

Meine Damen und Herren, an der makroökonomischen - deshalb nicht exakten - Richtigkeit kann niemand einen ernsthaften Zweifel äußern. Ich bin immer noch der Meinung, es ist besser, ungenau richtig als exakt falsch zu sein. Das ist der Unterschied zwischen Helmut Schmidt und mir. (Beifall) Er macht immer exakte Angaben, aber bodenlos falsch. Ich bin nicht in der Lage, exakte Angaben zu machen, aber im Trend bin ich immer richtig gelegen und habe gar keinen Grund, heute etwa mit einem Verbot, mit einer Zensur die Lektüre meiner Reden von früher unterbinden zu wollen. Ich kann nur jedermann dazu einladen, die Bundestagsreden der letzten 12 Jahre, meine Parteitagsreden, meine Interviews, meine Bücher, meine Artikel nachzulesen. Ich weiß, es gibt einen großen Unterschied zwischen Helmut Schmidt und mir: Er ist der bessere Schauspieler, und ich bin der bessere Politiker. (Lebhafter Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie kann dieses Wachstum erreicht werden? Darauf kann man nur eine Antwort geben: Nur durch Erhöhung der Investitionen; Investitionen, Investitionen und nochmals Investitionen, und diese Investitionen auf dem jeweils modernsten technischen Stand. Dazu sind zwei Dinge erforderlich, die wir in Bayern nicht durchsetzen können, weil uns dafür die Zuständigkeit fehlt: einmal die Umstrukturierung unserer öffentlichen Haushalte, deren Zuwächse investiv verwendet und nicht konsumtiv verplempert werden dürfen. Meine Damen und Herren, als ich Bundesminister der Finanzen war, hatten wir eine Investitionsquote des Bundeshaushalts von knapp 17 Prozent. Heute sind es knapp 13 Prozent. Das sind 4 Prozent weniger. Was heißen denn die 4 Prozent in den realen Zahlen? Bei einem Bundeshaushalt von 230 Milliarden Mark sind 4 Prozent 9 Milliarden

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Mark. Hätten wir noch einen vernünftigen Anteil der Investitionsquote am Bundeshaushalt, dann hätten wir 9 Milliarden Mark mehr auf der investiven Seite und dann bräuchte man sich über Beschäftigungsprogramme, oder wie diese hochgestochenen Titel heißen, gar nicht zu unterhalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit muß aber auch Hand in Hand gehen eine Erhöhung der privaten Investitionen, und hier haben wir die Mehrwertsteuererhöhung abgelehnt aus den vorher schon genannten Gründen. Bayern hat auch nicht der Investitionszulage zugestimmt. Meine Damen und Herren, das hat uns auch manches kritische Wort, aber auch manches zustimmende Wort eingetragen. Die Investitionszulage kommt denen zugute, die in den letzten Jahren gebauert haben, die in den letzten Jahren die Investitionen zurückgehalten haben, weil sie glaubten, einmal kommt die Zulage und dann kommen sie in den Genuß der Zulage. Diejenigen, die in den letzten Jahren investiert haben und damit ein noch weiteres Abgleiten der Konjunktur verhindert haben, bekämen daraus keinen Pfennig, aber die anderen bezögen daraus zum Teil sehr hohe Beträge. Allein das ist schon als einzelnes Beispiel, als einzelner Hinweis - ich könnte eine Reihe von Beispielen nennen - von erheblicher Bedeutung. Wir bräuchten uns, meine Damen und Herren, doch überhaupt nicht über Beschäftigungsprogramme zu unterhalten, wenn der Bund seine Verpflichtungen aus Verfassung, Gesetz und Vereinbarungen gehalten hätte. (Beifall) Meine Damen und Herren, was heißt das? Das trifft uns alle und das trifft uns in der bayerischen Landespolitik schmerzlich und schwerwiegend. Wir hatten uns darauf verlassen, daß der Bund gemäß der mehrjährigen Finanzplanung, gemäß den Beschlüssen der Bund- Länder-Kommission und gemäß den Empfehlungen des Wissenschaftsrats die genehmigten Projekte im Verhältnis 50:50, wie im Gesetz vorgesehen, mit finanziert. Der Bund hat seine Mittel im Hochschulbau von 900 Millionen auf 680 Millionen DM gekürzt. Wir können nicht einmal mehr alle laufenden Projekte durchführen, wenn wir nicht vom Land aus

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

den Bundesanteil gegen vage Rückzahlungserklärungen vorzufinanzieren bereit sind. Nicht einmal die laufenden Maßnahmen! Neue Maßnahmen, meine Damen und Herren, können vorerst nur in ganz geringem Umfang und dann auch wieder nur, wenn das Land vorfinanziert in der Hoffnung, daß der Bund eines Tages zurückgibt, in Angriff genommen werden. Ich darf aus der Fülle der Projekte, die wir haben, nur eines herausgreifen, das Großklinikum Regensburg, an dem unsere Bevölkerung in Niederbayern und in der Oberpfalz naturgemäß ein besonderes Interesse hat. Es gehört zu unseren landespolitischen Zielsetzungen, daß niemand mehr als 100 km Entfernung zu einer medizinischen Versorgung der III.Stufe haben soll. Das ist erreicht in München, in Augsburg, in Nürnberg, in Erlangen, in Würzburg, in Bayreuth. Das ist noch nicht erreicht für den Teil von Niederbayern und der Oberpfalz. Diesem Übel sollte das Großklinikum Regensburg abhelfen. Aus dem Grund sollte auch die Zahl der Betten in anderen Krankenhäusern in Regensburg vermindert werden, aber ohne daß die Kreiskrankenhäuser aufgegeben werden. Sie kennen meine Meinung; ich bin ein ausgesprochener Anhänger der Erhaltung der Kreiskrankenhäuser. (Beifall) Ich halte gar nichts von diesen megalomanischen Vorstellungen, daß die größten Einheiten mit der modernsten Ausstattung in der exzessivsten baulichen Errichtung eine glückliche Zukunft oder, wie man sagt, die Lebensqualität gewährleisten. Meine Damen und Herren, für schwierige Krankheiten, komplizierte Unfallfolgen hat jeder bayerische Bürger das Recht auf den Segen der Errungenschaften der modernsten Medizin. Aber das gilt doch nicht für 80 bis 90 Prozent aller Krankheitsfälle und aller Unfallfolgen, und gerade für ältere Menschen ist es von großer Bedeutung, wenn sie in einem nahegelegenen Krankenhaus den Kontakt mit ihrer bisherigen menschlichen Umwelt aufrechterhalten können. (Beifall) Derselbe Grundsatz leitet uns auch bei der Einteilung der Finanzämter und derselbe Grundsatz leitet uns auch bei unserer Schulgliederung und Schulorganisation.

Ich mache aus meiner Meinung kein Hehl; ich weiß, daß sie nan-

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

fechtbar ist. Es gibt im politischen Bereich ja überhaupt keine Meinung, gegen die es keine Gegenmeinung gibt. Das ist ja das Schöne in der Demokratie. Aber dann muß man sich für seine eigene Meinung hinstellen und muß sie vertreten, und die heißt in diesem Falle: Sollten durch den Rückgang der Schülerzahlen die bisherigen Klassengrößen nicht aufrecht erhalten werden, tun wir besser daran, statt neue Zusammenlegungen durchzuführen, für einige Zeit auch einmal 2 Klassen in einer Klasse in Kauf zu nehmen. (Beifall) Ich bin kein Anhänger der Zwerggemeinden; ich bin kein Anhänger der Zwergschulen. Bayern hatte die meisten Zwergschulen unter Ministerpräsident Hoegner; Gott habe ihn selig. Das Zwergschulsystem ist abgeschafft worden. Wir haben eine Reihe weiterführender Schulen, ein ganzes Netz im breiten Land errichtet. Wir halten am gegliederten Schulwesen fest, so sehr es Einbrüchen und Bedrohungen von verschiedenen Seiten ausgesetzt ist. Aber, meine Damen und Herren, man soll unsere Bürger endlich in Ruhe lassen mit immer neuen reformerischen Vorhaben, mit immer neuen Umgliederungen und Umorganisationen. (Beifall) Was die Menschen brauchen, die alten und die jungen, das sind zumutbare Wege bei überschaubaren Größenordnungen und menschlicher Ansprechbarkeit der Behörden des Staates. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich höre oft das Argument, daß der Nachholbedarf gesättigt sei und daß deshalb schon nicht mehr mit einem wirtschaftlichen Wachstum, auch nur annähernd vergleichbar den früheren Zahlen, gerechnet werden könne. Beim einzelnen, meine Damen und Herren, ist es sicherlich so, daß er heute mehr Anzüge hat als bei Kriegsende, daß er mehr Haushaltsgeräte und bessere hat als bei Kriegsende und daß er ein Auto hat, was er im Zweifelsfall bei Kriegsende nicht hatte. Aber davon, daß etwa der Nachholbedarf gesättigt sei, kann doch überhaupt keine Rede sein. Meine Damen und Herren, wenn mir mir heute 3 Milliarden Mark geben und sagen würde: Weißt du sie sinnvoll in einem Haushaltsjahr zu verwenden? wir könnten die Projekte innerhalb von Stunden aus der Schublade holen: Ausbau der

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Staatsstraßen in Bayern, der zugunsten des Kultushaushalts über Jahre hinweg zurückgesetzt worden ist. Wir haben in Bayern einen großen Nachholbedarf an Modernisierung und Neubau von Staatsstraßen. Wir haben einen noch größeren Bedarf an Bundesfernstraßen, allerdings nicht in bayerischer Zuständigkeit. Und wenn ich hier ein Klagelied singen darf: Unsere bayerische Strukturpolitik wird erheblich dadurch gehindert, daß die drastischen Kürzungen im Bundesfernstraßenbau den Ausbau von Verkehrswegen behindern, die für unsere regionalen wirtschaftspolitischen Ziele von ausschlaggebender Bedeutung sind. - Ich bin am Donnerstag bei einem, darf ich sagen, Glanzstück der bayerischen Wirtschaft, in dem BMW-Unternehmen in Dingolfing gewesen, in dem jetzt täglich an die 900 Automobile hergestellt werden, wo es jetzt 14 000 Arbeitsplätze gibt gegenüber den 4000, als BMW damals Glas übernommen hat. Aber, meine Damen und Herren, es ist dieser Unternehmung einfach nicht zumutbar, im bayerischen Osten und Nordosten zu investieren, wenn sich die Zulieferanten und die Abholer der Fertigprodukte über die Autobahn München, über die Staatsstraße München-Freising-Moosburg-Landshut-Dingolfing-Deggendorf mit doppelten Zeiten des Transportweges dann durchquälen müssen, als wenn wir die längst versprochene Autobahn zu Ende bauen könnten. (Beifall) Wie steht es mit der Anbindung des Chemiedreiecks durch die B15 neu. Herr Tandler kennt dieses Problem auch von seiner Heimat Altötting her. Wie steht es mit der Maintal-Autobahn? Wie steht es mit dem Frankenschnellweg. Wie steht es mit dem Ausbau der A7, der eine dringende Notwendigkeit ist aus der wirtschaftlichen Erschließung und zur Hebung der wirtschaftlichen Stärke Bayerns. Und, meine Damen und Herren, ich denke nur daran, von ungefähr 190 Krankenhausvorhaben, von denen 70 fachlich geprüft sind, die anderen sich in fachlicher Prüfung befinden, konnten wir in dem Jahr 19 zum Teil mit kleinen Beträgen in Angriff nehmen. Meine Damen und Herren, wie schaut es im sozialen Wohnungsbau aus? Schauen Sie unsere schönen Städte an, die alten Städte Passau, Regensburg, Bamberg, Augsburg, München. Wir bräuchten gewaltige Mittel, um die Stadtsanierung

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

durchzuführen, um den geschichtlichen Kern der Städte zu erhalten und ihn mit neuem Leben zu erfüllen. Wir könnten, meine Damen und Herren, Mittel in jeder Größenordnung, und zwar sinnvoll, verwenden, investiv verwenden, ohne sie zu verschwenden. Darum soll man mit dem törichten Argument, wir hätten keinen echten Nachholbedarf mehr und deshalb sei ein gewisser Stillstand oder ein gewisser Rückgang unvermeidlich, doch endlich einmal aufhören.

Unsere Wirtschaftsmisere hängt von zwei Fehlentwicklungen ab. Das eine ist die Überlastung unserer Wirtschaft mit Kosten, die strukturelle Belastung unserer Wirtschaft, und das andere, meine Damen und Herren, ist die mangelnde Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand, die Fehlstrukturierung unserer öffentlichen Haushalte. Warum rede ich darüber? Meine Damen und Herren, niemand weiß, wie es in Bonn weitergeht. Ich bin kein Prophet, aber ich möchte hier, gerade vor diesem Kreis, der ja von mir Verantwortung verlangen kann, auch meine Meinung darlegen. Wir brauchen uns nicht danach zu reißen, die Nachfolge in Bonn zu übernehmen. Wir müssen das aus patriotischer Verantwortung heraus zu tun jederzeit bereit sein, aber man soll ja nicht glauben, daß in zwei Jahren etwa das in Ordnung gebracht werden kann, was in 12 Jahren an Fehlentscheidungen, Mißständen und Versäumnissen eingerissen ist. Wir werden in 4 Jahren nur Fortschritte erzielen. Es wird mehr als 4 Jahre dauern. Ich bin, meine Damen und Herren, in einem Interview mit der "Süddeutschen Zeitung", die das im großen und ganzen richtig wiedergegeben hat, gefragt worden: Wollen Sie Bundesfinanzminister werden? Ich habe gesagt: Ich bin bayerischer Ministerpräsident und will es bleiben. Ich werde mich auch das nächstemal zur Wahl stellen. Ich verbringe keine schlaflosen Nächte, um zu warten, ob der Anruf aus Bonn kommt. Meine Damen und Herren, ich kenne das Bonner Pflaster und seine häufigen Minenfelder vielleicht besser als mancher, den es sehr stark nach Bonn treibt. (Beifall) Und ich habe in diesem Interview auf die Frage auch gesagt: Reden Sie doch nicht

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

von mir als Finanzminister! Der mag heißen, wie er will, der mag Stoltenberg heißen, der mag Biedenkopf oder Strauß heißen. Wir haben eine Reihe fähiger Politiker; bei uns ist es ja nicht so, daß unsere Politiker erst auf Kosten der Steuerzahler den zweiten Bildungsweg als Minister mitmachen, (Beifall) sondern wir verlangen, ohne Unfehlbarkeit für uns zu beanspruchen, daß diese Lehrsetappen vorher zurückgelegt werden, weil nämlich sonst die Ausbildungsgebühren zu hoch sind. Aber ich habe weiter gesagt: Wer, meine Damen und Herren, die Nachfolge übernimmt, braucht einmal ein Programm, das nach Maßgabe realer Maßstäbe, nach Maßgabe wirklichkeitsorientierter Erfahrung geeignet ist, diese Fehlentwicklungen abzubauen, Fehlentwicklungen auch in der strukturellen Belastung unserer Wirtschaft, in der strukturellen Verformung und Deformierung unserer Haushalte. Der braucht zweitens dafür die Zustimmung der parlamentarischen Mehrheit und der braucht drittens dafür einen Kanzler, der sein politisches Schicksal auf Gedeih und Verderben damit verbindet. - Dies ist dann so ausgelegt worden: Der machtlüsterne Strauß, der machthungrige Strauß will Oberkanzler werden, will jeden Kanzler unter sich tanzen lassen usw. Meine Damen und Herren, ich bin nicht der Meinung, daß ein Kanzler mit dem Finanzminister sein politisches Schicksal schlechterdings verbinden muß. Ich bin nur der Meinung - und das sage ich im vollen Ernste - : Wir brauchen gar nicht anzutreten, wenn wir nicht entschlossen sind, die Probleme anzupacken, wenn wir nicht dafür ein reales Konzept haben, auch wenn es viele bittere Medizinen enthält, wenn wir nicht gewiß sind, daß die parlamentarische Mehrheit dazu steht und daß der Bundeskanzler auf Gedeih und Verderben den Finanzminister in der Durchführung des Programms stützt. Das ist und bleibt meine Meinung. (Beifall) Das hat mit persönlichem Ergeiz oder mit Machthunger - oder wie alle diese läppischen Plaketten heißen, mit denen man ständig dann im Leben behaftet wird - überhaupt nichts zu tun.

Warum habe ich diese Meinung? Meine Damen und Herren, der Ärger über Bonn ist groß. Wir haben jetzt Meinungsumfragen. Danach hat

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

die CDU/CSU 53 Prozent; die SPD kämpft jetzt darum, daß sie nicht mehr unter 33 Prozent absinkt oder daß sie mindestens bei 35 Prozent bleibt. SPD und FDP hätten keine Mehrheit mehr im Deutschen Bundestag, wenn morgen die Wahlen stattfinden würden. Darum klammert sich Helmut Schmidt so krampfhaft ohne Rücksicht auf Verluste an seinen Sitz, den er mit Pech angestrichen haben muß , damit er ja den Sessel nicht unter sich verliert. (Heiterkeit) Aber, meine Damen und Herren, wenn wir so günstige Zahlen haben, bilden wir uns doch ja nicht ein, daß die allein oder in der Hauptsache ein Ergebnis unseres strahlenden politischen Bildes sind. Der Ärger über das Versagen der liberal-sozialistischen Koalition hat uns noch mehr eingebracht als unsere sehr solide,aber oft in der Öffentlichkeit propagandistisch nicht stark genug vertretene Politik. (Beifall) Das heißt, wenn ein Wechsel kommt, meine Damen und Herren, werden mit dem Wechsel große Erwartungen verbunden. Es pflegt so im Charakter der Menschen zu liegen, daß sie sehr schnell die Geduld verlieren, und wenn nicht innerhalb weniger Monate schon sichtbare Entscheidungen, noch lange nicht mit griffigen Ergebnissen, aber sichtbare Entscheidungen mit später griffigen Ergebnissen vorliegen, dann beginnt die Periode des Zweifels, des Mißtrauens, der Enttäuschung. Wir müssen unserer Bevölkerung dann sagen, daß ein Kranker, der so viele Jahre verpfuscht worden ist, eine längere Periode der Heilung braucht, daß unsere Bürger darüber nicht Vertrauen und Geduld verlieren dürfen. Und wenn die Enttäuschung kommt, dann kommt sehr schnell auch der politische Gegenwind. Meine Damen und Herren, wer dieses Erbe übernimmt, der muß wissen, was das für unsere politische Partei bedeutet. Wir sollten trotzdem dazu bereit sein, weil es nicht um eine Partei, sondern um den Staat geht. Aber wir sollten auch wissen, daß CDU und CSU zur Zeit noch die einzige unverbrauchte große demokratische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland sind, ein wertvolles Kapital. (Beifall) Und wir sollen nicht nur sagen, die Aufgabe ist schwierig, wir können Rückschläge erleiden, sondern wir müssen auch sehen: Wenn diese

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

noch unverbrauchte große demokratische Kraft der Union verbraucht ist, dann ist es nicht nur eine politische Partei, die auf dem Spiele steht, sondern dann, meine Damen und Herren, steht das ganze System auf dem Prüfstand. Denn SPD und FDP haben schon abgewirtschaftet und wir dürfen nur die Verantwortung übernehmen, wenn wir eisern und ehern entschlossen sind - das wird viel Aufklärung und Arbeit erfordern - , den Prozeß der Heilung über den Zeitraum hinweg, bis der Erfolg griffig in unseren Händen ist, durchzuführen. Wenn CDU und CSU als bisher unverbrauchte politische Kraft auch in diesen Verschleißprozeß einbezogen werden, meine Damen und Herren, dann kommt der Bürgerprotest gegen das System der politischen Parteien, jedenfalls der heutigen sog. etablierten Parteien, schlechterdings und vor allen Dingen bei der jungen Generation.

Und ich darf dem jugendlichen Fragesteller noch sagen, es geht im demokratischen Staat um die Glaubwürdigkeit seiner Einrichtungen und seiner Vertreter auch gegenüber der Jugend, um die Wiederherstellung wenn nicht schon der Deckungsgleichheit, dann zumindest einer großen Gleichheit zwischen Wort und Wahrheit, zwischen Aussage und Wirklichkeit, zwischen Zusage und Erfüllung. Es muß der Glaube an die Ernsthaftigkeit der demokratischen Politik und ihrer Träger wieder hergestellt werden, gerade bei der jungen Generation, bei der er nicht ohne Grund erheblich erschüttert worden ist. (Beifall)

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, zu einem bayerischen Problem Stellung nehmen, ohne in Einzelheiten zu gehen. Wir sind nicht bereit, mit der Bundesregierung über die Einstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals zu verhandeln. (Beifall) Ich sage das nicht aus Halsstarrigkeit, ich sage das nicht soz. aus professioneller Polemik heraus und ich beziehe mich auch nicht, meine Damen und Herren, auf den bequemen Standpunkt derer, die sagen: Ach, das habe ich übernommen und jetzt ist es so weit fortgeschritten, daß wir es nicht mehr einstellen können; daran

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

sind meine Vorgänger schuld. Die Position beziehe ich nicht, meine Damen und Herren. Ich würde sie beziehen, wenn ich dieser Meinung wäre; ich bin aber der entgegengesetzten Meinung. Ich bin der Meinung, daß Bayern diesen Verkehrsweg braucht und daß Bayern diesen Verkehrsweg auch in Angriff nehmen müßte, wenn er bisher noch nicht in Angriff genommen wäre. Ich stelle mich dahin, wo ich stehen muß. (Beifall) Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist doch bemerkenswert, daß die Haushaltsansätze für Kanalbauten in Norddeutschland erhöht werden, während man den Rhein-Main-Donau-Kanal durch drastische Senkung der Ansätze und dann später überhaupt durch Bestreitung der Fortführung des Projekts praktisch stillegen will. Wir wären wirklich die größten Trottel des Jahrhunderts, meine Damen und Herren, wenn wir bei einer Wasserstraße von 677 km Länge, ausgebaut bis auf 55 km - 4 km müssen auf alle Fälle ausgebaut werden, weil es Donau-Kilometer sind; es bleiben noch 51 km. - da Schluß machen würden. Was haben sich die in Bonn eigentlich vorgestellt? Helmut Schmidt würde viel besser tun, sich den Irrsinn seiner Bundesminister gegenüber diesem Projekt persönlich anzuschauen, als in Versailles wieder die Welt mit seinen in der Bundesrepublik klanglos gewordenen Heilsformulierungen beglücken zu wollen. (Beifall)

Der Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals kostet aus heutiger Preislage noch 850 Millionen Mark. Die Einstellung, meine Damen und Herren, die Schließung der Baustellen kostet 650 Millionen Mark. Dann bleiben aber die Bauruinen noch erhalten; dann bleibt die eingetretene Änderung der Landschaft, und zwar im unangenehmen Sinn des Wortes, erhalten. Wenn der Kanal fertiggestellt wird, gibt es eine andere Landschaft, aber eine Landschaft, die genau so schön ist, eine Landschaft, die vom Standpunkt des Landschafts- und Naturschutzes aus genau so als ein Juwel Bayerns betrachtet werden kann; ganz abgesehen davon, daß in Mittelfranken große Umweltprojekte, große Freizeitprojekte wegen des Ausgleichs des Wasserhaushalts von der Durchführung der restlichen Kanalstrecke

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

abhängen. Würden wir, meine Damen und Herren, den Anfangszustand wieder herstellen - was soll man denn sonst tun; Badeanstalten, Leistungszentren für Freischwimmer oder für Wasserskifahrer mit dem Rhein-Main-Donau-Kanal errichten? -,würden wir die eingetretenen Änderungen wieder rückgängig machen, würde das insgesamt 2 Milliarden Mark kosten. So viel zum Finanziellen.

Meine Damen und Herren! Vom Landschafts- und Naturschutz aus muß heute der Vollendung des Kanals unter jedem Gesichtspunkt zugestimmt werden. Wenn sich Landschafts- und Naturschützer anschauen, wie die Baustellen heute aussehen und wie die Landschaft nach Fertigstellung aussehen würde, dann kann doch niemand ernsthaft behaupten, der Kanal müsse eingestellt werden. Und dann, meine Damen und Herren, ist der Kanal auch eine große europäische Verbindungsstraße. Und hier geht es nicht um sinnvoll oder nicht sinnvoll; hier geht es - ich bin lange genug in der Bundespolitik gewesen und hoffe deshalb, der Gefahr des Vorwurfs des Lokalpatriotismus entgehen zu können - , meine Damen und Herren, um massive Wirtschaftsinteressen. Hier geht es darum, daß die bayerischen und süddeutschen Wirtschaftsinteressen gleichrangig mit den norddeutschen Wirtschaftsinteressen behandelt werden. Hier geht es um echte wirtschaftliche Interessengegensätze. Ich hätte nichts gegen den Norden; ganz im Gegenteil, meine Damen und Herren, ich habe so viele Freunde im Norden, daß manche, die immer das Gegenteil behaupten, erschrecken würden, wenn sie wüßten, wieviele es sind. Nur, meine Damen und Herren, dieser norddeutsche Raum mit Hamburg und Bremen wird natürlich relativ an Bedeutung verlieren, wenn dieser große transeuropäische Kanal mit seiner Endverbindung nach Rotterdam und Amsterdam fertiggestellt ist. Meine Damen und Herren, die Tatsache, daß zuerst ein Stück Wasserstraße vorhanden ist, dann ein Stück Eisenbahn, dann wieder ein Stück Wasserstraße, dann wieder ein Stück Eisenbahn, das verschlechtert doch für uns unsere Standortlage. Ich habe mich darüber mit dem österreichischen Bundeskanzler

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

eingehend unterhalten, und der ist weder in die CSU eingetreten noch ich in die SPÖ. Aber er hat angesichts der österreichischen Volksinvestitionen natürlich brennenden Wert darauf gelegt; er hat auf der Pressekonferenz erklärt, die einzige offene Frage zwischen der Bundesrepublik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland sei der Rhein-Main-Donau-Kanal; das zukünftige Verhältnis von Österreich, von Wien zu Bonn werde erheblich davon beeinflußt werden, wie Bonn die Zukunft dieses Kanals behandle. Das hat er öffentlich erklärt, nicht nur in vertraulicher Sitzung. Er hat uns darauf hingewiesen, daß es auch für uns von höchster Bedeutung sein müsse - und ich teile seine Meinung - , daß die Verbindungen zu unseren südöstlichen Nachbarn auch in den machtmäßig kommunistisch beherrschten Raum hinein verbessert statt verschlechtert werden. Und, meine Damen und Herren, man soll am fernen Horizont auch nicht übersehen: Wenn der Rhein-Main-Donau-Kanal nicht kommt, dann kommt eines Tages der Oder-Donau-Kanal, und dann gibt es eine Verschiebung des Gefälles vom Westen nach dem Osten hin. Zur Zeit sind die im Osten noch so fußkrank, haben noch solche Wirtschaftsschwächen, haben noch so wenig Geld, daß man mit der Entstehung dieses Kanals die nächsten Jahre bestimmt nicht zu rechnen braucht. Wenn wir den Rhein-Main-Donau-Kanal fertigstellen - nur mehr 51 km stehen überhaupt noch im Feuer -, ist das Projekt des Oder-Donau-Kanals wegen wirtschaftlicher Sinnlosigkeit und totaler Unrentabilität endgültig gestorben.

Das sind meine Argumente dafür, warum ich die Fortsetzung des Rhein-Main-Donau-Kanals betreibe. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts der vorgerückten Zeit bitte ich um Verständnis dafür, daß ich nicht diese grundsätzlichen Ausführungen mit einer Reihe von Einzelbeispielen in meiner Schlußrede darlege und dann gleichzeitig noch einen ins einzelne gehenden Rechenschaftsbericht über Ziele und Ergebnisse der bayerischen Landespolitik hier ablegen kann. Ich tue es

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

aber selbstverständlich nicht, um diesem Rechenschaftsbericht zu entgehen, sondern er liegt ja schriftlich vor. Wir haben eine Ausarbeitung erstellt sowohl für die Presse als auch für alle Delegierten, in der alle Aussagen in meiner Regierungserklärung auf der einen Seite und die bisher erreichten Ergebnisse auf der anderen Seite stehen. Ich würde zur Darlegung dieses für die Fachleute durchaus interessanten Rechenschaftsberichtes, der in meinen Unterlagen allein über 20 Seiten ausmacht, natürlich eine Stunde benötigen. Ich mute es Ihnen nicht zu; ich mute es auch mir nicht zu. Aber ich bitte Sie, gerade diejenigen, die als Mandatsträger, als Redner für unsere Partei aktiv im Wahlkampf stehen, die Unterlagen und die Zusatzunterlagen sorgfältig zu studieren. Sie sind damit in der Lage, bei jedem landespolitischen Thema Rede und Antwort zu stehen, und zwar nicht im Sinne einer Entschuldigung, sondern im Sinne eines sehr, darf ich sagen, anspruchsvollen Leistungskatalogs. Hier ist in einer Reihe von Tatsachen, in einer Reihe von Fakten, in einer Reihe von Argumenten, in einer Reihe von Zahlen, von absoluten Zahlen, von prozentualen Zahlen und statistischen Zahlen die Arbeit der Bayerischen Staatsregierung und die Arbeit der Bayerischen Landtagsfraktion dargestellt, und die Zusammenarbeit dieser beiden Institutionen ist trotz natürlicher Reibungsflächen von Jahr zu Jahr - wie ich mit Dankbarkeit feststellen möchte - immer besser geworden.

Meine Damen und Herren! Wir lassen uns auch nicht durch fett gedruckte Überschriften in eine gegenteilige Bewußtseinshaltung treiben. Wie sehr, glauben Sie, würde manches an Bedeutung verlieren, wenn es keinen Fettdruck gäbe! Nur der Fettdruck und die Plazierung auf der vordersten Seite verleihen manchen Darstellungen überhaupt erst das angeblich magische Gesicht und die faszinative, ich darf in dem Fall sagen, Irreführung oder in Einzelfällen auch Verleumungskraft. Ich bitte Sie, sich die Unterlagen sorgsam anzusehen.

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Wir haben aus den gegebenen Möglichkeiten noch das Bestmögliche gemacht. Wir haben im bayerischen Staatshaushalt all das, was der Bund versprochen und gröblich verletzt hat; wir haben nach wie vor eine Investitionsquote von 22 Prozent und stehen damit an der Spitze aller Bundesländer: Investitionsquote, investive Ausgaben gegenüber dem Gesamthaushalt. Wir liegen in der Verschuldung pro Kopf in Bayern weit unter der Pro-Kopf-Verschuldung des Bundes. Wir liegen auch weit unter der Verschuldung aller übrigen Bundesländer. Aber, meine Damen und Herren, diese schönen Worte möchte ich nicht im Raum stehen lassen, ohne hinzuzufügen, daß wir unsere Verschuldung in den beiden letzten Jahren um 40 Prozent erhöhen mußten, um die investiven Ausgaben zu halten, um weitere Konkurse zu verhindern, um einen noch stärkeren Abbau der Beschäftigungslage in Bayern aufzufangen. 40 Prozent! Der Bayerische Oberste Rechnungshof hat mit Recht darauf hingewiesen. Aber hätten wir es nicht getan, dann wäre die wirtschaftliche Lage Bayerns noch erheblich ungünstiger, als sie gottlob noch ist.

Daraus zwei Schlußfolgerungen! Erstens: So kann's nicht auf die Dauer weitergehen. Und zweitens - eine noch wichtigere Schlußfolgerung - : Warum können wir das? Weil meine Amtsvorgänger, weil der jetzige und der frühere bayerische Finanzminister in der Verschuldung so zurückhaltend waren, daß wir bei der allgemeinen Bundesdepression in Bayern noch gewisse Verschuldungsspielräume für die schlechten Jahre hatten und jetzt ausnützen können. Aber wenn es nicht anders wird, meine Damen und Herren, werden die Jahre 1983 und 1984 alles andere als Jahre des Wohlgefallens werden. Und hier muß und kann die Wende nur von Bonn her kommen. Sie kann nicht vom Maximilianeum und sie kann nicht von der Bayerischen Staatsregierung kommen. Wir können nur innerhalb enger Handlungsspielräume das Schlimmste verhindern, aber wir können nicht die Wende vom Land aus herbeiführen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Wort "Wende" hören wir ja so oft. Nun, "Wende" wird von Genscher so alle 4 Wochen angedeutet, aber

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

die Wende ist in seiner eigenen Partei nicht möglich. Wie sollte sie dann in der Koalition oder gar in der Bundesrepublik Deutschland möglich sein?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn die Union, sei es mit, sei es ohne Koalitionspartner, nach Neuwahlen die Regierung in Bonn übernimmt, dann, meine Damen und Herren, müssen wir uns darauf einrichten - ich habe es meinen Freunden im Landtag gesagt - , daß wir nicht mehr auf Bonn schimpfen können - das ist eine Umstellung der Bewußtseinslage, eine Umstellung der Rhetorik, eine Umstellung der Phraseologie - , sondern daß wir dann dem Volk, meine Damen und Herren, ein ungeschminktes Bild der Wirklichkeit liefern müssen, eine echte Bilanz legen müssen, der Bilanz einen Kassensturz vorangehen lassen müssen und dann das Sanierungsprogramm mit einer sicherlich langjährigen Durchführungsfrist in Angriff nehmen müssen. Ich sage das nicht, um mich zu wiederholen, sondern um hier ganz deutlich auszudrücken, daß wir wieder zu den soliden Grundsätzen einer funktionierenden Marktwirtschaft zurückkehren müssen, zu den Grundsätzen einer funktionierenden Finanzpolitik, bei der die öffentliche Hand höchstens 40 Prozent des Kapitalmarktes in Anspruch nehmen darf und nicht wie bisher 70 Prozent.

Meine Damen und Herren, aber das sind materielle Fakten. Wir müssen tiefer bohren. Am Anfang müssen die geistig-moralischen Weichen in die richtige Richtung gestellt werden. Arbeit muß wieder höher geschätzt werden als der Freizeitwahn. (Beifall) Es darf nicht, meine Damen und Herren, dauernd die Arbeit als ein Vorgeschmack der Hölle und die Freizeit als ein Blick ins Paradies fehlgedeutet werden. Meine Damen und Herren, wir haben nicht die Absicht, das japanische Modell bei uns einzuführen, wie uns bissige und gehässige Brunnenvergifter vorwerfen. Wir wollen nicht die Arbeitszeit so verlängern, wie sie in Japan ist; wir wollen nicht ein niedrigeres System, eine geringere soziale Sicherheit in der Bundesrepublik herbeiführen. Aber wir

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

können doch nicht an der Tatsache vorbeigehen - und bei meinem Gespräch in Dingolfing sind die Zahlen von beiden Seiten übereinstimmend auf den Tisch gelegt worden - , daß z.B. in der japanischen Automobilindustrie die Arbeitnehmer im Durchschnitt pro anno 50 Tage länger im Werk anwesend sind, und zwar alle im Durchschnitt genommen, als in der deutschen Automobilindustrie. Man kann damit nicht unterstellen, daß wir die japanischen Arbeitszeiten wollen. Nein, meine Damen und Herren, wir müssen das, was andere bei hoher Intelligenz und guter Qualität mehr an Quantität erbringen, durch noch höhere Ausbeutung des Rohstoffes Geist, durch Schaffung des Vorsprungs durch Technik, d.h. durch Qualität ausgleichen. (Beifall) Meine Damen und Herren, nehmen Sie den Fotomarkt, nehmen Sie den Elektronikmarkt, nehmen Sie den Motorradmarkt, nehmen Sie den Automobilmarkt - und es sind ja nicht nur die Japaner, es sind auch Taiwan, Singapur, Hongkong, Südkorea - , hier, meine Damen und Herren, sind Menschen am Werk, die sind hochintelligent, haben uralte Kulturen, sind fleißig, sind diszipliniert. Dasselbe gilt eines Tages auch, wenn sie sich in die Weltwirtschaft einfügt, für die Volksrepublik China. Mit über 1 Milliarde Menschen eine unvorstellbare Änderung des ganzen weltwirtschaftlichen Systems! Wenn wir hier nicht erdrückt werden wollen, meine Damen und Herren, dann müssen wir unseren Platz an der Sonne verteidigen. Diesem Ziel gilt meine Aussage. Wir müssen immer an der Spitze der Qualität marschieren, weil wir mit unseren Preisen sicherlich nicht mit den Erzeugnissen dieser Länder, die kein Ramsch sind, sondern heute schon hohe Qualität darstellen, dann werden Schritt halten können. Und das, meine Damen und Herren, heißt, daß Arbeit wieder höher geschätzt werden muß als der reine Freizeitwahn. Leistung muß wieder höher bewertet werden als Anspruchsdenken und Aussteigertum.

Woher kommt denn, meine Damen und Herren, daß wir in der Bundesrepublik als Partei im Vormarsch sind? Einmal wegen des Versagens der anderen und dann wegen unserer kontinuierlich soliden Politik, der Kontinuierlichkeit unserer Aussagen. Aber auch uns

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

haben einige Wähler verlassen, meine Damen und Herren, in Richtung Alternative-Grüne, aber wir haben mehr Wähler dazu gewonnen, als wir verloren haben, nämlich aus dem Bereich der Facharbeiter, aus dem Bereich der Arbeiter, der Angestellten, d.h. aus dem Bereich, den früher die Sozialdemokraten als klassisches Reservoir ihrer Wähler beansprucht haben. Der große Fehler der Sozialdemokratie - über den wir uns nicht freuen, auch wenn er uns hilft - ist der, daß ihre politischen Aktivitäten weniger der überwältigend großen Mehrheit des normal arbeitenden Volkes als dem Mitleid für Aussteiger und Randgruppen in immer größerem Maße gewidmet worden sind. (Beifall) Meine Damen und Herren, ich bin nicht für Unterdrückung oder inhumane Behandlung von Rand- und Aussteigergruppen, ich bin aber dafür, daß wir uns die Lösung der Probleme der arbeitsteiligen Massenindustriegesellschaft als Hauptanliegen am Herzen liegen lassen und nicht Mitleidsaktionen für immer neue Rand- und Aussteigergruppen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das heißt auch, wenn wir unsere Leistungen für das Ausland anschauen, daß Entwicklungshilfe, meine Damen und Herren, nicht nur nach humanitären Gesichtspunkten gegeben werden darf. In diesen Tagen waren Bilanzen gewisser afrikanischer Länder zu lesen, die die höchsten Beträge an Entwicklungshilfe erhalten haben und trotzdem im Sozialprodukt pro Kopf unter 200 Dollar im Jahr liegen. Und wenn dann, meine Damen und Herren, die Verantwortlichen sagen, das liegt nicht am System, das liegt an der Ölpreisentwicklung, das liegt an den Spätfolgen des Kolonialismus: Meine Damen und Herren, man soll endlich einmal aufhören mit dieser falschen Ausbeutungstheorie. Wir können unseren Freunden in den anderen Kontinenten nur helfen, indem wir ihnen die Möglichkeit zur Selbsthilfe geben, und die Möglichkeit zur Selbsthilfe muß wieder den Willen voraussetzen, von der Selbsthilfe Gebrauch zu machen. (Beifall) Es geht einfach nicht an, daß Jahr für Jahr Milliarden - ich denke an ein bestimmtes afrikanisches Land - an Entwicklungshilfe

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

an ein Land gegeben werden, das trotzdem von Jahr zu Jahr stärker zurückfällt und vor dem Staatsbankrott steht, der wiederum nur durch neue Leistungen aus den europäisch-amerikanischen Industrieländern dann soll aufgefangen werden können. Ich bin für Partnerschaft zwischen Weißen, Farbigen und Schwarzen. Ich bin auch dafür, meine Damen und Herren, daß man sich gegenseitig die Wahrheit sagt und nicht gegenseitig anlügt oder anhimmelt. Und ich bin auch der Meinung, meine Damen und Herren, daß mit unserer Entwicklungshilfe auch einmal einmal ein Zeichen gesetzt werden soll, daß wir unsere schwarzen und farbigen Freunde unterstützen und nicht kommunistischen oder sozialistischen Regimen trotz ihrer Systemverluste nachhaltige Lebensverlängerungsspritzen auf Kosten der deutschen Steuerzahler geben. (Beifall)

Es muß ein Ende haben mit der Verteufelung der Arbeit. Nur so können hohe Lebensverhältnisse für den einzelnen und ein leistungsfähiges Netz sozialer Sicherheit für alle auf die Dauer geschaffen und erhalten werden. Die Solidargemeinschaft, meine Damen und Herren, setzt die Leistungsgemeinschaft voraus. Der Sozialstaat schrumpft, wenn die Leistungsgesellschaft den Sozialstaat tragen soll. Es muß Schluß damit werden, daß eine parasitäre Minderheit von der Arbeit der fleißigen Mehrheit lebt und darin noch begünstigt und bestärkt werden kann.(Beifall) Wir müssen wieder lernen, daß die Selbstverantwortung und die Sorge für sich selber und für die Familie den Vorrang haben vor der Betreuung durch einen allmächtigen Wohlfahrtsstaat, der zur Durchführung seiner omnipotenten selbstgewählten Kompetenzen dem Bürger ein immer größeres Maß von seinem Arbeitseinkommen wegnimmt, wobei das Verfügungseinkommen und das Abgabeneinkommen zur Ausgabe durch die Funktionäre und Bürokraten statt dessen prozentual zunimmt. Wir müssen unserem Volk wieder verständlich machen, daß der Wohlstand des einzelnen und die soziale Sicherheit aller von der Leistung abhängen und darum Leistungseinkommen den Vorrang vor Übertragungseinkommen haben. Meine Damen und Herren, die Übertragungseinkommen sind auch eine Aufgabe des

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

modernen Sozialstaats, aber es darf nicht dazu kommen, daß alle nur nach Übertragungseinkommen schielen und sich weniger darum kümmern, woher diese Übertragungseinkommen denn überhaupt bestritten werden sollen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das heißt, es müssen die entsprechenden Lebensbedingungen geschaffen werden, die geistigen und psychologischen, die monetären und kapitalbedingten. Wachstum kann nur durch Investitionen der öffentlichen Hand und der privaten Unternehmen wieder herbeigeführt werden. Und dies, meine Damen und Herren, ist das, was wir von morgens bis abends jeden Tag, von Sonntag bis Samstag der Öffentlichkeit klar machen müssen: Es gibt keine letzte soziale Sicherheit, es gibt keine Erhaltung unserer hohen Lebensverhältnisse, es gibt keine Finanzierung unserer öffentlichen Aufgaben, wenn wir nicht wieder eine Leistungsgemeinschaft werden, wenn wir nicht wieder, meine Damen und Herren, ein reales Wachstum von 4 bis 4,5 Prozent erzielen. Es gibt keine Abkoppelung der sozialen Sicherheit und der Lebensverhältnisse von der realen Zunahme unserer wirtschaftlichen Leistung. Daher runter mit den Zinsen! Daher, meine Damen und Herren, Abbau der wirtschaftsfeindlichen Teile unseres Steuersystems, vernünftige Lohnabschlüsse, Senkung des Zuwachses der Lohnnebenkosten, mehr Investitionen und Innovationen!

Und ich wende mich auch dagegen, daß man bestehende Arbeitsplätze nur umverteilen will. Wir brauchen zwei Millionen neue Arbeitsplätze bis zum Jahre 2000; in dem Jahrzehnt noch 1 Million.

Meine Damen und Herren! Wir sollen hier auch nicht utopischen Vorstellungen nachlaufen, die da oder dort wie Luftballone am Horizont auftauchen. Wer heute von einer Senkung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich spricht, meine Damen und Herren, der zeigt doch nur wieder neue Schreckensbilder denjenigen, auf deren guten Willen, auf deren Zukunftshoffnung und auf deren Investitionsbereitschaft wir setzen müssen, wenn wir aus der gegenwärtigen Malaise herauskommen wollen. (Beifall)

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Da kommt die Erhöhung des Steuersatzes, dann kommt eine Ergänzungsabgabe, eine Arbeitsmarktabgabe, und dann soll jetzt noch, meine Damen und Herren, bei Verkürzung der Wochenarbeitszeit ein voller Lohnausgleich gewährleistet werden. Ich tät's doch jedem gönnen; ich bin doch wirklich nicht der Meinung, daß der Mensch nur lebt, um zu arbeiten. Meine eigene innere Veranlagung entspricht wirklich nicht diesem Satz. Ich bin aber auch von volkswirtschaftlicher Vernunft und finanzieller Solidität geprägt. Und wenn man dann noch glaubt, das Arbeitslosenproblem damit lösen zu können, daß man aus Arbeitern Rentner macht, um aus Arbeitslosen Arbeiter zu machen: Meine Damen und Herren, hier sollten wir für mehr Freiheit sein. Wir sollten durchaus die Möglichkeit offen lassen, mit weniger als 65 Jahren in den Rentnerstand zu gehen, mit den versicherungsmathematischen Folgen, die damit verbunden sind. Wir sollten auch die Möglichkeit geben, daß jemand, der körperlich und geistig gesund ist, länger arbeitet, wenn er will, mit den entsprechenden versicherungsmathematischen Zuschlägen. Aber anzufangen, mit 58 Jahren die Arbeitnehmer - das geht vielleicht bei Bergarbeitern, Hochofenarbeitern - im Normalfall in der Produktionswirtschaft in die Rente zu schicken, heißt doch, meine Damen und Herren, älteren Mitbürgern die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit zu verwehren. Da kommt doch auch der Druck von unten her: Räume deinen Arbeitsplatz, damit ich nachrücken kann! Wie viele Unternehmer sagen, daß ihre alten Werkmeister mit 58 und 60 Jahren die Seele ihres Unternehmens sind, daß sie die Besten in der Lehrlingsausbildung sind, daß sie auf Grund ihrer lebenslangen Arbeitsleistung Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin gewährleisten. Und wenn sie, meine Damen und Herren, wie Herr Ehrenberg noch verkündet hat, mit voller Rente, als ob sie 65 Jahre gearbeitet hätten, mit 58 Jahren in die Pension gehen sollen, wer trägt dann die Mehrkosten? Doch nicht die Rentenversicherung, die noch knapp die Reserven hat, um ihre gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen, die vor der Aufgabe steht, die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Rentenversicherung bis 1985 durchzuführen. Ich glaube nicht

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

daran, daß der Termin eingehalten werden kann. Das heißt, die Mehrbelastungen der Rentenversicherung sollen von den öffentlichen Haushalten kommen. Die öffentlichen Haushalte sind doch eh deroutiert und derangiert. Und die andere Hälfte soll der Unternehmer tragen. Hier wird doch soziale Wohltat zur unsozialen Plage. Wer stellt noch einen 50jährigen Arbeitslosen ein, wenn er damit rechnen muß, daß er in wenigen Jahren dann einen besonderen Beitrag für seine Rente bezahlen muß? Meine Damen und Herren, wir sollen die Grenze des sozialen und Bildungsstaates im Interesse der Aufrechterhaltung sozialer Stabilität und demokratischer Gerechtigkeit nüchterner beurteilen, als es in den letzten 12 Jahren in Bonn geschehen ist. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden den zweiten Teil unserer politischen Aussage morgen bei der Manifestation für Frieden und Freiheit machen, und daher kann ich auf die Ausführungen, die ich im Zusammenhang mit unserer politischen Gesamtverantwortung heute über das Thema Frieden und Freiheit hier zu machen gehabt hätte, verzichten, d.h. mich auf wenige Bemerkungen beschränken. Ich habe schon gesagt, es genügt nicht, den Frieden zu wollen; das billigen wir allen zu. Man muß in der heutigen politischen Situation, beim heutigen Stand der Zerstörungstechnik den Weg finden, wie ein Krieg unmöglich gemacht werden kann. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin auch kein begeisterter Anhänger oder Liebhaber der Strategie der Abschreckung, aber wir haben keinen Ersatz für sie. Und ich bitte, auch einmal darüber nachzudenken: Wir haben ja im Laufe unserer Jahrhunderte langen Geschichte viele Kriege geführt, Kriege mit Frankreich, mit England, mit Österreich usw. Brauchen wir eigentlich heute zwischen und Deutschland und Frankreich ein Mittel der Abschreckung? Wer das behaupten würde, der würde doch glatt als verstaubter Nationalist zum Nervenarzt geschickt werden. Wir brauchen doch keine Abschreckung mehr zwischen Frankreich und Deutschland, wir brauchen doch keine Abschreckung mehr zwischen Frankreich und Italien oder zwischen Italien und Deutschland. Die Italiener brauchen keine Abschreckung

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

gegen uns und wir brauchen keine Abschreckung gegen die Italiener.

Warum gibt es das Problem Abschreckung überhaupt? Weil sich, meine Damen und Herren, zwei Machtsysteme gegenüberstehen, von denen das eine natürlich auch nicht von engelhafter Unschuld verklärt ist, aber trotzdem Freiheit, Menschenwürde, Gerechtigkeit personifiziert und demonstriert und das andere Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen und Unterdrückung der menschlichen Grundrechte und Grundfreiheiten praktiziert, und das auch gegenüber 16 Millionen Deutscher. Wir sollen trotz aller Entspannungspolitik doch noch den Mut haben, die Dinge beim Namen zu nennen und beim Namen zu nennen, wo denn die Ursachen der Spannung liegen. (Beifall) Ich bin selbstverständlich der Meinung, meine Damen und Herren, daß diese Ursachen der Spannung nicht gewaltträchtig beseitigt werden können. Das heißt aber doch nicht auf der anderen Seite, Schritt für Schritt zurückzuweichen. Wer den Frieden erhalten will, der muß 3 Grundsätze befolgen: 1. selbst nicht zur Waffe greifen, 2.keinen Krieg produzieren und 3. jedem, der zur Waffe greifen könnte, weil er die Waffengewaltanwendung für politische Ziele bejaht, die Sinnlosigkeit seines Tuns glaubwürdig demonstrieren. (Beifall) Ich rede nicht von dem Zweckpazifisten; das sind die Kommunisten, die A-Waffen in den Händen Moskaus als Instrument des Fortschritts bezeichnen und A-Waffen in den Händen Washingtons als kapitalistische Unterdrückungsmethode anprangern. Von denen rede ich nicht. Das sind dieselben, die bei uns gegen jedes Kernkraftwerk Sturm laufen und kein Wort sagen, daß die DDR und andere kommunistisch regierte Staaten ihre Kernkraftwerke mit schlechten Sicherheitssystemen in beschleunigtem Tempo ausbauen.

Meine Damen und Herren! Ich halte gar nichts von der Formel "Lieber rot als tot". Das ist ein Irrtum, ein intellektueller Irrtum, ein Irrtum, der aus historischer Unkenntnis und aus Unkenntnis der wissenschaftlich-technisch-strategischen Zusammenhänge erwachsen ist. Für uns gibt es kein "Lieber rot als tot". Wer das befürwortet, der wird erleben, daß er zuerst "rot" und

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

dann "tot" erfährt. Für uns gibt es diese Alternative nicht: Um Gottes Namen unterwerfen wir uns dem kommunistischen Zwangssystem! Auf die Dauer ist es halt doch unvermeidbar. Dann haben wir keinen Anlaß mehr, daß unser Land hier Gegenstand militärischer Auseinandersetzung wird. - Nein, meine Damen und Herren, wer die atlantische Schicksalsgemeinschaft in dieser entscheidenden Stunde der Weltgeschichte in Frage stellt, der vergrößert die Kriegsgefahr, ja, der schafft sie erst. Die europäisch-amerikanische Allianz kann und wird von niemandem angegriffen werden. Das ist meine absolut feste Überzeugung. Und die Allianz, meine Damen und Herren, gibt uns nicht nur Sicherheit gegenüber dem Osten, die gibt uns auch Sicherheit vor Amerika. Ich bitte, dieses Wort richtig zu verstehen. Ich setze die beiden nicht gleich. Aber Bündnisgelände ist etwas anderes als neutrales Gelände für strategische Überlegungen. (Beifall) Ich hoffe, man begreift, was ich meine.

Ich war im letzten Jahr in Japan und in der Volksrepublik China. Ich habe dort mit den meisten maßgebenden Politikern sprechen können. Was mich bei meinem Besuch in Peking und bei meinen vielen stundenlangen Gesprächen am meisten beeindruckthat, war ein Wandel gegenüber meinem letzten Besuch im Jahre 1975. Im Jahre 1975 sagten meine chinesischen Gesprächspartner: Der 3.Weltkrieg ist unvermeidlich. Ich habe dieser Auffassung damals in der Höflichkeit des Gastes widersprochen. Ich habe jetzt festgestellt, meine Damen und Herren, daß die Auffassung meiner chinesischen Gesprächspartner - zum Teil waren es die gleichen Personen - sich geändert hatte. Sie sagten, der 3.Weltkrieg ist vermeidbar, wenn die Europäer mehr für ihre Sicherheit tun, die Amerikaner und die Europäer weiterhin zusammenhalten, die Völker der 3.Welt den Mißbrauch für Neokolonialisten sich nicht mehr länger gefallen lassen und wenn die Schicksalsgemeinschaft der Europäer, der Amerikaner und im fernen Osten der Japaner und der Chinesen einen Wall der Sicherheit aufbaut, den niemand, ohne bewußt Selbstmord zu begehen, angreifen kann. Das war die

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Einstellung meiner chinesischen Gesprächspartner, jetzt etwas in deutlicheren Formen ausgedrückt.

Das gibt mir Anlaß, einer Überzeugung Ausdruck zu geben, nämlich der Überzeugung, daß nicht nur die Sternstunde des sowjetischen Kommunismus überschritten ist, sondern daß bereits sein Niedergang eingesetzt hat und, wenn wir keinen Fehler machen, sich unaufhaltsam fortsetzen wird. Der Marxismus als Ideologie ist tot in Europa, in Amerika. Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland mehr marxistische Spinner als in der ganzen Sowjetunion und ihren Bundesgenossen zusammengenommen. (Beifall) Der Marxismus ist heute kein ideologisches Sicherheitsband mehr für das sowjetische Machtsystem. Die kommunistische Partei Italiens ist von der Mutterkirche abgefallen. Dasselbe ist bei Spanien, bei Belgien, bei Holland, bei Norwegen, bei Schweden, bei Finnland usw. Meine Damen und Herren! Man sehe die Verhältnisse in Polen an, die Abhängigkeit der Sowjetunion vom amerikanischen Getreide, von denUSA, von Kandada und Argentinien, die Notwendigkeit langfristiger Kapitalhilfe, langfristiger Kooperationsprojekte zur Entwicklung! Meine Damen und Herren, wenn der Westen ohne militärische Mittel von seiner Stärke Gebrauch machen würde, dann würde das Mißverhältnis noch schneller in Erscheinung treten. Haben wir denn vergessen, daß Herr Chruschtschow vor 20 Jahren sagte: Bis zum Jahre 1970 werden wir die Kapitalisten eingeholt haben - er meinte die wirtschaftlich demokratischen Länder -, bis zum Jahre 1980 werden wir sie überholt haben und dann werden unsere Bürger im Sowjetstaat in den Genuß all der Vorzüge, der Vorteile kommen, die ihnen der reale Kommunismus verleiht. Und was ist herausgekommen, meine Damen und Herren? Not und Elend in der DDR, hellichte Empörung in Polen, Rückgang in der Tschechoslowakei, im liberalen Ungarn noch ein modus vivendi, Rumänien am Ende seiner Zahlungsfähigkeit und die Sowjetunion vor tausend politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, allerdings bis an die Zähne gerüstet.

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Meine Friedensüberzeugung geht dahin: Wir müssen es der Sowjetunion unmöglich machen, aus dieser von ihr selbst verschuldeten Lage durch die Flucht nach vorn, d.h. mit militärischen Mitteln, ausbrechen zu wollen. Das ist für die nächsten 10, 20 Jahre die einzige realistische, sichere, glaubwürdige Sicherheitspolitik, meine Damen und Herren! (Beifall) Ich rede nicht von Nationalsozialismus auf der einen Seite und Sowjetkommunismus auf der anderen Seite; ich rede nicht über ihre ideologischen Gleichheiten oder Verschiedenheiten oder darüber, ob der eine besser ist und der andere schlechter oder umgekehrt. Meine Damen und Herren, es gibt einen großen Unterschied zwischen der Politik Hitlers in den 30er und 40er Jahren und der Politik des Kreml: Hitler war risikoblind und risikobesessen. Anders ist der Einmarsch in Polen, ist die Fortsetzung und Führung des Krieges nicht zu erklären. Ich bin kein Freund der Kommunisten im Kreml, wenn ich jetzt sage, der Kreml war immer risikobewußt und risikoscheu. Der Kreml ist nur in Räume eingedrungen, die der Westen aus Gelindheit, Naivität oder Feigheit aufgegeben hat. (Beifall) Der Kreml ist eingedrungen in Afrika, nicht weil er die Amerikaner provozieren wollte, sondern weil die geschlafen haben und die Europäer sowieso beim Frühstücken waren, statt obacht zu geben, was in der Welt vor sich geht. Der Kreml ist nicht eingedrungen in Bayern, hier, wo angeblich die großen Rüstungspotentiale den Krieg unvermeidbar machen. Der Kreml ist in Afghanistan einmarschiert. Der Kreml hat Kriegshandlungen im Fernen Osten, in Lateinamerika ermöglicht. Hier, meine Damen und Herren, haben wir seit 37 Jahren - das ist eine Menschengeneration und 4 Jahre - einen Zustand, in dem kein Schuß mehr auf dem Schlachtfeld abgegeben worden ist, wo geschossen wurde auf der Jagd, beim Sport, beim Übungsschießen, aber nicht mehr auf dem Schlachtfeld. Es gibt keine Periode der europäischen Geschichte von dieser Länge, in der es nicht einen Krieg oder mehrere Kriege gegeben hat. Und darum müssen wir den Menschen bei uns, die verständlicherweise Angst haben, den jungen, die die geschichtlichen Zusammenhänge oft nicht kennen, klar machen, daß der Pazifismus als Idealhaltung zwar ethisch

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

hochwertig, aber als Gemeinschaftshaltung nicht zu verantworten ist, weil er den Ausbruch eines Krieges nicht verhindert, sondern fördert. Wer weiß denn noch, meine Damen und Herren, wie sehr damals die Machthaber im Dritten Reich die pazifistischen Bewegungen in England und Frankreich unterstützt haben? Der Entschluß Hitlers, zum Schwert zu greifen, ist maßgebend dadurch begünstigt worden, daß er glaubte, England und Frankreich seien bereits derartig degeneriert, derartig verweichlicht, derartig zersetzt, daß von ihnen kein Widerstand mehr gegen seine großräumigen Deutschlandpläne überhaupt noch hätte hervorgehen sollen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einem persönlichen Ereignis oder Erlebnis abschließen. Heute ist es ja schon gesagt worden; meiner Frau und mir sind Glückwünsche zum 25jährigen Hochzeitstag ausgesprochen worden. (Beifall) Ich würde es nicht sagen, wenn es nicht - es ist ja unvermeidlich - in die Zeitung gekommen wäre. Aber meine Mitarbeiter in meinem Büro, die meiner Frau Blumen geschickt haben, haben mir hinter Glas aufbewahrt, die Titelseite der "Süddeutschen Zeitung" vom 4.Juni 1957 zum Geschenk gemacht. 4.Juni 1957! Und die Überschrift oben heißt: Amerikanische Wissenschaftler warnen vor Atomwaffen. Vor 25 Jahren, meine Damen und Herren! Wir hatten damals den Beginn der ersten großen Friedenskampagne, deren Motive ich nicht schmähen, deren Träger ich nicht diffamieren will, die dann versandet ist. Warum, meine Damen und Herren? Weil die Durchführung unserer Verteidigungsbeschlüsse in absehbarer Zeit die Sowjets dazu gebracht hat, geschehene Tatsachen anzuerkennen. Damals, vor 25 Jahren - ich könnte eine ganze Dokumentation auflegen - waren es genau dieselben Parolen: Europa wird eine radioaktiv verseuchte Wüste; unsere Städte werden in Schutt und Asche aufgehen, Hunderte Millionen von Mumien werden herumliegen, Europa wird nicht mehr erkennbar sein, Europa wird nur noch ein großer Friedhof, ein großes Ruinenfeld sein. Das waren die damaligen Parolen. Sie sind bis aufs Wort identisch mit dem, was wir in diesen Monaten erleben. Meine Damen und

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

Herren, damals sollte verhindert werden, daß die Bundeswehr atomare Waffenträger bekommt; es sollte verhindert werden, daß sie auch nukleare Sprengköpfe, allerdings unter der Verfügungsgewalt der Amerikaner, erhält. In der Zwischenzeit ist das Programm längst durchgeführt worden. Die sozialdemokratischen Verteidigungsminister haben es fortgesetzt, ausgebaut, auch modernisiert, weil sie von der Unentbehrlichkeit überzeugt waren, obwohl sie bei der Bundestagsdebatte 1958 im Parlament mit voller Wucht, mit aller Leidenschaft gegen dieses Programm angekämpft haben. In der Zwischenzeit, meine Damen und Herren, sind unzählige Menschen bei Flugzeugunglücken, bei Eisenbahnunglücken, im Jahr 15 000 in der Bundesrepublik bei Autounfällen ums Leben gekommen. Es hat keinen einzigen Atomtoten gegeben. Es hat keinen Schuß auf dem Schlachtfeld gegeben. Es gibt nicht einmal eine radioverseuchte Wiese, geschweige denn eine radioverseuchte Europawüste. Unsere Städte stehen noch; sie sind größer geworden, sie sind schöner geworden. Und wenn nicht die Sowjets Interesse daran gehabt hätten, diese Parolen von neuem zu beleben, dann hätten unsere Menschen überhaupt nicht gemerkt, daß in diesen 25 Jahren ein todsicherer Friede bei uns gewaltet hat, daß nicht der geringste Anlaß besteht, an eine Kriegsgefahr in Deutschland oder in Europa zu glauben. (Beifall)

Und was ist der Unterschied, meine Damen und Herren, zwischen damals und heute? Ich habe es von einem sowjetischen Diplomaten mit zynischer Offenheit gehört - Sie werden verstehen, daß ich den Namen nicht nennen kann - ; er sagte: Damals wollten wir verhindern, daß die Nato-Verbündeten Waffen bekommen, mit denen das Territorium unserer Verbündeten angegriffen und zerstört werden kann, also durch Abschreckung bedroht werden kann. Jetzt soll die Reichweite der Waffen von 1000 Kilometern auf 1800 Kilometer erhöht werden. Das würde auch sowjetisches Territorium einbeziehen. Mit der Bedrohung und Verletzbarkeit des Territoriums der Verbündeten haben wir uns abgefunden; das sind vollzogene Tatsachen. Und jetzt machen wir genau das gleiche wie damals,

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

um zu erreichen, daß die Nato nicht nachrüstet - ihrer Meinung nach nicht vorrüstet.

Meine Damen und Herren, lassen wir uns nicht irre machen! Wir kämpfen für eine gerechte Sache, für eine gute Sache, für eine Sache, die von der historischen Vernunft, von den Erfahrungen der Wirklichkeit und von der Rationalität moderner strategischer Überlegungen gestützt wird. Wir sind die einzige politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland, die geschlossen zu einer Politik der aktiven Friedenssicherung steht. (Beifall) Ich bekämpfe keinen Pazifisten, schon deshalb nicht, weil ich selber einer bin. Ich bekenne mich als Verantwortungspazifisten. Verantwortungspazifist sein heißt, nicht nur selber die Waffe gegen niemanden zu erheben, Verantwortungspazifist sein heißt, zu verhindern, daß ein anderer die Waffe gegen uns zur Einschüchterung, zur Erpressung oder gar zur Unterdrückung erheben kann. Das ist unsere Politik der aktiven Friedenssicherung. (Beifall) Wir stehen in Zeiten der Schicksalswende, wir stehen in Zeiten der Weichenstellung.

Und jetzt darf ich Ihnen, meine Damen und Herren den Dank dafür sagen, daß Sie am Ende eines langen, arbeitsreichen, diskussionsreichen Tages meinen Ausführungen trotz der Schwüle der klimatischen Atmosphäre mit gespannter Aufmerksamkeit gefolgt sind. Und ich darf sagen, ich bin stolz auf diese Partei, ich bin stolz darauf, daß Sie in allen wesentlichen Fragen in einem geradezu signifikanten Gegensatz zu den Erscheinungen in der SPD und FDP wie ein Block zusammenhalten. Und wenn wir zusammenhalten und mit der CDU gemeinsam den eben skizzierten Weg gehen in dem Geiste, in dem wir 1949 angefangen haben, ein neues Deutschland wieder und neu aufzubauen - die Probleme von damals waren größer, als die heitigen Probleme sind - , und wenn diese Katerstimmung der letzten 12 Jahre verflogen sein wird und wir, meine Damen und Herren, die Durststrecke hinter uns gebracht haben, dann war die Union die schicksalswendende, Geschichte

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

gestaltende Kraft für Bayern, für Deutschland und für Europa.

Ich danke Ihnen herzlich.

(Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Parteitagsvorsitzende: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich versuchen, diesen Dank des Parteitags, den Sie eben unserem Vorsitzenden bezeugt haben, noch ganz kurz in Worte zu fassen! Wir wissen, was wir in Franz Josef Strauß haben. Er ist aus der bayerischen, der deutschen und der internationalen Politik nicht wegzudenken, wie uns diese Rede, wie uns aber auch Rang und Zahl unserer ausländischen Gäste heute wieder gezeigt haben. Ich meine aber, wir sollten ihm am heutigen Tag, der eigentlich einer Familienfeier gehören sollte, ganz besonders danken, daß er die große Familie politisch Gleichgesinnter beigezogen hat, diesen Tag mit ihm zu begehen. Und Franz Heubl wird heute Abend noch die offiziellen Glückwünsche des Parteitags überbringen. Dies zeigt auch seine Einsatzbereitschaft und seine Hingabe an die große politische Aufgabe. Er hat aber auch, meine Damen und Herren, eine Partei, auf die er sich verlassen kann. Das zeigt die Teilnehmerzahl und die Art, wie diese Plenarversammlung abgelaufen ist. Namens des Parteitags möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren, die Sie als Delegierte aus ganz Bayern gekommen sind, sehr herzlich danken.

Ich möchte aber auch unser aller Dank an den Generalsekretär Edmund Stoiber und an alle sichtbaren und unsichtbaren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die diesen Parteitag ermöglicht haben, weitergeben. (Beifall)

Der Parteitag ist nicht zu Ende. Meine lieben Freunde, die Partei wird morgen zeigen, daß sich der Vorsitzende auch auf sie ver-

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19820604-7

lassen kann. Wir wollen morgen der schweigenden Mehrheit unseres Volkes einmal Stimme und Gesicht geben, wenn wir zu einer Demonstration auf dem Königsplatz zusammenkommen. Wir werden aber auch diese Landtagwahl mit Einsatz- und Überzeugungskraft führen, daß unserem Ziele gerecht wird: ein Wahlergebnis in Bayern, das der Regierung in Bonn den Todesstoß gibt.

Und nun, meine Damen und Herren, muß ich noch ein paar technische Angaben machen:

Der Abend im Salvatorkeller beginnt sofort anschließend.

Die angekündigte Ausarbeitung erhalten alle Delegierten zugeschickt. Machen Sie sich also nicht die Mühe, jetzt draußen danach zu suchen.

Außerdem hat der Generalsekretär für morgen früh um 9 Uhr alle Delegierten zu einem ökumenischen Gottesdienst in St.Bonifaz, Karlstraße 34, eingeladen. Ich empfehle Ihnen, nicht mit dem eigenen Wagen dorthin zu fahren, weil es keine Parkmöglichkeiten gibt. Die Kirche ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln vom Hauptbahnhof und vom Stachus aus in wenigen Minuten zu erreichen. Ich bitte Sie um zahlreiche Teilnahme gerade auch an diesem Gottesdienst.

Und nun wünsche ich Ihnen noch einen schönen Abend.

Die Plenarversammlung des diesjährigen Parteitags ist für heute geschlossen.

Wir sehen uns morgen Vormittag zur Großkundgebung auf dem Königsplatz.

Schluß der Plenarversammlung: 19.15 Uhr.

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP